



**Bayerisches EnergieForum**  
**2. April 2025, Stadthalle Gunzenhausen**  
Veranstalter: Bayerischer Gemeindegtag und Bayerische Gemeindezeitung



**www.Umweltmesse.LA**  
im Messepark **Eintritt frei!**  
täglich von 10 bis 18 Uhr  
**21.-23. März 2025**

Bauen & Wohnen  
Natur & Technik  
Energie & Mobilität  
Gesundheit & Ernährung

LEARNEN, HANDELN, VERBESSERN  
UNTERSTÜTZER  
TEAM ENERGIEWENDE BAYERN  
Schönreiter  
bauen + modernisieren

# BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

*DStGB-Erwartungen an die Bundespolitik:*

## Kommunen fordern Kurswechsel

Die Städte und Gemeinden sind am Limit. Finanzielle Engpässe, Personalmangel und überbordende Bürokratie erschweren ihre Arbeit – und damit das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger. Der DStGB fordert deshalb eine Kehrtwende in der Bundespolitik. In einer aktuellen Resolution macht der Kommunalverband klar: „Es braucht eine Stärkung der Kommunalfinanzen, eine bessere Steuerung der Zuwanderung, mehr innere und äußere Sicherheit, konsequente Digitalisierung und eine gesicherte Bildungsfinanzierung. Nur so können die Kommunen ihre Aufgaben weiterhin erfüllen und das Vertrauen in die Demokratie bewahrt werden.“

Von der Bundespolitik in der neuen Legislaturperiode erwartet der Deutsche Städte- und Gemeindebund zunächst die Stärkung der kommunalen Investitionskraft mit einem Investitionsprogramm. Die gesamtstaatliche Steuerverteilung müsse zugunsten der Kommunen reformiert werden. Im Verhältnis des Bundes zu den Kommunen bedürfe es eines strikten Konnexitätsprinzips. Staatliche Sozialleistungen müssten zielgenau und effizient sein.

### Investitionsrückstand bei der kommunalen Infrastruktur

Laut DStGB tragen die Kommunen derzeit gesamtstaatlich rund 25 Prozent der Ausgaben, erhalten jedoch nur rund 14 Prozent der gesamtstaatlichen Steuereinnahmen. Der Investitionsrückstand an der kommunalen Infrastruktur hat sich auf rund 186 Mrd. Euro erhöht. Der Investitionsrückstand wächst derzeit deutlich schneller, Investitionen gehen zurück. Die Sozialausgaben haben sich in 15 Jahren verdoppelt und die Tendenz ist weiter stark steigend. „Dies liegt nicht zuletzt an deutlichen Aufgaben- und Standarderweiterungen durch den Bund“, heißt es in der Resolution.

### Deutschlands Stärke und Wohlstand sichern

Deutschlands wirtschaftliche Stärke und Wohlstand seien vorrangig zu sichern. Da es ohne starke Infrastruktur keine starke Wirtschaft gibt, müssten Investitionen jetzt Vorrang haben. Durch die dramatische fi-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.



Die Unions-Parteivorsitzenden in Siegerpose: CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz gemeinsam mit Bayerns CSU-Vorsitzendem, Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Bild: CSU

nanzielle Lage sei die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt. Kommunale Rettungspakete genügen jetzt nicht mehr. „Wir brauchen ein Moratorium: Neue Standards, Rechtsansprüche und gesetzliche Leistungen sind nicht mehr erfüllbar, ohne dass das Bestehende ‚ehrlich‘ überprüft und angepasst wird.“

### Zuwanderung steuern, ordnen und begrenzen

Beim Thema Zuwanderung, die „gesteuert, geordnet und begrenzt“ werden müsse, bedürfe es einer gemeinsamen

groß angelegten Integrationsoffensive von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die Kommunen benötigten die Zeit und die Möglichkeit, denen gut zu helfen, die der Hilfe bedürfen. Allein seit 2022 seien rund 2 Millionen Menschen nach Deutschland gekommen, die integriert werden müssen. Jedoch reichten die Kraft und die Ressourcen dafür vor Ort nicht mehr aus. Die Sozialstandards in der EU müssen laut DStGB nach Kaufkraft vereinheitlicht werden. Zudem habe der Bund mit seinen Kompetenzen mehr Verantwortung bei Abschiebungen zu

übernehmen. Auch solle die Zuwanderung dringend notwendiger Fachkräfte verfahrensmäßig beschleunigt werden.

### Innere und äußere Sicherheit stärken

„Eine weitere Forderung des Verbandes ist die Stärkung der äußeren und inneren Sicherheit. „Die letzten Jahre haben uns vor Augen geführt, dass Sicherheit und Freiheit auch in Zentrum von Europa nicht mehr selbstverständlich sind. Auf diese Situation müssen wir uns zwin-

(Fortsetzung auf Seite 4)

## Mut zur Veränderung – Mut zu Reformen

Forderungen des Bayerischen Bezirktags für die 21. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags

Um auch in Zukunft für möglichst alle unterstützungsbedürftigen Menschen ein gleichermaßen angemessenes wie finanzierbares Angebot vorhalten zu können, ist aus Sicht des Bayerischen Bezirktags ein „mutiges und kluges Nachsteuern des Bundesgesetzgebers“ unabdingbar. Anlässlich der Bundestagswahl hat der Verband deshalb Forderungen zur Fortentwicklung einer inklusiven, die Teilhabe aller Menschen gleichermaßen ermöglichenden Gesellschaft, zur Sicherung einer zukunftsfähigen und menschenwürdigen Pflege sowie zur Sicherstellung einer auch künftig leistungsfähigen und effizienten öffentlichen Verwaltung erarbeitet.

Stichwort Eingliederungshilfe: Die Ausgaben dafür stiegen allein im Jahr 2023 um 9,4 Prozent auf bundesweit 25,4 Milliarden Euro netto. Der Finanzierungsanteil des Bundes blieb hingegen unverändert, so dass die Kostenbelastung für die Träger der Eingliederungshilfe weiterhin stetig ansteigt. Hier müssten Bundestag und Bundesregierung schnell für eine finanzielle Entlastung sorgen und eine vollständige und dynamische Kompensation gewährleisten, so der Bezirktag.

### Keine Mittel für systemfremde Leistungen

Darüber hinaus müsse erreicht werden, dass über die Eingliederungshilfe keine „systemfremden Leistungen“ – beispielsweise Pflegeleistungen oder existenzsichernde Leistungen – mehr finanziert werden. Andernfalls sei die Versorgungssituation für die Menschen mit Behinderung in der bisherigen Form künftig nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Nicht zuletzt in Anbetracht des Arbeits- und Fachkräftemangels müssten zudem der

Vollzug der Hilfen entbürokratisiert und die gesetzlichen Standards der Leistungsgewährung auf ihre Effizienz hin überprüft und bedarfsangemessen flexibilisiert werden. Die Steuerungsmöglichkeiten der Träger der Eingliederungshilfe seien zu stärken und das vom Bundesteilhabegesetz (BTHG) vorgesehene Bedarfsermittlungsverfahren sollte vereinfacht sowie bundesweit vereinheitlicht und digitalisiert werden. Das Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten dürfe nicht schrankenlos gelten, sondern müsse wieder unter einen Mehrkostenvorbehalt gestellt werden, wie er in der Sozialhilfe (SGB XII) und in der Jugendhilfe (SGB VIII) gilt.

### Pooling für Schulbegleitung

Darüber hinaus sei es erforderlich, den Nachrang der Leistungen der Eingliederungshilfe vor allem bei den Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung (Schulbegleitung) wiederherzustellen, so der Verband: „Schulbegleitung ist regelhaft im Pooling zu erbringen und die Schule muss endlich ihrer Verantwortung für eine aus eige-

ner Kraft gewährleistet inklusive Beschulung von jungen Menschen mit Behinderungen gerecht werden.“

### Ressourcenintensive Eingriffe des Bundes verhindern

Die vom Bundesgesetzgeber geplante Zuständigkeitsverlagerung der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit geistigen und körperlichen Behinderungen in die Jugendhilfe sei angesichts der personellen und finanziellen Rahmenbedingungen der kommunalen Jugendhilfe unverantwortlich und dürfe nicht umgesetzt werden. Schon nach dem heute geltenden Recht hätten junge Menschen mit Behinderungen so wohl uneingeschränkter und gleichberechtigter Zugang zu Teilhabeleistungen als auch zu den Leistungen der Jugendhilfe. Im Einzelfall bestehende Kooperationsdefizite vor Ort seien kein Grund für derart ressourcenintensive Eingriffe in die Vollzugs- und Organisationshoheit der Bundesländer.

Stichwort Pflege: Nach Angaben des Bayerischen Bezirktags sind die bundesweiten Ausgaben der Hilfe für die Pflege im Jahr 2023 um 27,4 Prozent gestiegen. „Das aktuelle Teilkasko-Modell der Pflegeversicherung führt dazu, dass Kostensteigerungen im Wesentlichen durch die pflegebedürftigen Personen bzw. im Fall der hierdurch immer häufiger ausgelösten Sozialhilfebedürftigkeit durch die Sozialhil-

(Fortsetzung auf Seite 4)

*Deutscher Städtetag:*

## Ruf nach Trendwende

Alarmierende Umfrageergebnisse zur Finanzsituation in 100 Großstädten

„Die Zeit ausgeglichener kommunaler Haushalte gehört erst einmal der Vergangenheit an“, machte der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, in der Berliner Bundespressekonferenz deutlich. Laut einer Blitzumfrage des Kommunalverbandes, an der hundert Städte teilgenommen haben, können 37 Prozent der Städte keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen, weitere 47 Prozent schaffen einen ausgeglichenen Haushalt nur, indem sie auf finanzielle Rücklagen zurückgreifen.

Die Einschätzung der Städte zu ihrer Haushaltslage hat sich in wenigen Jahren vielerorts um 180 Grad gedreht. Im Rückblick auf die vergangenen fünf Jahre bewerten fast zwei Drittel der Städte (64 Prozent) ihre Haushaltslage als „eher gut oder ausgeglichen“. Mit Blick auf die kommenden fünf Jahre treffen nur noch 2 Prozent diese Aussage. Stattdessen schätzen 46 Prozent ihre künftige Haushaltslage als „eher schlecht“ und 49 Prozent sogar als „sehr schlecht“ ein.

### Haushalte konsolidieren

Um ihre Haushalte zu konsolidieren, gibt es in den Städten verschiedene Überlegungen, wie ein Blick auf Straubing und München zeigt. So will die Gäubodenstadt etwa die Öffnungszeiten städtischer Einrichtungen um ca. 15 Prozent reduzieren (Museum, Touristinfo, Bibliothek), bei freiwilligen Aufgaben freiwerdende Personalstellen nicht nachbesetzen, und Gebühren in der Kinderbetreuung und bei kulturellen Veranstaltungen erhöhen. Zudem müssen investive Maßnahmen gestrichen oder auf mehrere Jahre gestreckt werden. So kann zum Beispiel die Sanierung des Zentrums für Feuerwehr und Einsatzdienste nicht im vorgesehenen Zeitraum umgesetzt werden.

### Landeshauptstadt München streicht Investitionen

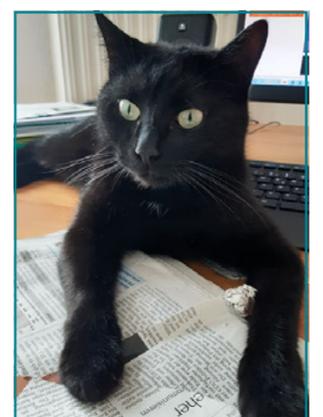
Bereits im vergangenen Jahr musste die Landeshauptstadt München ihre Maßnahmen verschärfen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt sicherzustellen. Der Stadtrat hat 2024 beschlossen, dass zur Abflachung der Schuldenentwicklung jedes Jahr ein Volumen von einer Milliarde Euro aus dem geplanten Investitionshaushalt gestrichen wird. Dies wird sich deutlich auf die Investitionsschwerpunkte ÖPNV, Woh-

nungsbau und Schulbau auswirken, wenn es nicht stärkere Unterstützungsleistungen von Bund und Land gibt. Trotz aller Anstrengungen liegt die geplante Nettoneuverschuldung im Jahr 2025 bei 2,1 Milliarden Euro. München rechnet mit einem Anstieg der Verschuldung auf rund 7,5 Milliarden Euro zum Jahresende.

### Finanznot wächst

„Wenn sich nichts ändert, wird die Finanznot der Städte weiter anwachsen“, unterstrich Lewe. Dabei gehe es auch um die Zukunft der Demokratie. Vor Ort in den Städten erlebten die Menschen den Staat konkret. Wenn sie ihn dort nur noch als Mangelverwalter und nicht mehr als Gestalter und Problemlöser wahrnahmen, leide das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates.

Ein Aspekt, der für die prekäre Finanzsituation der Städte sorgt, sind die Sozialausgaben (Fortsetzung auf Seite 4)



Unser freigeistiger Kater Pino nimmt den medienspektakulären Wahlkampf aufs Korn und ruft zu schärferen Regeln für TV-Debatten und Umfragen auf – ein Appell für mehr Substanz in der Politik. S. 19

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
HSS: Europas Partnerschaften mit dem globalen Süden . . . . .	2
DLT zu Operationsplan und Zivilschutz . . . . .	2
Europa wächst und funktioniert in seinen Regionen . . . . .	2
<b>GZ-Kolumne Carmen Pepiuk:</b> Achtam im Miteinander trotz unterschiedlicher Meinungen . . . . .	3
Tourismus: Gästerekord in Bayern . . . . .	3
Bayerischer Baugipfel: Auswege aus der Baukrise . . . . .	3
<b>Kommunale Energiethemen . . . . .</b>	<b>5 - 13</b>
<b>Kommunales Verkehrswesen . . . . .</b>	<b>14 - 16</b>
<b>Kommunaltechnik • Friedhof • Wald . . . . .</b>	<b>17</b>
Aus den bayerischen Kommunen. . . . .	18 - 20



Gruppenbild am Rande der Tagung (v.l.) Vijay Chauthaiwale, Verantwortlicher der Abteilung für auswärtige Angelegenheiten der bjp4india, Alan Winde Ministerpräsident Westkap, Südafrika, Feliciano de Sá Guimarães, Professor bei CEBRI, Uni San Paulo, Markus Ferber, MdEP, Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, Tanja Gönner, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Eric Beißwenger, Bayerischer Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales, Wolfgang Niedermark, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDI. Bild: HSS/Kalac

Veranstaltung von HSS und BDI zur Zukunft der internationalen Kooperation:

## Europas Partnerschaften mit dem globalen Süden“

Ferber: Zurückkehren zu einer Entwicklungspolitik, die auf wirtschaftliche Zusammenarbeit setzt sowie dabei durchaus offen unsere eigenen Interessen benennt und auch durchsetzt

München. „Die Zukunft der Internationalen Kooperation: Europas Partnerschaften mit dem globalen Süden“ war im Vorfeld der MSC 2025 das Thema einer Kooperationsveranstaltung zwischen dem Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) und der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS). Ein Podium, besetzt u.a. mit Alan Winde, Ministerpräsident der südafrikanischen Provinz Westkap, diskutierte über gemeinsame Lösungen globaler Herausforderungen, geostrategische Interessen sowie Rohstoffsicherung und Technologieführerschaft.

Sicherheits-, entwicklungs- und geopolitisch ist es aktuell eine sehr fordernde Zeit. Sicherheitspolitisch steht der russische Angriffskrieg in der Ukraine im Fokus, geopolitisch, weil wir in der multilateralen Welt im Wettbewerb mit anderen Nationen stehen und entwicklungs- politisch müssen wir feststellen, dass weiterhin viel zu viele Menschen in Armut und Unsicherheit leben.

Der HSS-Vorsitzende Markus Ferber, MdEP, erklärt: „Wir sollten dringend zu einer Entwicklungspolitik zurückkehren, die auf wirtschaftliche Zusammenarbeit setzt sowie dabei durchaus offen unsere eigenen Interessen benennt und auch durchsetzt. Populistische Stimmen, welche die Abschaffung von Entwicklungszusammenarbeit fordern, sind auf dem Holzweg. In Zeiten geopolitischer Konflikte,

angesichts von Migrationsherausforderungen, und vor allem auch als Exportnation hat gerade Deutschland ein inhärentes Eigeninteresse an der Mitgestaltung der internationalen Agenda und an guten Beziehungen zu Partnern weltweit!“

**Entwicklungs- und Schwellenländer leiden besonders unter einer instabilen und gespaltenen Welt**

Es sind vor allem die Entwicklungs- und Schwellenländer, die besonders unter den wirtschaftlichen Auswirkungen einer instabilen und gespaltenen Welt leiden. Und mehr denn je stellt sich auch die Frage: In welcher einer Welt wollen wir leben? Wie wol-

Gemeinsame Veranstaltung von Bayern und Baden-Württemberg zu Interreg-Projekten:

## Europa wächst und funktioniert in seinen Regionen

Auf Einladung der Wirtschaftsministerien von Bayern und Baden-Württemberg fand in München eine Informations- und Netzwerkveranstaltung zu den Programmen der Europäischen territorialen Zusammenarbeit (Interreg) Süddeutschland statt. Im Fokus standen die vier großräumigen transnationalen Interreg VI B Programme (Alpenraum, Donauraum, Mitteleuropa, Nordwesteuropa) sowie das EU-weite interregionale Programm Interreg Europe. Ziel war die Intensivierung von grenzüberschreitenden Kooperationen im Bereich von wirtschaftlicher Innovation und Transformation über Energie, Klimawandel, Mobilität, Umwelt bis hin zur nachhaltigen Regionalentwicklung.

Dazu Tobias Gotthardt, Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium: „Europa wächst und funktioniert in seinen Regionen - und die Kraft der Kohäsionsfonds macht die EU

für jedermann im Alltag spürbar. Europäische Zusammenarbeit ist so Teil der Lösung. Interreg-Programme verbessern den Zugang zu wichtigen Märkten, stärken das Verständnis für gemeinsame

Herausforderungen und liefern konkrete Lösungen zu Themen wie Wettbewerbsfähigkeit, Digitalisierung sowie Natur- und Klimaschutz. Bis 2027 können sich Institutionen aus unseren beiden Bundesländern an Programmen mit einer EU-Förderung von knapp 1,3 Milliarden Euro bewerben. Wir unterstützen sie dabei - und arbeiten in Brüssel gemeinsam dafür, dass es auch morgen so bleibt.“

**Europäische Herausforderungen**

Dr. Patrick Rapp, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg: „Die großen Herausforderungen unserer Zeit wie etwa die Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation oder die Transformation der Wirtschaft sind allesamt europäische Herausforderungen. Wir müssen die Antworten auch auf europäischer Ebene suchen, die europäische Zusammenarbeit liegt in unserem wohlverstandenen Eigeninteresse. Über die Interreg Förderprogramme der EU sind unsere Bundesländer eng mit ihren direkten Nachbarn und mit Europa verflochten. Die Interreg Programme leben von der Vielfalt der Akteure und ihrer unterschiedlichen Perspektiven. Das Besondere daran ist: Nicht die EU und nicht die Nationalstaaten erarbeiten Lösungen, sondern Akteure auf regionaler Ebene mit Partner aus ganz Europa. Ich möchte unsere Kommunen, Hochschulen, Kammern, mittelständische Unternehmen und

len wir diese Welt - gemeinsam mit unseren Partnern - gestalten? Dies alles vor dem Hintergrund, dass Wachstumsmärkte von morgen am Entstehen sind.

Tanja Gönner, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Deutschen Industrie: „Die Intensivierung der Partnerschaft mit dem Globalen Süden bedeutet auch, mit alten Irrtümern aufzuräumen. Ungleiche Geber- und Nehmerbeziehungen müssen der Vergangenheit angehören. Wir fordern Partnerschaften zum gegenseitigen Vorteil. Das bedeutet, die Interessen unseres Gegenübers ernst zu nehmen und gleichzeitig unsere eigenen Interessen im Blick zu haben. Wenn Europa ein wichtiger Akteur im globalen Wirtschaftsgeschehen bleiben will, müssen wir unsere Partnerschaften mit dem Globalen Süden intensivieren. Wir müssen mehr als nur Worte bieten, wir müssen Ergebnisse liefern!“

Vertreter aus Indien, Brasilien und Südafrika, drei Länder, mit denen Deutschland demokratische Grundwerte teilt sowie strategische und besonders wichtige Partnerschaften pflegen darf, diskutierten bei der Kooperationsveranstaltung von BDI und HSS in München.

Die Hanns-Seidel-Stiftung beteiligt sich weiterhin an dieser Diskussion mit evidenz-basierten Studien und mit ihrer aktiven Arbeit in vielen Partnerländern dieser Erde.

DLT zu Operationsplan und Zivilschutz:

## „Wir müssen vorbereitet sein“

Spätestens seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist deutlich geworden, dass dem Zivilschutz wieder eine erheblich größere Bedeutung zukommen muss. Es geht darum, ihn auf neue, zeitgemäßere Grundlagen zu stellen.

Während auf der militärischen Seite der Gesamtverteidigung mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr und dem Operationsplan (OPLAN Deutschland) bereits wichtige Impulse gesetzt worden sind, fehlt es daran für den Bereich der zivilen Verteidigung noch weitgehend. Vor diesem Hintergrund hat der Deutsche Landkreistag im Februar eine sehr gut besuchte Veranstaltung zu diesem Themenkomplex durchgeführt, an der zahlreiche Landrätinnen und Landräte aus ganz Deutschland teilgenommen haben. Parallel dazu hat der Deutsche Landkreistag ein Positionspapier mit dem Titel „Zivilschutz effizienter machen!“ veröffentlicht.

Zu den Rednern gehörten neben DLT-Präsident Landrat Dr.

viele mehr ausdrücklich ermutigen: Nutzen Sie die Chancen dieses Programms und werden Sie Teil unserer starken Interreg-Community!“

Ziel der Interreg-Programme ist die Förderung von grenzüberschreitender Kooperationen - von wirtschaftlicher Innovation und Transformation über Energie, Klimawandel, Mobilität, Umwelt bis zur nachhaltigen Regionalentwicklung. In der laufenden Förderperiode engagieren sich bislang zahlreiche Projektpartner aus Bayern und Baden-Württemberg in den fünf großräumigen Interreg-Programmen.

An der Veranstaltung im Bayerischen Wirtschaftsministerium haben rund 120 Personen teilgenommen. Darunter waren auch viele Vertreter von Landkreisen, Gemeinden, Hochschulen, Unternehmen, Institutionen und Verbänden. Im Rahmen der europäischen Regional- und Strukturpolitik, zu der auch die Interreg-Programme zählen, stehen in der aktuellen Förderperiode von 2021 bis 2027 insgesamt knapp 400 Milliarden Euro zur Verfügung. Das entspricht einem Drittel des gesamten EU-Haushalts.

GZ GZ-PODCAST GZ

## Das gute Beispiel

Podcast-Moderator Michael von Hassel spricht mit beeindruckenden Menschen, die mit ihrem Talent und Engagement vor Hoffnung in schwierigen Zeiten sorgen, besonders im Ehrenamt und in der Kommunalpolitik.

Folge 4: Mut, Engagement und ein klarer Kompass: Tanja Schweiger und die Kraft der Kommunalpolitik



In einer Zeit voller Krisen und Unsicherheiten gibt es Menschen, die nicht zögern – sie handeln. Eine davon ist Tanja Schweiger, Landrätin des Landkreises Regensburg. Mit Leidenschaft, Überzeugung und Pragmatismus hat sie sich ihren Weg gebahnt. Heute steht sie an der Spitze eines der wirtschaftlich stärksten und lebenswertesten Landkreise Bayerns.

Doch der Weg dahin war kein Zufall. Vom ersten Moment an hat sie Chancen erkannt, Verantwortung übernommen und sich für ihre Heimat eingesetzt. Sei es in der Flüchtlingskrise, bei der Digitalisierung, im Ehrenamt oder in der wirtschaftlichen Entwicklung – Schweiger denkt groß, aber handelt mit Bodenhaftung. Sie ist überzeugt: Politik muss für die Menschen da sein – konkret, lösungsorientiert und ohne ideologische Scheuklappen.

Besonders am Herzen liegt ihr das Ehrenamt, der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Schaffung gleicher Chancen für Stadt und Land. „Es geht nicht um Gegensätze, sondern um das Zusammenspiel“, sagt sie im Gespräch. Ihr Credo: „Nicht wegducken, sondern Verantwortung übernehmen.“

Wie kann Kommunalpolitik für die Bürger greifbar bleiben? Was braucht es, um junge Menschen für Politik zu begeistern? Und warum müssen wir lernen, wieder mehr aufeinander zuzugehen? In diesem tiefgehenden Gespräch zeigt Tanja Schweiger, wie viel Gestaltungsraum Kommunalpolitik bietet – und warum gerade sie der beste Beweis ist, dass Mut und Engagement den Unterschied machen können.

Alle Folgen unter: [www.gemeindezeitung.de/podcast](http://www.gemeindezeitung.de/podcast)

Dazu gehöre auch, kritische Infrastrukturen besser zu schützen – von der Wasserversorgung bis hin zu rüstungsrelevanten Unternehmen, so Brötel.

Vor allem aber müsse die militärische und die zivile Sicherheit noch sehr viel mehr zusammen gedacht werden: „So wie die Bundeswehr den Menschen etwa während der Pandemie oder bei der Flutkatastrophe im Ahrtal unterstützend zur Seite gestanden hat, ist sie im Krisen- und Verteidigungsfall auf unsere zivil-gesellschaftliche und zivil-gewerbliche Hilfe angewiesen. Für die Landkreise bedeutet das: Die zivil-militärische Zusammenarbeit muss deutlich gestärkt und weiter ausgebaut werden.“

**Notwendige Infrastruktur**

In seinen Ausführungen zu Beginn der Tagung machte der DLT-Präsident deutlich: „Wir müssen vorbereitet sein. Ziel ist es, die für die Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit notwendige Infrastruktur im Spannungs- und Verteidigungsfall zu schützen und die zentralen militärischen Anteile der Landes- und Bündnisverteidigung mit den dafür erforderlichen zivilen Unterstützungsleistungen zusammenzuführen.“

Die aktuell veränderte sicherheitspolitische Lage in Europa erfordert auch eine entsprechende gesellschaftliche Verantwortung und daran anknüpfend gemeinsame Anstrengungen aller, um dieses Ziel erreichen zu können. Die zivile Seite müsse dabei auch selbst wesentliche Unterstützungsleistungen als zentrale Bausteine für die Gesamtverteidigung leisten.

„Während die militärische Seite der Gesamtverteidigung mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr und dem Operationsplan Deutschland dazu schon wichtige Impulse gesetzt hat, fehlt es daran aber noch weitgehend für den Bereich der zivilen Verteidigung. Deshalb brauchen wir dringend so etwas wie ein ziviles Pendant zum OPLAN, also eine Art Zivilschutzoperationsplan. Dort müssen die notwendigen personellen, technischen und infrastrukturellen Voraussetzungen definiert werden, um der veränderten Rolle Deutschlands als mögliches Angriffsziel sowie als zentrales Transitland für alliierter Truppen gerecht zu werden.“

Ministerin Judith Gerlach:

## Pflegefinder Bayern

Pflegebedürftige finden im digitalen „Pflegefinder Bayern“ immer mehr Angebote. Gesundheitsministerin Judith Gerlach betonte: „2.112 Anbieter sind inzwischen dabei – rund die Hälfte aller möglichen Angebote im Freistaat.“

Das Portal listet 2.089 Pflegeheime, 2.140 ambulante Pflegedienste und 230 Beratungsangebote. Die Nutzung steigt: 822 Anfragen im zweiten Halbjahr 2024 bedeuten ein Wachstum von 58 %.

Eine neue Kampagne soll noch mehr Bürger und Anbieter erreichen. Der „Pflegefinder Bayern“ erleichtert die Suche und sorgt für Transparenz. Anbieter können sich digital präsentieren, Suchende Pflegeplätze direkt kontaktieren. Die Plattform zeigt Verfügbarkeiten nach dem Ampelsystem. Seit dem Start im Januar 2024 wurden bereits 1.400 Anfragen gestellt und 900 Nutzer registriert. Gerlach betonte: „Der Pflegefinder ist ein gutes Beispiel, wie Digitalisierung den Menschen hilft. Wir wollen, dass künftig ein Großteil der Pflegeplatz-Suchen über dieses Portal läuft.“

Informationen: <https://pflegefinder.bayern.recaresolutions.com>

### Wir gratulieren

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Hans Freiburger  
Gemeinde Prebitz  
am 1.3.

Bürgermeister  
Wilhelm Maderholz  
Gemeinde Ettenstatt  
am 6.3.

Bürgermeister  
Max Schmaderer  
Gemeinde Schorndorf  
am 6.3.

Bürgermeister  
Josef Lohr  
Gemeinde Oberdolling  
am 12.3.

Bürgermeister Thomas Köhler  
Markt Kleinwallstadt  
am 12.3.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Hörmann  
Gemeinde Seehausen  
a. Staffelsee  
am 10.3.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reinhard Sollfrank  
Markt Parkstein  
am 8.3.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Thomas Hemmerich  
Gemeinde Geldersheim  
am 28.2.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister  
Dr. Florian Janik  
Stadt Erlangen  
am 6.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

## Jahrespressekonferenz Tourismus:

## Gästerekord in Bayern

Mehr als 40 Millionen Gäste im Jahr 2024

Eine neue Rekordbilanz präsentierte Tourismusministerin Michaela Kaniber auf der Jahrespressekonferenz Tourismus in München. Nach ihren Angaben kamen vergangenes Jahr mehr Gäste in den Freistaat als je zuvor. Insgesamt waren es 40,6 Millionen, das sind 4,5 Prozent mehr als 2023. Auch die Übernachtungen erreichten mit knapp 103 Millionen ein Allzeithoch. Damit ist Bayern endgültig aus der Corona-Delle herausgekommen, die alten Spitzenwerte stammten aus dem Vor-Pandemiejahr 2019. Die Rekordbilanz sei ein Beweis für Stärke des Bayern-Tourismus und die Anziehungskraft der Reiseziele, lobte Kaniber. Auch für 2025 seien die Ausichten trotz des schwierigen konjunkturellen Umfelds positiv. Die Reiselust der Menschen sei „trotz aller Unwägbarkeiten ungebrochen“: „Wer spart, tut dies in erster Linie nicht beim Urlaub.“

Die meisten ausländischen Gäste kamen 2024 mit 1,1 Millionen aus den USA, die sich mit einem Plus von fast 14 Prozent wieder an Österreich vor-

chen eine Politik, die die Bedeutung des Gesundheitstourismus untermauert. Das würde die Kostenträger entlasten und würde schließlich auch zu einer



V.l.: Angela Inselkammer, Präsidentin des DEHOGA Bayern, Tourismusministerin Michaela Kaniber und Peter Berek, 1. Vorsitzender des Bayerischen Heilbäder-Verbandes. Foto: Schmidhuber/STIMELF

beschoben, das auf gut 1 Millionen kommt. Dahinter folgen die Niederlande, die Schweiz und Italien. Insgesamt kamen allerdings gut drei Viertel der Menschen, die nach Bayern reisten, aus Deutschland. Eine positive Überraschung im vergangenen Jahr war laut Kaniber die Erholung bei den Gästezahlen aus China. In diesem Markt sieht die Ministerin „enormes Potenzial“. Die positive Entwicklung machte sich in allen bayerischen Tourismusregionen bemerkbar, wenn auch unterschiedlich stark: Vor allem Oberbayern legte mit 19 Millionen Gästen (plus 6,6 Prozent) stark zu, was fast der Hälfte der Ankünfte entspricht. Dahinter folgt Franken mit 10,4 Millionen und einem Plus von 4 Prozent vor dem Allgäu und Bayerisch Schwaben mit 6 Millionen und 2,7 Prozent Wachstum sowie Ostbayern mit 5,3 Millionen Gästen und einem Plus von 0,4 Prozent.

## Plus durch Konzert und Sport

Im vergangenen Jahr profitierten besonders die Städte von einem starken Tourismus. Der Konzertsommer, aber auch die Fußball-Europameisterschaft hätten der Landeshauptstadt München ein Plus bei den Gästeankünften um 8,8 Prozent auf knapp 9,3 Millionen beschert. Andere Städte hätten noch höhere Zuwächse erreicht, so Landshut mit gut 13 Prozent, Amberg mit 19 oder Würzburg mit gut 12 Prozent. Zu den zehn übernachtungsstärksten Gemeinden zählten wiederum München, Nürnberg, Bad Füssing, Oberstdorf, Bad Kissingen, Regensburg, Füssen, Garmisch-Partenkirchen, Augsburg und Würzburg. Insgesamt haben die 25 übernachtungsstärksten Gemeinden Bayerns einen Anteil von 42,4 Prozent an den bundesweiten Gesamtübernachtungen.

Ihre starke Stellung im Tourismus haben 2024 mit 23,1 Millionen Übernachtungen (+1,2 Prozent) und 5,5 Millionen Ankünften (+2,7 Prozent) die Heilbäder und Kurorte untermauert. „Die wirtschaftliche Gesamtlage erfordert aber bessere Rahmenbedingungen“, hob der erste Vorsitzende des Bayerischen Heilbäder-Verbandes, Landrat Peter Berek, hervor. „Wir brau-

fordernd. Die Bilanzen der Unternehmen sähen oft deutlich schlechter aus als die touristische Gesamtbilanz. Steigende Kosten und gleichzeitig sinkende Reisebudgets belasteten die Branche enorm. Insbesondere im Gastgewerbe stünden viele Betriebe vor existenziellen Herausforderungen.

## Wir brauchen eine Politik, die die Wirtschaft stärkt

„Viele in unserer Branche stehen existentiell mit dem Rücken zur Wand. Das gefährdet den so erfolgreichen Tourismus in Bayern“, unterstrich auch die Präsidentin des DEHOGA Bayern, Angela Inselkammer, und forderte: „Unsere Branche braucht auf Bundesebene echte Lösungen... Wir brauchen eine Politik, die die Wirtschaft stärkt und dafür sorgt, dass sich Arbeit wieder lohnt.“

## Wirtschaft spürbar entlasten

Ministerin Kaniber erwartet von der künftigen Bundesregierung dringende Maßnahmen, um die Tourismuswirtschaft spürbar zu entlasten: „Wir brauchen die dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie, flexiblere Arbeitszeiten und eine echte Bürokratiebremse.“ Zudem seien steuerliche Entlastungen für Bürger und Mittelstand erforderlich. Wer mehr leiste, müsse sich auch mehr leisten können. Auf Landesebene werde man die Tourismusbranche weiterhin aktiv unterstützen. **DK**

## Bayerischer Baugipfel in München:

## Auswege aus der Baukrise

„Wir brauchen eine große Bau-Offensive in Deutschland. Denn schwächelt der Bau, ist die gesamte Wirtschaft krank“, unterstrich Ministerpräsident Dr. Markus Söder beim Bayerischen Baugipfel im Münchner Werkviertel vor Vertretern der Branche – Arbeitnehmer, Handwerk, Industrie, Wohnungsunternehmen und kommunale Spitzenverbände. Mit viel Geld und vereinfachten Verfahren gehe der Freistaat voran. 2024 sei die Rekordsumme von sechs Milliarden Euro in Wohnungen, Schulen, Städte, Straßen und Schienen investiert worden.

„In Bayern haben wir die Mittel für Tiefbau in zehn Jahren fast verdoppelt, haben ein eigenes Brückensanierungsprogramm und unterstützen mit dem Baukonjunkturprogramm 3000 Familien beim Traum vom Eigenheim. Mit der BauNova Bayern

ren. Um einen „grundlegenden Wechsel“ zu schaffen, müsse die Wohnraumförderung „auf mindestens 3,5 Milliarden Euro plus“ verstetigt werden. Zudem sei die Städtebauförderung um rund eine Milliarde Euro zu

erhöhen, damit auch die Kommunen als wichtiger Auftraggeber für die Bauwirtschaft auftreten könnten.

## Bayerischer Weg soll Erleichterungen bringen

Die gestiegenen Materialkosten, Baupreise und hohen Zinssätze hätten der Bauwirtschaft in den vergangenen Jahren erheblich zugesetzt, so der Ministerpräsident. Hinzu komme, dass Investitionen wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage oft zurückgehalten wür-

KOLUMNE  
CarmenPepiuk

## Liebe Leserinnen und Leser,

Kommunikation ist ein grundlegender Bestandteil unseres Lebens. Ob verbal oder nonverbal – wir kommunizieren immer. In einer zunehmend digitalisierten Welt, in der soziale Medien und digitale Plattformen den Austausch prägen, stellt sich die Frage: Wie gelingt eine respektvolle und achtsame Kommunikation, insbesondere wenn Meinungen auseinandergehen?

Kommunikation dient nicht nur der Informationsvermittlung, sondern auch dem Aufbau und Erhalt von Beziehungen. Sie beeinflusst unser soziales Miteinander und kann Unstimmigkeiten entweder klären oder verstärken. Besonders in digitalen Zeiten, in denen Missverständnisse aufgrund fehlender nonverbaler Signale häufiger auftreten, ist es umso wichtiger, bewusst und achtsam zu kommunizieren.

Eine der wichtigsten Fähigkeiten in der Kom-

## Achtsam im Miteinander trotz unterschiedlicher Meinungen

munikation ist das aktive Zuhören. Wer bewusst zuhört, gibt seinem Gegenüber das Gefühl, verstanden zu werden. Dies beinhaltet: Aufmerksames Zuhören ohne Unterbrechungen – Zusammenfassen des Gesagten, um Missverständnisse zu vermeiden und Nachfragen, um die Perspektive des anderen besser zu verstehen. Gerade in Diskussionen mit unterschiedlichen Meinungen hilft aktives Zuhören dabei, eine sachliche und respektvolle Gesprächsatmosphäre zu schaffen.

Achtsamkeit in der Kommunikation bedeutet, sich der eigenen Worte, Emotionen und Reaktio-



nen bewusst zu sein. Wichtig dabei ist, den respektvollen Umgangston zu wahren – Ich-Botschaften statt Du-Vorwürfen zu nutzen, um Angriffe zu vermeiden – Empathie zeigen und versuchen, die Sichtweise des anderen nachzuvollziehen.

Die digitale Kommunikation birgt besondere Herausforderungen:

Nonverbale Signale wie Mimik, Gestik und Tonfall fehlen oft, was zu Missverständnissen führen kann. In sozialen Medien oder Chats neigen Menschen auch dazu, impulsiv zu reagieren, ohne gründlich nachzudenken. Algorithmen verstärken „Filterblasen“, was bedeutet, dass viele in ihrer Meinungswelt gefangen bleiben und selten mit anderen Perspektiven konfrontiert werden.

Nachstehende Punkte bilden für mich die Grundsätze für eine gelungene Kommunikation:

1. Respekt bewahren – auch wenn Meinungen stark auseinandergehen.
2. Klar und verständlich formulieren – Missverständnisse vermeiden.
3. Auf den Ton achten – Höflichkeit und Sachlichkeit wahren.
4. Konstruktive Kritik üben – statt Vorwürfen lösungsorientiert argumentieren.
5. Digitale und persönliche Kommunikation bewusst nutzen – je nach Thema und Situation das passende Medium wählen.

Kommunikation ist die Basis für Verständigung und Zusammenarbeit. Gerade in einer digital geprägten Welt sollten wir uns bewusst um eine respektvolle, achtsame und wertschätzende Kommunikation bemühen. Durch aktives Zuhören, Empathie und den bewussten Einsatz unserer Sprache können wir Missverständnisse reduzieren und Brücken zwischen unterschiedlichen Meinungen bauen.

## Ihre Carmen Pepiuk

Stv. Landesvorsitzende der KPV Bayern  
Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Trabit

den. Für Bayern kündigte er an, bei vorhandenen Auflagen, wie etwa im Bereich des Lärm- und Brandschutzes, Vereinfachungen auf den Weg bringen zu wollen. Änderungsbedarf sieht Söder auf Bundesebene deshalb auch im Steuerrecht, allen voran eine Abschaffung der Erbschaftsteuer auf das Elternhaus, die Anrechnung von Ausgaben für energetische Sanierungen auf fällige Erbschaftsteuern und eine deutschlandweite Senkung der Grunderwerbsteuer auf maximal 3,5 Prozent. Zudem seien eine einfachere Mobilisierung von Bauland und weniger Vorschriften für Hochbauten notwendig.

Laut Bauminister Christian Bernreiter konnten in Bayern im vergangenen Jahr zahlreiche

Bauherren bei der Schaffung und dem Erhalt bezahlbaren Wohnraums unterstützt werden. Für die staatliche Wohnraumförderung standen im Haushaltsjahr 2024 rund 1,1 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Freistaat Bayern unterstützte damit kommunale, kirchliche, staatliche, genossenschaftliche und private Vorhabenträger beim Bau und der Modernisierung von mehr als 13.600 Wohneinheiten in allen Landesteilen.

## Bayerisches Wohnungsbauprogramm

Im Rahmen des Bayerischen Wohnungsbauprogramms, des Kommunalen Wohnraumförderungsprogramms (Fortsetzung auf Seite 4)



Staatsminister Christian Bernreiter, MdL. Bild: © STMB/Atelier Kramer

bündeln wir unsere Wohnungsgesellschaften mit 30.000 günstigen Wohnungen in Bestand und Planung. Zudem erleichtern wir Dachgeschossausbauten und Aufstockungen, streichen Verordnungen und sorgen für schnellere Genehmigungen sowie die Digitalisierung der Bauverwaltung. Nur eine starke Baubranche sichert Arbeitsplätze, lindert den Wohnungsmangel und prägt auch architektonisch das Stadtbild unserer Zeit“, erläuterte Söder.

Aus seiner Sicht muss die neue Bundesregierung dauerhaft mehrere Milliarden Euro in den Wohnungsbau investie-

## Benefiz-Schafkopffrennen

für kommunalpolitische Mandatsträger und Freunde

## Schirmherren:

Landrat Stefan Löwl (Landkreis Dachau),  
Landrat Thomas Karmasin (Landkreis Fürstentfeldbruck) und  
Oberbürgermeister Dieter Reiter (Stadt München)

Anmeldung nur digital unter:  
[www.landratsamt-dachau.de/benefizschafkopf2025](http://www.landratsamt-dachau.de/benefizschafkopf2025)

Startgeld: 50 €/Person

1. Platz Reisegutschein im Wert von 400 €
2. Platz Preis im Wert von 200 €
3. Platz Preis im Wert von 150 €

Benefizgewinne: Jeder und jede spielt für einen guten Zweck, der bei Anmeldung angegeben wird.

Mitspielen dürfen alle Freunde der Kommunalpolitik

Schlossgut Odelzhausen  
Am Schlossberg 1, 85235 Odelzhausen  
[www.schlossgut-odelzhausen.de](http://www.schlossgut-odelzhausen.de)



15.3.2025

Anmeldung ab 14:00 Uhr  
Beginn 15:00 Uhr

Schlossgut Odelzhausen  
[www.landratsamt-dachau.de/benefizschafkopf2025](http://www.landratsamt-dachau.de/benefizschafkopf2025)



## Mut zur Veränderung ...

(Fortsetzung von Seite 1)

feträger zu übernehmen sind. Eine echte Reform der Pflegeversicherung muss deshalb zu einer spürbaren Entlastung der Selbstzahler wie der Träger der Sozialhilfe führen, beispielsweise durch einen sogenannten Sockel-SpitzeTausch, und durch die neue Bundesregierung schnell auf den Weg gebracht werden.“

Für die bundesgesetzlich geschaffene Möglichkeit, Springerpools oder vergleichbare betriebliche Ausfallkonzepte für ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen zu schaffen, fehle bislang die Möglichkeit der Refinanzierung des damit verbundenen Personalmehrbedarfs durch die Pflegekassen. Der Bundesgesetzgeber müsse daher dringend sicherstellen, dass diese Mehrkosten nicht die Pflegebedürftigen selbst bzw. die Sozialhilfeträger belasten.

### Unterstützung älterer Menschen

Sozialräumliche Strukturen zur Unterstützung älterer Menschen im (vor-)pflegerischen Bereich müssten geschaffen und auch von der Bundesebene dauerhaft finanziert werden, um häusliche Pflege durch das Ineinandergreifen von familiärer Betreuung und Unterstützung, ergänzenden professionellen Pflegeleistungen und unterstützenden Angeboten durch bürgerschaftlich Engagierte und/oder professionelle Dienstleister zu entlasten. Die gesetzliche Verankerung von Strukturen wie der Community Health Nurse und auch von Lotsenstellen wie der Gemeindegewerter(+), als zentrale Anlaufstelle und Bindeglied zwischen pflegebedürftigen Menschen, Angehörigen und dem Gesundheitssystem wirken präventiv und stärken sozialräumliche Strukturen.

„Die kommunale Pflegeplanung sollte gestärkt und bundesgesetzlich verankert werden. Gleichzeitig sind die Pflegekassen zu verpflichten, die Empfehlungen und Zielsetzungen der kommunalen Pflegestrukturplanung vor Abschluss eines Versorgungsvertrages zu beachten“, heißt es weiter. Die mit dem Angehörigen-Entlastungsgesetz

eingeführte Freistellung unterhaltsverpflichteter Eltern und Kinder von einem Rückgriff des Sozialhilfeträgers auf ihr Einkommen bis zu einem zu versteuernden Jahresbetrag von 100.000 Euro sei auf den Prüfstand zu stellen und die Beweislastumkehr zu Ungunsten der Sozialhilfeträger rückgängig zu machen.

### Stichwort Krankenhausversorgung:

Die im Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KH-VVG) vorgesehene Definition des „Fachkrankenhauses“ soll nach dem Willen des Bezirktags flexibler gestaltet und Ausnahmen durch das jeweilige Bundesland zugelassen werden. In der Rechtsverordnung nach § 135 e Abs. 1 SGB V seien Ausnahmeregelungen und Gestaltungsspielräume für die Länder zu schaffen.

Bei der Neugestaltung der Notfallversorgung müsse den Bedarfen besonders vulnerabler Gruppen wie psychisch erkrankten Menschen oder Kindern und Jugendlichen an den geplanten medizinischen Erstanlaufstellen Rechnung getragen werden. Um eine bedarfsgerechte Versorgung insbesondere für schwer chronisch kranke Menschen aufrecht zu erhalten, müsse in den Fachbereichen Psychiatrie sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie die Vorhaltung von Mindestkapazitäten gewährleistet sein. Eine solche Vorhaltung sei ebenso wie die Zuordnung von Ressourcen sinnvoll an den Auftrag regionaler Versorgungsverpflichtung zu binden.

Die steigenden Anforderungen im Gesundheits- und Pflegebereich erforderten zudem eine grundlegende Stärkung der pflegerischen Berufe. Gefordert wird daher die gesetzliche Verankerung erweiterter Kompetenzen für beruflich und akademisch ausgebildete Pflegefachpersonen, um eine effizientere, patientenzentrierte Versorgung zu gewährleisten, z. B. durch erweiterte Delegations- und Substitutionsmodelle für den Pflegeberuf als Heilberuf mit eigenen beruflichen Kompetenzen im Leistungsrecht sowie erhöhte Handlungsspielräume in

## Kommunen fordern ...

(Fortsetzung von Seite 1)

gend einstellen“, so die Resolution. Neben dem deutlichen Ausbau der äußeren Sicherheit sei es zwingend notwendig, die innere Resilienz Deutschlands zu stärken. Dazu beitragen könnte die Einführung eines verbindlichen Gesellschaftsjahres. Darüber hinaus müssten der Zivil- und Katastrophenschutz sowie die Klimafolgenanpassung unter Einbeziehung der Eigenverantwortung der Bevölkerung ausgebaut werden. Um vorhandene Konzepte umzusetzen, habe der Bund in den nächsten Jahren ausreichend Mittel bereitzustellen.

### Digitalisierung staatlicher Dienste

Dringend vorangebracht werden muss nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auch die Digitalisierung staatlicher Dienste: „Wir brauchen eine deutliche Entbürokratisierung. Bis 2030 werden allein auf der kommunalen Ebene rund 230.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen. Daher müssen die Digitalisierungspotenziale konsequent genutzt werden.“ Gemeinsam mit den Ländern wird der Bund aufgefordert, klare und einheitliche Vorgaben zu machen und Lösungen zu präsentieren. Durchgehend digitale Prozesse müssten ermöglicht und dabei der Datenschutz

der Prävention und Beratung.

Darüber hinaus wird die neue Bundesregierung aufgefordert, entschlossene Schritte zur Entbürokratisierung und Deregulierung zu unternehmen, um so die Grundlage für eine effizientere und flexiblere Verwaltung zu schaffen und die Handlungsfähigkeit der Kommunen und damit auch der Bezirke zu stärken. Genannt werden u.a. die Überprüfung des Vollzugsaufwands, die Einführung von Pauschalregelungen und Bagatellgrenzen, die Reduzierung von Dokumentations- und Berichtspflichten, realistische (längere) Übergangsfristen zur Implementierung neuer Regelungen mit vorheriger Digitalisierung der Verwaltungsverfahren sowie der Verzicht auf die zusätzliche Verschärfung europarechtlicher Anforderungen.

### Hochwertige und sichere digitale Infrastrukturen

Für eine zukunftsfähige digitale Verwaltung ist nach Auffassung des Kommunalverbands der flächendeckende Zugang zu hochwertigen und sicheren digitalen Infrastrukturen, einschließlich Breitband und 5G-Netzen, unerlässlich. Die technische Basis müsse dabei durch eine einheitliche, datenschutz- und IT-sicherheitskonforme digitale In-

frastruktur geschaffen werden.

Eine durchgängige Prozessgestaltung sei für den Erfolg unverzichtbar. Dies bedeute vor allem die konsequente Vermeidung von Medienbrüchen durch eine ganzheitliche Digitalisierung vom Antrag bis zum Bescheid. Der bisherige OZG-Ansatz müsse über reine Online-Anträge hinaus weiterentwickelt werden, begleitet von einer gezielten Förderung der internen Verwaltungsdigitalisierung. IT-Anbieter seien durch verpflichtende offene Schnittstellen in die Pflicht zu nehmen, um einen durchgängigen Datenaustausch zu gewährleisten.

Aus Sicht des Bayerischen Bezirktags müssen die Belange der Kommunen und damit auch der Bezirke als unmittelbare Ansprechpartner vor Ort stärker in die politische Entscheidungsfindung einbezogen werden. Hierzu zählten ein stärkeres Gehör für kommunale Anliegen und die Gewährung von mehr Selbstverantwortung und Entscheidungsfreiheit. „Die Kommunen sind ein Garant für praxisnahe Lösungen, die den lokalen Bedürfnissen gerecht werden. Dafür muss gewährleistet sein, dass den Kommunen die notwendigen Handlungsspielräume verbleiben und ihnen keine zusätzlichen Belastungen auferlegt werden, die sie nicht bewältigen können.“ **DK**

## Ruf nach Trendwende ...

(Fortsetzung von Seite 1)

der Städte: Jahr für Jahr wachsen sie deutlich stärker als die Einnahmen. Nach Angaben von Katja Dörner, Städtetagsvizepräsidentin und Bonner Oberbürgermeisterin, seien die kommunalen Sozialausgaben in den vergangenen zehn Jahren in fast allen Bereichen um mindestens ein Drittel, teilweise um mehr als 100 Prozent gestiegen. Bei der Kinder- und Jugendhilfe hätten sich die Ausgaben in zehn Jahren beispielsweise mehr als verdoppelt – von 32,8 Milliarden Euro auf 67,6 Milliarden Euro bundesweit, vor allem durch den massiven Ausbau der Kinderbetreuung. „Das ist gesellschaftlich notwendig und von Bund und Ländern gewollt. Und wir unterstützen das als Städte eindeutig. Aber das muss dann auch gesamtgesellschaftlich finanziert werden und nicht zum allergrößten Teil bei den Kommunen hängen bleiben“, forderte Dörner.

### Kostentreiber sind immer neue Aufgaben

Auch der Zuzug von geflüchteten Menschen spiele in der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch im Bürgergeld und bei den Sozialhilfeleistungen eine Rolle. „Kostentreiber sind aber vor allem auch immer neue Aufgaben, auf die uns Bund und Länder verpflichten und die von den Bürgerinnen und Bürgern auch intensiv nachgefragt werden, etwa der Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung. Voll gegenfinanziert sind solche neuen Aufgaben fast nie. Dadurch verschärft sich die strukturelle Unterfinanzierung und schränkt die kommunalen Handlungsspielräume weiter ein“, erläuterte die Vizepräsidentin.

### Immer mehr Aufgaben mit weniger Personal

Nach den Worten von Städtetagsvizepräsident Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, machen dem Deutschen Städtetag perspektivisch vor allem zwei Punkte große Sorgen: „Zum einen: Etliche Städte werden sich vermutlich gezwungen sehen, in den kommenden Jahren Personal abzubauen. Immer mehr Aufgaben

für die Städte, die wir dann aber mit weniger Personal bewältigen müssen – diese Rechnung kann nicht aufgehen. Das können auch Bund und Länder nicht wollen, sie müssen uns deutlich finanziell stärken. Zum anderen: Wir stehen mit Transformationsaufgaben wie der Verkehrswende, der Energiewende oder der Wärmewende vor Mammutaufgaben. Wie diese massiven Investitionen finanziert werden sollen, ist ohnehin noch kaum geklärt. Und jetzt sorgt die prekäre Finanzlage der Kommunen dafür, dass Städte sogar Bus- und Bahnlinien streichen, statt neue zu schaffen. Statt einer Verkehrswende droht eine Rolle rückwärts. Das gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.“

### Viele neue Gesetze

Jung wies auch darauf hin, dass es für die strukturellen Defizite der kommunalen Haushalte mehr brauche als Geld: „Wir brauchen ein anderes Miteinander von Bund, Ländern und Kommunen, auch bei neuen Gesetzen. Es gibt für viele neue Gesetze gute Gründe. Aber warum sind sie oft so praxisfern und kompliziert ausgestaltet, dass wir eigentlich immer neues Personal dafür einstellen müssten und angesichts des Fachkräftemangels nicht finden? Das weckt große Erwartungen bei den Menschen und endet im Frust, wenn Verfahren zu lange dauern. Hier muss sich grundlegend etwas ändern. Wir brauchen praxisnahe Gesetze mit durchgehend digitalisierten und vereinfachten Verfahren.“

Für eine echte Trendwende bei den Kommunal финанzen verlangen die Städte einen höheren Anteil der Städte an den Gemeinschaftssteuern, zum Beispiel der Umsatzsteuer: „Bei den Kommunen liegt etwa ein Viertel der gesamtstaatlichen Aufgaben, sie haben aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen. Das passt nicht zusammen.“ Zudem darf es von Bund und Ländern keine zusätzlichen Aufgaben mehr für die Städte geben, die nicht ausfinanziert sind: „Mittel für Aufgaben, bei denen die Kosten absehbar steigen, müssen dynamisiert sein – damit die Städte ihrem Geld bei Kostensteigerungen nicht hin-

## Auswege aus der ...

(Fortsetzung von Seite 3)

teranderl, Präsident des Bayerischen Handwerkstages, fest. Preisbereinigt schrumpften die Einnahmen im bayerischen Baugewerbe bereits seit 2020. Jede Wohnung, die nicht gebaut werde, fehle in den Auftragsbüchern des Ausbauhandwerks.

### Dschungel an Vorschriften

Der Staat, so Peteranderl, müsse wieder mehr zu „Ermöglicher für Wirtschaft und Verbraucher“ werden. Zwar seien bereits einige wichtige Schritte unternommen worden (siehe Gebäudetyp E), diese müssten nun aber auch praktikabel und rechtssicher umgesetzt werden. „So brauchen wir etwa eine Entscheidung zwischen verpflichtenden sicherheits- und gesundheitsrelevanten Standards und Standards, die dem Komfort dienen und nicht verpflichtend sind“, erklärte der Präsident. Die Baubranche werde von einem „Dschungel an Vorschriften“ erdrückt, die die Preise in die Höhe trieben.

Der Bayerische Bauindustrieverband hob u.a. die Notwendigkeit steuerlicher Erleichterungen (Einführung einer Sonderabschreibung oder Reduzierung der Umsatzsteuer für den Wohnungsbau) und die Überprüfung ordnungsrechtlicher Rahmenbedingungen (Rückkehr zum EH55-Standard, um Kostensenkungen zu ermöglichen) hervor. Beim Thema Verkehrsinfrastruktur plädierte der Verband für eine Nutzerfinanzierung der Bundesfernstraßen und die Einrichtung eines Infrastrukturfonds. Mit Blick auf die Sanierung des Schienennetzes sprach sich Präsident Josef Geiger für die Trennung von Netz und Betrieb der Deutschen Bahn aus, um die Zuschüsse des Bundes effizienter zu nutzen.

### Moderne Vertragsformen

Neben der Straffung von Planungs- und Genehmigungsverfahren (Abschaffung oder Vereinfachung der Ersatzbaustoffverordnung) gelte es auch, moderne Vertragsformen zuzulassen: Der öffentliche Auftraggeber müsse Funktionalausschreibungen durchführen und Partnerschaftsmodelle nutzen, um Planung und Bau zusammenzuführen und so über ganzheitliche Ansätze Zeit und Kosten zu sparen. Darüber hinaus lohne es sich, bei neuen Projekten über alternative Formen von Vergabe und Vertragsgestaltung nachzudenken, um mit dem eingesetzten Budget ein möglichst optimales Ergebnis zu erzielen.

„Das Bauen muss einfacher, schneller und kostengünstiger werden“, betonte auch Direktor Hans Maier vom Verband bayerischer Wohnungsunternehmen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung sei der geplante Gebäudetyp E, der zur Normalität werden müsse. Dazu brauche es aber eine praxistaugliche Regelung im BGB. Zudem müsse die KfW wieder ein verlässlicher Partner für den Wohnungsbau werden. Die Verbandsmitglieder könnten aktuell ohne Fördermittel keine Neubauprojekte durchführen. Für das Bauen sei eine langfristige Planungssicherheit jedoch unabdingbar.

Auch wies Maier darauf hin, dass die im Freistaat dringend benötigten Wohnungen nicht nur mit Fördermitteln gebaut werden können. Ohne privates Kapital seien die benötigten Stückzahlen nicht finanzierbar. Deshalb spricht sich der Verband für steuerliche Anreize für den Mietwohnungsbau und den Eigenheimbau aus. Dies würde auch dazu beitragen, die angespannten Mietwohnungsmärkte zu entlasten. **DK**

„Häufiger feste Budgets statt komplizierter Förderprogramme“, lautet eine weitere Forderung: „Wir brauchen mehr Vertrauen in die Städte durch Bund und Länder. Das heißt: Feste Budgets für geförderte Aufgaben, über die die Städte frei verfügen können, statt komplizierter Förderprogramme, die den Städten Zeit und Geld kosten.“ Darüber hinaus müsse die Schuldenbremse auf den Prüfstand: „Wenn die Schuldenbremse Zukunftsinvestitionen verhindert, muss sie reformiert werden.“ **DK**



Visualisierung des Projektes: Blickrichtung Haiming von Mehring aus.

Bild: Qair

Gemeinde Haiming:

## Zukunft der Windkraft vor Ort

GZ- Interview mit Bürgermeister Wolfgang Beier

Die Diskussion um erneuerbare Energien ist längst in den Gemeinden angekommen – so auch in Haiming im Südosten Bayerns. Der geplante Bau von 27 Windkraftanlagen im Altöttinger und Burghauser Staatsforst sorgt für Gesprächsstoff. Sieben davon sollen auf dem Gebiet der Gemeinde Haiming entstehen. Während die einen die Notwendigkeit von Windkraft als wichtigen Schritt hin zu einer nachhaltigen Energiezukunft sehen, äußern andere Bedenken, insbesondere in Bezug auf Naturschutz und den Abstand zur Wohnbebauung. Die Bayerische Gemeindezeitung konnte mit Bürgermeister Wolfgang Beier sprechen, um mehr über die geplanten Projekte, die Herausforderungen und die Chancen zu erfahren.

### Planungsstand und technische Vorbereitungen

**GZ:** Herr Bürgermeister Beier, wie weit ist die Planung für Windkraftprojekte in der Gemeinde Haiming fortgeschritten?



Bürgermeister Wolfgang Beier.

Bild: Gemeinde Haiming

Die Planungen sind schon recht weit vorangeschritten. Der Projektträger Qair Deutschland ist mitten in der Vorbereitung der Genehmigungsunterlagen. Die Windmessungen sind abgeschlossen und haben

die erwarteten Ergebnisse bestätigt. Anlagen mit einer Nabenhöhe von 200 Metern können hier wirtschaftlich betrieben werden. Aktuell läuft das Auswahlverfahren für den Anlagentyp. Ergänzende Gutachten zu Schall, Schattenwurf und anderen Umwelt-

aspekten sind noch in Arbeit. Ein Zeitpunkt, wann die Unterlagen eingereicht werden können, steht aktuell jedoch noch nicht fest. Laut Aussage des Unternehmens soll ein Großteil der Anlagen 2028 in Betrieb gehen.

### Bürgerbeteiligung und Entscheidungsprozesse

**GZ:** Wie wurden die Bürger der Gemeinde in die Planung und Entscheidungsprozesse eingebunden?

**Beier:** In unserer repräsentativen Demokratie obliegt die Entscheidungskompetenz grundsätzlich dem Gemeinderat, der der Flächennutzung für Windkraft durch die Bayerischen Staatsforsten zugestimmt hat. Mit dem Wegfall der Kommunalklausel entfällt zukünftig diese Zustimmungspflicht der Kommune. Zwei Anträge auf Bürgerentscheide wurden als unzulässig abgelehnt.

Zur Erklärung: Das Windanland-Gesetz und die Fortschreibung des Regionalplans in Bayern markieren einen grundlegenden Wandel: Vormalig ausgeschlossene Gebiete, wie der Staatsforst, sind nun Vorrangflächen. Der Ausbau der Windkraft liegt im besonderen öffentlichen Interesse und dies ist bei allen Entscheidungen über Windkraftanlagen zu berücksichtigen.

Mit dem Ziel, bis 2032 mindestens 1,8 Prozent der Landesfläche für Windkraft auszuweisen, hat sich der Fokus der Kommunen auf eine mitwirkende Rolle verlagert. Der Richtungswechsel unterstreicht die Dringlichkeit der Energiewende und die Bedeutung eines gemeinsamen Handelns über verschiedene Ebenen hinweg.

**GZ:** Wie geht die Gemeinde mit möglichen Vorbehalten oder Widerstand aus der Bevölkerung um, etwa in Bezug auf Lärmbelästigung, Schattenwurf

oder das Landschaftsbild? Wie werden die Bürger über den aktuellen Stand der Planungen informiert?

**Beier:** Transparenz und Dialog stehen bei uns an erster Stelle. Bürger wurden frühzeitig durch neutrale Informationsveranstaltungen eingebunden, bei denen Fachleute alle Fragen beantworteten. Das hat viele Emotionen aus der Debatte genommen. Auch kontroverse Diskussionen wurden offen geführt, um Bedenken direkt zu adressieren. Anpassungen, wie die Reduzierung der geplanten Anlagen von neun auf sieben oder deren Verschiebung weiter weg von der Bebauung, zeigen, dass Anliegen der Bevölkerung berücksichtigt werden.

Wir planen weitere Informationsveranstaltungen, sobald die Genehmigungsunterlagen vorliegen, und führen viele persönliche Gespräche, um Bürger individuell abzuholen. Wichtig ist: Keine Dinge schönreden. Wir sprechen offen über Herausforderungen wie Veränderungen des Landschaftsbildes und stellen umfassende Informationen z.B. zu Schall und Schattenwurf bereit, damit jeder die Auswirkungen für sich selbst einschätzen kann. Unser Ziel ist es, unterschiedliche Meinungen zu respektieren und den Austausch sachlich und respektvoll zu gestalten.

### Umwelt- und Naturschutz

**GZ:** Wie wird sichergestellt, dass die Windkraftanlagen möglichst geringe Auswirkungen auf Natur und Tiere haben?

**Beier:** Der Schutz von Natur und Tieren ist uns ein großes Anliegen, insbesondere in der Nähe des Vogelschutzgebiets Inn-Salzach. Wir setzen bspw. auf moderne Warnsysteme, die Vogelschlag minimieren, und wer-

den deren Einsatz konsequent einfordern. Die geplanten Waldrodungen werden auf das notwendige Minimum beschränkt, waldverträgliche Standorte wurden sorgfältig ausgewählt, und die gerodeten Flächen sollen durch Maßnahmen wie z.B. die Schaffung von Äsflächen für Tiere einen Mehrwert bieten. Ersatz für gerodeten Bannwald wird im regionalen Zusammenhang geschaffen. Umfangreiche Gutachten und gesetzlich vorgegebene Vermeidungsmaßnahmen gewährleisten, dass die Eingriffe so gering wie möglich ausfallen.

**GZ:** Wie viel des Energiebedarfs der Gemeinde kann durch die geplanten Windkraftanlagen gedeckt werden? Werden Überschüsse regional genutzt?

**Beier:** Der jährliche Strombedarf der Gemeinde beträgt etwa 8 Millionen kWh, davon entfallen 4,1 Millionen kWh auf private Haushalte. Eine einzige Windkraftanlage mit 2.000 Volllaststunden pro Jahr kann zwischen 12 und 16 Millionen kWh erzeugen – also mehr als den gesamten Bedarf der Gemeinde. Im Vergleich: Alle bestehenden Photovoltaikanlagen innerhalb der Gemeinde erzeugen derzeit zusammen 5,8 Millionen kWh, was nicht einmal die Hälfte der Leistung einer einzigen Windkraftanlage ausmacht. Dies ist eine rechnerische Bilanz.

Physikalisch wird die Energie ins Netz eingespeist und trägt zur Deckung des steigenden Strombedarfs in der Region bei, insbesondere im Chemiedreieck mit dem stark wachsenden Energiebedarf. Jede Kilowattstunde zählt, und Windkraft liefert einen wichtigen Beitrag, auch wenn sie wetterabhängig ist. Dieses Projekt ist daher ein entscheidender Baustein für die regionale Energieversorgung.

### Energieversorgung und wirtschaftliche Perspektiven

**GZ:** Welche wirtschaftlichen Vorteile erwartet die Gemeinde durch die Nutzung von Windkraft?

**Beier:** Als Standortgemeinde profitieren wir direkt von der gesetzlichen Abgabe in Höhe von 0,2 Cent pro erzeugter Kilowattstunde. Bei einer Windkraftanlage mit einer Leistung von 12 bis 16 Millionen kWh pro Jahr bedeutet dies Einnahmen von etwa 20.000 bis 30.000 Euro jährlich – eine willkommene Unterstützung, die nicht umlagepflichtig ist. Zusätzlich erwarten wir langfristige Gewerbesteuererinnahmen.

Auch für die Bürger schaffen wir Möglichkeiten zur Beteiligung: Es wird sowohl direkte Investitionsmodelle mit Risiko als auch risikoarme Varianten geben. So können alle von der regionalen Windkraft profitieren – wirtschaftlich und nachhaltig.

**GZ:** Gibt es weitere Projekte, die die Gemeinde beschäftigen?

**Beier:** Neben den Windkraftprojekten stehen wir vor weiteren großen Herausforderungen, wie dem Bau einer 380-kV-Leitung verbunden mit einem großen Umspannwerk und dem Ausbau einer Bundesstraße zur Autobahn. Auch eine Deponie für belasteten Boden ist in Planung. Wir gehen all diese Projekte mit der gleichen Sorgfalt an und versuchen, die Bürger frühzeitig und umfassend einzubinden.

**GZ:** Möchten Sie unseren Lesern noch etwas mitgeben?

**Beier:** Die Energieversorgung ist eine gewaltige Aufgabe, die uns alle betrifft. Es ist entscheidend, dass wir uns dieser Herausforderung offen und mutig stellen, um eine nachhaltige Zukunft für unsere Gemeinde zu sichern.

**GZ:** Vielen Dank für das Gespräch! **CH**

Renexpo Interhydro:

## Fachmesse für Wasserkraft

Nur noch ein Monat bis zur Renexpo Interhydro 2025, der führenden Fachmesse für Wasser- und Energietechnologien. Nach dem Erfolg der letzten Ausgabe mit rund 1.000 Besuchern und 60 Ausstellern bietet die Messe am 27. und 28. März im Messezentrum Salzburg erneut eine Plattform für Innovation, Austausch und zukunftsweisende Impulse in der europäischen (Klein-)Wasserkraftbranche.

**Energietalk: RED III und Wasserkraft – Wann startet die Beschleunigung?**

In diesem hochkarätig besetzten Energietalk diskutieren Experten die Chancen und Herausforderungen der Wasserkraft im Kontext aktueller Förderprogramme und politischer Rahmenbedingungen. Im Fokus stehen

zentrale Fragen zur zukünftigen Entwicklung der Branche im Hinblick auf EU-Vorgaben und die dringend notwendige Beschleunigung von Innovationsprozessen.

**Vielfältige Vorträge zu zukunftsweisenden Themen:**

- Potential der Kleinwasserkraft in Österreich



- Wasserkraftpotenziale und Potenziale der Grünen Nah- und Fernwärmegewinnung aus Fließgewässern in Deutschland
- Ökologie an unseren Gewässern
- Energiespeicher (Batteriespeichersysteme)

- und viele mehr!

Die Fachvorträge liefern nicht nur tiefgehende Einblicke in aktuelle Trends und innovative Ansätze, sondern bieten auch praxisnahe Lösungen für die drängenden Herausforderungen der Wasser- und Energiewirtschaft.

### Renexpo Interhydro – Mehr als eine Messe

„Die Renexpo Interhydro 2025 ist mehr als eine Fachmesse – sie ist ein zentraler Treffpunkt für den Austausch von Ideen, die Initiierung neuer Projekte und den Aufbau nachhaltiger Partnerschaften in der Wasserkraftbranche“, betont Christoph Schrammel, Messeleiter der Renexpo Interhydro.

Parallel zur Hauptveranstaltung finden zudem zwei Expertenveranstaltungen in Zusammenarbeit mit vgb energy e.V. und dem Verein für Ökologie und Umweltforschung (VÖU) statt. Unter den Themen stehen unter anderem „Innovationen im Betrieb und in der Wartung von Wasserkraftwerken 2025“ sowie „Flussmanagement und Ökologie 2025“, die sowohl technische Neuerungen als auch ökologische Fragestellungen wie Renaturierung und Biodiversität adressieren.

Die Renexpo Interhydro 2025 bringt Fachleute aus ganz Europa zusammen, um die Zukunft der Wasserkraft aktiv zu gestalten. Nutzen Sie die Gelegenheit für spannende Vorträge, innovative Produkte und wertvolle Gespräche.

Tickets, das vollständige Programm sowie Anmeldeöglichkeiten finden Sie unter: [www.renexpo-interhydro.eu](http://www.renexpo-interhydro.eu)

[www.renexpo-interhydro.eu](http://www.renexpo-interhydro.eu)



Bilder: Renexpo Interhydro / DER BILDW.RKER

# RENEXPO INTERHYDRO

## Wärme aus Flüssen

Bayerische Energieverbände stellen Kommunen Daten für „Wärmepumpen an Fließgewässern“ zur Verfügung

Im vergangenen Frühjahr hat die Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FFE) das Potenzial zum Heizen ermittelt, das im Wasser bayerischer Flüsse steckt. Die Studie „Wärmepumpen an Fließgewässern“ hatten der Verband der Bayerischen Energie und Wasserwirtschaft e.V. (VBEW), die Landesgruppe Bayern des Verbands kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) sowie die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V. (VWB) und der Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke eG (LVBW) in Auftrag gegeben. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass mindestens die Hälfte der bayerischen Städte und Gemeinden für die Wärmeversorgung Wärmepumpen an ihren Flüssen einbeziehen können. 20 Prozent könnten sich theoretisch voll versorgen. Um den rein rechnerischen Wärmebedarf der Haushalte und des Gewerbes von aktuell rund 150 TWh decken zu können, müsste dem aus den Flüssen erster und zweiter Ordnung entnommenen Wasser lediglich 1,5 Grad Wärme entzogen werden. Mit Hilfe von Wärmepumpen wird daraus Energie zum Heizen. Die Gewässer würden durch kühleres Wasser sogar ökologisch profitieren.

Zum 2. Januar 2025 ist die novellierte Fassung der Verordnung zur Ausführung energiewirtschaftlicher Vorschriften in Bayern in Kraft getreten. Diese regelt die Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes und somit die Zuständigkeiten zwischen Land und Kommunen bei der kommunalen Wärmeplanung. Vor diesem Hintergrund haben sich die Anfragen einzelner Kommunen beim Verband kommunaler Unternehmen und den weiteren Auftraggebern deutlich erhöht, welche Wärmepotenziale aus Fließgewässern jeweils vorhanden seien. Vor diesem Hintergrund haben sich die Auftraggeber der Studie dazu entschieden, die Daten zu Wärmepotenzial aus den Flüssen und den Wärmebedarfen einzelner Kommunen über die Website der FFE kostenlos zur Verfügung zu stellen. Im dort hinterlegten

Excel-Sheet können Sie Ihre Kommunen auswählen und die entsprechenden Daten herunterladen. Zudem führt die Studie auch Beispielprojekte auf, die Inspiration für weitere Projekte in Bayern sein können. Bisher hatten die Verbände die Daten exklusiv ihren Mitgliedsunternehmen zur Verfügung gestellt.

Die Studie betrachtet die Wärmepotenziale von rund 80 Prozent der Gewässer erster und zweiter Ordnung. An den weiteren, auch kleineren Flüssen und stehenden Gewässern sind zusätzliche Potenziale zu erwarten. In seiner Wärmestrategie vom Herbst 2024 hat das Bayerische Wirtschaftsministerium angekündigt, „eine Potenzialabschätzung für die thermische Gewässernutzung der bayerischen Seen und Fließgewässer“ in seinem Auftrag erstellen zu lassen. □

Von Energieprojekten bis IT:

## Genossenschaften stärken Bayerns Regionen

Die Genossenschaftsidee erlebt in Bayern weiterhin eine beeindruckende Erfolgsgeschichte. Insgesamt 33 neu eingetragene Genossenschaften im Jahr 2024 belegen, dass das Modell nach wie vor attraktiv ist. Besonders im Bereich der Erneuerbaren Energien hat sich der Gründungsboom fortgesetzt: 23 der neu eingetragenen Genossenschaften dienen der gemeinschaftlichen Umsetzung von Wind-, Photovoltaik- und Wärmeprojekten.

„Das Genossenschaftsmodell bietet Lösungen für viele aktuelle Herausforderungen der Menschen und ihrer Regionen“, erklärte Stefan Müller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, in München: „Gerade bei der Energiewende kommen Bürger zusammen, um gemeinsam nachhaltige Projekte zu realisieren und unabhängiger von globalen Energiemärkten zu werden.“

Die neuen Energiegenossenschaften investieren knapp 70 Millionen Euro und beantragten Fördermittel in Höhe von rund 18 Millionen Euro. Diese Projek-

te tragen dazu bei, Kapital, Arbeit und Rohstoffe nachhaltig in den Regionen einzusetzen.

Auch außerhalb des Energiesektors bleibt die Vielfalt der Gründungen beachtlich. Kultur-, Handels-, Handwerks- und IT-Genossenschaften stehen für innovative Konzepte und eine aktive Bürgerbeteiligung. Sie zeigen, dass das Genossenschaftsmodell zukunftsfähige Perspektiven bietet. Die Gründungsberatung des GVB begleitete alle 33 Neugründungen und unterstützt diese in Fragen der Organisation, Finanzierung und Governance. □



Die Referenten des IHK-Seminars.

Bild: Wasserkraft Bayern

Fachtagung in München:

## Wasserkraft als Schlüssel zur nachhaltigen Wärmeversorgung

Die kommunale Wärmeplanung spielt eine zentrale Rolle für die Energiewende und die klimaneutrale Zukunft von Städten und Gemeinden. Vor diesem Hintergrund wächst das Interesse an einer Wärmeversorgung in Verbindung mit Wasserkraft als nachhaltige Energiequelle zunehmend. Wie groß das Potenzial ist und welche technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte zu berücksichtigen sind, diskutierten mehr als 120 Experten aus Unternehmen, Ministerien, Wissenschaft und Verbänden bei der Fachtagung „Integration von Wasserkraft in die regionale Wärmeversorgung“ in der IHK für München und Oberbayern.

Hohe Relevanz für Bayerns Wärmeversorgung

Eine aktuelle Studie der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FFE) vom April 2024 zeigt, dass mindestens 50 Prozent der bayerischen Städte und Gemeinden Flusswärmepumpen in ihre Wärmeplanung einbeziehen können. Der Wärmebedarf bayerischer Haushalte und des Gewerbes liegt jährlich bei rund 150 Terawattstunden (TWh). Die Berechnungen der Studie zeigen, dass der Wärmebedarf theoretisch bereits gedeckt werden könnte, wenn dem Wasser der Flüsse erster und zweiter Ordnung nur 1,5 °C Wärme entzogen würde. Dies eröffnet enorme Möglichkeiten, Haushalte und Gewerbe langfristig mit regenerativer Wärme zu versorgen. Auch die Untersuchung von Dr. Christian Seidel zum Fließgewässerpotenzial in 80 deutschen Großstädten bestätigt das große Potenzial der Aquathermie: 73 Prozent der Großstädte – also 58 Städte – könnten ihren Wärmebedarf zu über 50 Prozent aus dieser nachhaltigen Energiequelle decken.

Standortvorteile der Wasserkraft nutzen

Wasserkraftwerke bieten optimale Bedingungen für die Nutzung von Flusswärme, da wesentliche infrastrukturelle Voraussetzungen bereits bestehen. Die vorhandenen Wasserrechte erleichtern die Integration der Wärmegewinnung als zusätzli-

che Funktion, während bestehende Wasserentnahme- und Wiedereinleitungsvorrichtungen sowie Rechenanlagen eine kosteneffiziente Umsetzung ermöglichen. Zudem sind häufig Anschlüsse an weitere Infrastrukturen vorhanden. Nicht zu vergessen ist der sauber erzeugte Strom der Wasserkraftanlage, der direkt für den Betrieb der Wärmepumpen günstig genutzt werden kann.

Ein weiterer Vorteil ist die Nähe zu Verbrauchern, insbesondere in städtischen Gebieten. Dadurch lässt sich der Anschluss an bestehende Wärmenetze mit relativ geringem Aufwand realisieren. Die vor Ort vorhandene Infrastruktur ermöglicht sowohl die Nutzung für Wohn- als auch für Gewerbegebäude.

Von der Theorie zur Praxis: Bayern als Vorreiter

Die Fachveranstaltung hat deutlich gemacht: Die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration der Wasserkraft in die Wärmeversorgung sind vorhanden. „Jetzt gilt es die Forschungserkenntnisse in die Praxis zu überführen, indem Projekte flächendeckend vorangetrieben werden“, sagt Martin Drogitz, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der IHK für München und Oberbayern. „Bayern kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen und die Weichen für eine nachhaltige und klimafreundliche Wärmeversorgung stellen.“ □

## Wegweisender Schritt für die Energiewende

Zehn Jahre Wärmespeicher der N-ERGIE in Nürnberg-Sandreuth

Er ist rund 70 Meter hoch, hat einen Durchmesser von etwa 26 Metern und fasst rund 33.000 Kubikmeter Wasser: der Wärmespeicher der N-ERGIE am Kraftwerksstandort Nürnberg-Sandreuth. Seit seiner Inbetriebnahme Ende 2014 ist er zusammen mit zwei Elektroheizern nahezu täglich im Einsatz und wird mit Wärmee-

nergie in Wärme ermöglicht es, überschüssige Stromspitzen, die aus einem kurzzeitigen Überangebot an erneuerbaren Strom entstehen, sinnvoll zu nutzen. „Der Wärmespeicher war ein wegweisender Schritt für die N-ERGIE als Unternehmen und ein Vorreiterprojekt“, sagt Maik Rander, Sprecher des Vorstands der N-ERGIE. „In Kombination mit den beiden E-Heizern konnten wir den Anlagenbetrieb erheblich flexibilisieren, und wie erwartet sind in der Wechselwirkung mit der Einspeisung der Erneuerbaren Energien auch die Vollbetriebsstunden des Heizkraftwerks nach unten gegangen. Das hat die CO<sub>2</sub>-Emissionen am Standort über die Jahre deutlich gesenkt. Heute ist der Wärmespeicher ein fester Bestandteil unseres Kraftwerksystems.“

In den vergangenen zehn Jahren wurden rund 440.000 Megawattstunden (MWh) Wärme in den Speicher geladen bzw. wieder entnommen. Dies entspricht dem jährlichen Wärmebedarf von rund 22.000 Einfamilienhäusern.

So funktioniert der Wärmespeicher

Das Heizkraftwerk der N-ERGIE arbeitet nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung. Der Wärmespeicher hat die Funktion eines Heißwassertanks, der zur Zwischenspeicherung von Wärme dient und mit dem Nürnberger Fernwärmenetz verbunden ist. Durch den Speicher kann die Strom- von der Wärmezeugung zeitlich entkoppelt werden. Das macht das Heizkraftwerk noch flexibler und erhöht die Einspeisemöglichkeiten für erneuerbare Energien.

Besteht erhöhter Strombedarf, zum Beispiel an trüben und windarmen Tagen, wird die bei der Stromerzeugung nicht genutzte Wärme in den Speicher geladen. Wird dagegen viel Ökostrom ins Netz eingespeist, wird die Leistung des Kraftwerks gedrosselt und die benötigte Fernwärmeversorgung erfolgt aus dem Wärmespeicher.

Durch die beiden separat ins Kraftwerk eingebauten Elektroheizern mit einer elektrischen Leistung von je 25 Megawatt (MW) kann Strom in Wärme umgewandelt und im Fernwärmesystem genutzt werden. Die Umwandlung von elektrischer

energie in Wärme ermöglicht es, überschüssige Stromspitzen, die aus einem kurzzeitigen Überangebot an erneuerbaren Strom entstehen, sinnvoll zu nutzen.

Durch die Kombination aus Wärmespeicher und E-Heizern kann die N-ERGIE flexibler auf Preissignale aus dem Strommarkt sowie Anforderungen zur Netzstabilisierung reagieren. Die E-Heizer erhöhen die Reaktionsgeschwindigkeit des Heizkraftwerks und steigern die Teilnahmemöglichkeiten an den Regenergiemärkten.

Der Nürnberger Wärmespeicher zählt zu den höchsten und modernsten Wärmespeichern in Europa. Er arbeitet als erster Heißwasserspeicher in Deutschland mit einer Zwei-Zonen-Technik, die es ermöglicht, Wasser mit einer Temperatur von über 100 Grad einzuspeichern.

Auf dem Weg zur grünen Fernwärme-Erzeugung

Knapp 30 Prozent der Nürnberger Fernwärme stammen bereits heute aus nicht-fossilen Quellen. In den nächsten Jahren will die N-ERGIE die jährlich produzierte Fernwärmemenge mit Hilfe verschiedener Bausteine schrittweise weiter dekarbonisieren. Bisherige Schritte am Kraftwerksstandort Nürnberg-Sandreuth waren 2005 die Umstellung von Steinkohle auf Erdgas, 2012 die Inbetriebnahme des Biomasse-Heizkraftwerks und 2014 des Wärmespeichers zur Flexibilisierung der Wärmezeugung. 2022 wurden die bestehenden Gasturbinen erneuert und gegen Gasturbinen ausgetauscht, die H<sub>2</sub>-ready sind.

Blick in die Zukunft

Weitere wichtige Bausteine in den nächsten Jahren sind der Einsatz von Großwärmepumpen, der Bau eines Altholz-Heizkraftwerks sowie die Nutzung von (industrieller) Abwärme, Erdwärme oder Wasserstoff. Neben der Dekarbonisierung der Fernwärmezeugung baut die N-ERGIE ihr Fernwärmesystem in den kommenden Jahren stark aus. □

## Ihre Versorgung – sicher und nachhaltig.

Unsere Experten sichern Ihre Energieversorgung direkt vor Ort und rund um die Uhr.

[n-ergie-netz.de](http://n-ergie-netz.de)

Besuchen Sie uns beim Bayerischen EnergieForum!

**N-ERGIE**  
netz

*Klimaschutzkosten in der Gebührenkalkulation:*

## Auswirkungen des BayKlimaG auf das BayKAG

In der Gemeindegewirtschaft wurde in der Ausgabe 02.2025 ein Artikel von WP/StB Christian Baumann, stv. Abteilungsleiter beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband und Dr. Juliane Thimet, Direktorin und stv. Geschäftsführerin des Bayerischen Gemeindetages, veröffentlicht, der die Auswirkungen des Bayerischen Klimaschutzgesetzes (BayKlimaG) auf die Gebührenkalkulation gemäß dem Bayerischen Kommunalabgabengesetz (BayKAG) sowie auf die handelsrechtliche Bilanzierung untersucht. Im Mittelpunkt steht die Frage, ab wann Investitionen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen, beispielsweise durch die energetische Sanierung von Gebäuden, kalkulatorisch in der Gebührenkalkulation nach dem BayKAG berücksichtigt werden können.

### Rechtspflicht zur Treibhausgas-Reduktion

Das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) und das BayKlimaG legen verbindliche Treibhausgasmineralisierungsziele fest und betonen die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand. Das BayKlimaG konkretisiert die Ziele für Bayern und setzt ambitionierte Ziele, darunter die Klimaneutralität bis 2040. Behörden und ihre Einrichtungen sind verpflichtet, spätestens ab 2028 verbleibende Treibhausgasemissionen mit geeigneten Maßnahmen auszugleichen.

### Auswirkungen auf Kommunen

Kommunen sind gesetzlich verpflichtet, öffentliche Einrichtungen zu schaffen und dabei die Belange des Natur- und Umweltschutzes zu berücksichtigen. Im Bereich der Abfallentsorgung bedeutet dies, dass Anlagen so betrieben werden müssen, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird, insbesondere durch die Vermeidung von Umwelt- und Klimaschäden. Die Kosten für Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgas-

emissionen sind daher als betrieblich veranlasst anzusehen.

### Bayerisches Kommunalabgabengesetz (BayKAG)

Das BayKAG sieht vor, dass Gebühren die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten decken sollen. Dazu zählen auch Kosten für Investitionen in den Klimaschutz, sofern sie zur Erfüllung der öffentlichen Aufgabe erforderlich sind. Diese Kosten können in der Gebührenkalkulation berücksichtigt werden, wobei der Grundsatz der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung zu beachten ist.

### Jahresabschluss bei bilanzierenden Unternehmen

In der handelsrechtlichen Bilanzierung können für zukünftige Verpflichtungen zur Treibhausgasreduktion Rückstellungen gebildet werden, sofern eine rechtliche oder faktische Verpflichtung besteht und die Inanspruch-

nahme wahrscheinlich ist. Die Höhe der Rückstellung bemisst sich nach den voraussichtlichen Kosten der Maßnahme.

### Höhe der berücksichtigungsfähigen Kosten

Die Ermittlung und Objektivierung, sowie der Abschluss von Handel aus dem Gesellschaftsverhältnis heraus ist durch Ermittlung der THG-Reduktion über ISO 14064-2, Marktplatz und Marktpreis für die Tonne CO2 notwendig.

### Zusammenfassung

Die Kosten für Maßnahmen zur Reduktion oder zum Ausgleich von schädlichen Einwirkungen auf die Umwelt und das Klima durch Emissionen sind aufgrund der geltenden gesetzlichen Vorgaben sowohl in der Gebührenkalkulation nach dem BayKAG als auch in der handelsrechtlichen Bilanzierung berücksichtigungsfähig. Die genaue Höhe der anzusetzenden Kosten hängt von der spezifischen Situation ab. Im Ergebnis bedeutet dies eine alternative Form der Finanzierung von Klimaschutzinvestitionen über Gebühren. In Zeiten außerordentlich angespannter kommunalen Haushalte können die Kommunen somit Handlungsfähigkeit zurückgewinnen.

### Mehr Informationen

Über die Seite <https://gemeindegewirtschaft.de/ce/auswirkungen-des-bayklima-g-auf-die-kalkulation-nach-dem-baykag-und-die-handelsrechtliche-bilanzierung/detail.html> der Gemeindegewirtschaft bzw. den Kurzlink <https://t1p.de/zhvkd> kann der Aufsatz erworben werden. □

*Kommunalforum Alpenraum 2025:*

## Die Energiewende findet statt

Am 12. März treffen sich Gemeindevertreter aus dem Alpenraum in Kundl in Tirol, um gemeinsam und grenzüberschreitend in die Energiezukunft zu blicken.

Das Energiesystem befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Doch wie können die Gemeinden diesen aktiv mitgestalten? Welche Chancen bieten sich – und welche Herausforderungen gilt es zu meistern? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Kommunalforums Alpenraum, das am 12. März 2025 ab 17 Uhr im Lindner-Innovationszentrum in Kundl stattfindet.

Eröffnet wird die Veranstaltung vom Tiroler Landeshauptmann-Stellvertreter und Energielandesrat Josef Geisler. Anschließend analysiert Franz Angerer, Geschäftsführer der Österreichischen Energieagentur, in seinem Impulsvortrag die aktuellen Entwicklungen auf den österreichischen und internationalen Energiemärkten sowie die zentrale Rolle der Gemeinden. „Wir befinden uns mitten in der Energiewende. Die Frage nach einer Umkehr stellt sich nicht, sondern vielmehr, wer jetzt wie davon profitieren kann“, sagt der Experte.

Den Fokus auf innovative und nachhaltige Energielösungen legt Andreas Burger, Technischer Geschäftsführer der TIWAG-Next Energy Solutions GmbH, in seinem Vortrag.

Im Rahmen der abschließenden Talkrunde setzen sich die Spitzenvertreter der Gemeindeverbände intensiv mit den Herausforderungen und Chancen der Energiewende auseinander. Am Podium diskutieren Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindeverband), Karl-Josef Schubert (Präsident Tiroler Gemeindeverband), Hermann Gahr (Obmann Forum Land) und Stefan Schelle (Präsidiumsmitglied des Bayerischen Gemeindetags).

### Gemeinsam für starke Gemeinden im Alpenraum

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner und hat das Ziel, die Gemeinden in den alpinen Regionen zu vernetzen und gemeinsam an Lösungen für die Zukunft zu arbeiten. Partner 2025 sind der Österreichische Gemeindebund, der Südtiroler Gemeindeverband, der Tiroler Gemeindeverband, der Bayerische Gemeindetag, Forum Land und TIWAG-Next Energy Solutions GmbH. Medienpartner sind die Tiroler Tageszeitung, Bauhof-online und die Bayerische Gemeindezeitung.

### Das Kommunalforum Alpenraum auf einen Blick

12. März 2025, 17 bis 19:00 Uhr, Ort: Lindner-Innovationszentrum Kundl, Programm und Anmeldung: [kommunalforum-alpenraum.eu](http://kommunalforum-alpenraum.eu), Anmeldeschluss: 7. März 2025 □

*Neue Angebote für Kommunen:*

## Zu Windenergie erfolgreich kommunizieren

Viele Städte und Gemeinden bringen zurzeit Windkraftvorhaben voran. Entscheidend für den Erfolg eines solchen Projekts ist auch eine gute Kommunikation. Die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) im Bayerischen Landesamt für Umwelt unterstützt Kommunen dabei mit neuen Angeboten.

Warum ist Windenergie in Bayern sinnvoll? Sind Windenergieanlagen laut und ist Infraschall eigentlich gesundheitsschädlich? Und wie können Anwohner und Kommunen von Windenergie vor Ort auch finanziell profitieren?

Diese und viele weitere Fragen stellen sich oft Bürgerinnen und Bürger, wenn es um Windräder vor der eigenen Haustüre geht. Kommunen, die eigene Windenergie-Projekte planen, müssen dann im Dialog mit den Bürgern – zum Beispiel bei Informationsveranstaltungen – die passenden Argumente und fachlich fundierte Informationen bereit haben.

### Antworten auf häufig gestellte Fragen

Die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) stellt Kommunen nun Druckvorlagen für Flyer mit häufig gestellten

Fragen (FAQ) zur Windenergie in Bayern zur Verfügung. Sechs verschiedene Themengebiete, die im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit für kommunale Windenergievorhaben relevant sind, werden abgedeckt. Im Einzelnen sind das Ausbau in Bayern, Bau, Betrieb und Technik, Emissionen und Immissionen, Natur und Umwelt, Wind im Wald sowie Teilhabe und Wertschöpfung.

Die Druckvorlagen werden durch die LENK regelmäßig aktualisiert und entsprechen den gängigen Vorgaben von (Online-)Druckereien. Die Flyer können im gängigen Format DIN lang (Wickelfalz) gedruckt werden – und dann nach Bedarf beispielsweise bei Info-Märkten ausgelegt oder im direkten Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern übergeben werden. Sie können dabei helfen, Vorurteile gegenüber Windenergievor-

haben auszuräumen, Falschinformationen zu erkennen und Verständnis zu schaffen.

### Handreichung für die Pressearbeit

Ebenso unterstützt die LENK Kommunen bei ihrer Medienarbeit. Eine Handreichung gibt nützliche Tipps zur Einbeziehung der örtlichen Presse. Denn eine aktive örtliche Pressearbeit ist ein wichtiger Baustein für eine offene und transparente Kommunikation vor Ort.

Die Landesagentur für Energie und Klimaschutz hat Handlungsempfehlungen für die Zusammenarbeit mit Journalisten vor Ort zusammengestellt. Experteninterviews, exklusive Einblicke für Medienvertreter bei Führungen oder Presseterminen in Windenergieanlagen oder Thementage sind nur ein paar Beispiele, wie sich Medienarbeit vor Ort gestalten lässt.

### Leitfäden für Kommunen

Weiterhin stehen auch umfangreiche Leitfäden der LENK für Kommunen zu vielen weiteren Aspekten eines Windenergievorhabens zur Verfügung. Bei Themen wie dem kommunalem Flächenpooling oder der Auswahl eines geeigneten Projektierers bis hin zu Möglichkeiten einer finanziellen Teilhabe bieten die Veröffentlichungen der LENK den kommunalen Entscheidungsträgern eine fachliche Grundlage für ein erfolgreiches Handeln im Sinne der eigenen Kommune und der Bürgerschaft.

Die Angebote für Kommunen sind Teil der breit angelegten Wissensplattform Wind im Energie-Atlas Bayern. Dort finden sich auch viele Fachartikel rund um die Windenergie und die Themenplattform Planen und Genehmigen hilft bei konkreten Fragestellungen im Planungs- und Genehmigungsverfahren.

### Mehr im Internet

- Die Angebote der LENK für Kommunen stehen im Energie-Atlas Bayern zur Verfügung unter [www.energieatlas.bayern.de/thema\\_wind/kommunen](http://www.energieatlas.bayern.de/thema_wind/kommunen).
- Die Wissensplattform Wind findet sich unter [www.energieatlas.bayern.de/thema\\_wind](http://www.energieatlas.bayern.de/thema_wind). □

*Bayernwerk Netz:*

## Leitungsmodernisierung in der Oberpfalz

Die Bayernwerk Netz GmbH startet umfassende Kartierungen zur Modernisierung und Verstärkung von zwei Stromleitungen zwischen Schwandorf und Regensburg. Im Zuge des anstehenden Genehmigungsverfahrens untersucht der Netzbetreiber mit der Fachfirma Baader Konzept GmbH die Tier- und Pflanzenwelt entlang der geplanten Trasse. Ziel ist es, das regionale Verteilnetz durch die Bündelung verschiedener Leitungen zu optimieren und den Anforderungen der Energiewende gerecht zu werden. Dabei dokumentieren Biologen geschützte Arten, setzen gelegentlich Nistverstecke ein, um schwer beobachtbare Tiere zu erfassen, und erheben wichtige Umweltdaten. Nach Abschluss der Kartierungen werden sämtliche eingesetzten Hilfsmittel wieder entfernt, um keine dauerhaften Eingriffe in das Ökosystem zu hinterlassen.

Aktuell verlaufen zwischen Schwandorf und Regensburg eine einhundert Jahre alte Hochspannungsleitung (O9) und eine Gemeinschaftsleitung mit TenneT (B122). Bei der Modernisierung sollen die veralteten Leiterseile der O9 erneuert und mit der bestehenden B122 zusammengeführt werden. Hierfür wird eine zusätzliche Traverse mit leistungsstarken Seilen angebracht, während die 72 Masten der alten Leitung ersatzlos zurückgebaut werden. Filip Fortmann-Gutkowski, Genehmigungsmanager bei Bayernwerk Netz, betont, dass die Leitungsbündelung sowohl

die Region entlasten als auch die Stromversorgung nachhaltig sichern soll. Eine neue Anbindung des Umspannwerks Ponzholz sowie die Sanierung des Anschlusses zum Umspannwerk Wutzlhof runden das Konzept ab – die Gesamtkosten belaufen sich auf knapp 45 Millionen Euro.

Die erforderliche Genehmigung wird aktuell vorbereitet und soll ab 2027 bei der Regierung der Oberpfalz als Antrag auf Planfeststellung eingereicht werden. Nach Erhalt der Genehmigung beginnen die Baumaßnahmen im Jahr 2028, mit einem Abschluss bis 2030. □

Für den Bürgerenergiepreis suchen wir:

## Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter [bayernwerk.de/buergerenergiepreis](http://bayernwerk.de/buergerenergiepreis)







Bundestag verabschiedet wichtige Energiegesetze:

## Nachbesserungen beim Biogas-Paket

Zum Ende der Legislaturperiode verabschiedete der Bundestag eine Reihe wichtiger Energiegesetze. Nach Auffassung von VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing ist dies „ein starkes Signal für die Energieversorgung und Energiewende in Deutschland“.

Die Verlängerung des Kraft-Wärme-Koppelungsgesetzes (KWKG) und Anpassungen im Energiewirtschaftsgesetz sorgen aus Liebings Sicht für den dringend notwendigen Rückenwind bei der Energiewende. Ansonsten hätte ein Stillstand beim Ausbau der Fernwärme gedroht. Um bereits laufende Projekte abzusichern und Investitionen zu ermöglichen, habe sich der VKU dafür intensiv eingesetzt. Die längst überfällige Verlängerung stelle einen großen Erfolg die gesamte Kommunalwirtschaft dar. Sie sei aber nur ein zeitlich eng begrenzter Schritt, der mit einer grundlegenden Überarbeitung und Verlängerung bis Mitte der 30er Jahre fortgesetzt werden müsse.

### Weg frei für TEHG

Die Anpassungen im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) tragen Liebing zufolge dazu bei, dass Erneuerbare-Energien-Anlagen möglichst flexibel auf Überschussituationen reagieren können. Dies verhindere Netzüberlastungen und wirke negativen Energiepreisen entgegen. Die Vereinfachung bei der Direktvermarktung und die Steuerbarkeit von Anlagen ab einer Leistung von 7 Kilowatt seien ein großer Schritt für die Energiewende. Darüber hinaus wurde der Weg freigemacht für eine zügige Umsetzung des

Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes (TEHG). Davon profitierten Energiebranche und Abfallwirtschaft. Mit Blick auf den Übergang zum und die Einführung des Europäischen Emissionshandelssystems II (ETS II) hatte der VKU zur Schaffung von Rechtssicherheit auf eine zügige Umsetzung der Novelle gedrängt, so der Hauptgeschäftsführer.

### Positive Signale

Durchsetzen konnte sich der VKU auch mit seiner Forderung, deutsche Anlagen zur thermischen Abfallbehandlung nicht vorzeitig in den anlagenbezogenen Europäischen Emissionshandel I (ETS I) einzubeziehen. Damit steht fest, dass es keinen nationalen Sonderweg gibt, sondern über eine etwaige Ausweitung des ETS I auf die Abfallverbrennung allein auf europäischer Ebene entschieden wird.

Positive Signale gibt es auch beim Biogas. Die Mehrheit der Abgeordneten hat mit dem Biomasse-Paket für eine Erhöhung des Ausschreibungsvolumens und Flex-Zuschlages gestimmt. Damit kann der Energieträger auch künftig zur Versorgungssicherheit beitragen. Liebing sprach von einem wichtigen Schritt, ohne den ein Stillstand beim Ausbau der Fernwärme gedroht hätte. Die Maßnahme sei aber zeitlich eng begrenzt.

Es müsse eine Verlängerung bis Mitte der 2030er Jahre geben.

Konkret wird die Anschlussförderung für Bestandsanlagen von zehn auf zwölf Jahre verlängert, um die Anpassung an das neue System zu erleichtern und notwendige Investitionen hierfür anzureizen. Diese Maßnahmen stärken die Rolle des bedarfsgerechten Einsatzes von Biomasse als eine wichtige Stütze der Energiewende, vor allem in ländlichen Regionen.

### Anreize schaffen

Künftig soll Biogas vor allem flexibel eingesetzt werden, um die Schwankungen von Wind- und Sonnenenergie auszugleichen. Dazu wird die Förderung auf eine bestimmte Anzahl von Betriebsstunden begrenzt und die Förderung bei schwach positiven Strompreisen (weniger als 2 Cent pro Kilowattstunde) ausgesetzt. Der Flexibilitätszuschlag wird von 65 auf 100 Euro pro Kilowatt und Jahr deutlich erhöht, um Anreize für einen bedarfsgerechten Betrieb zu schaffen. Die Übergangsfrist für den Wechsel von Bestandsanlagen nach Zuschlagung in die Anschlussförderung wird von derzeit 5 auf lediglich 3,5 Jahre verkürzt.

Für kleinere Biogasanlagen bis 350 Kilowatt wurde zudem eine Bagatelldgrenze eingeführt, in der eine rund zweifache Überbauung bereits ausreichend für eine Förderung ist. Zudem ist eine weitere Absenkung des Maisdeckels ab 2025 von 35 auf 30 Masseprozent sowie ab 2026 von 30 auf 25

Masseprozent vorgesehen.

Auch Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber begrüßt die Entscheidung im Deutschen Bundestag zum Biogas-Paket: „Nur durch die eingeleiteten Nachbesserungen ist es gelungen, aus einem Rohrkrepierer für die Biogasbranche ein doch noch akzeptables Paket zu schnüren.“ Nach zähen Verhandlungen sei unter anderem erreicht worden, dass das Ausschreibungsvolumen für Biogasanlagen signifi-

kant erhöht wird und so die Voraussetzungen für den Weiterbetrieb vieler Bestandsanlagen geschaffen werden. „Ohne eine Erhöhung der Ausschreibungsmenge hätten viele Anlagen den Betrieb aufgeben müssen. Wir wollen keine Investitionsruinen und stehen zum erneuerbaren Energieträger Biogas. Das habe ich die letzten Wochen und Monate stets sehr deutlich gemacht“, stellte Kaniber fest.

Das Ausschreibungsvolumen wurde auf 1.300 Megawatt für

2025 und auf 1.126 Megawatt für 2026 erhöht. Damit soll sichergestellt werden, dass die Anlagen, die in diesen Jahren aus der Förderung fallen, eine Anschlussperspektive haben. Die bayerische Forderung, die die Staatsregierung sowohl in der Agrarministerkonferenz als auch im Bundesrat eingebracht hatte, war jeweils 1.200 Megawatt. Ein weiterer wichtiger Punkt, der nachverhandelt werden musste, ist die jetzige Kleinanlagenregelung. Bei Biogasanlagen unter 350 Kilowatt bleibt jetzt fast alles wie bisher.

### Akzeptable Lösung

Das Biogas-Paket wurde Kaniber zufolge als Entwurf der „Reste-Ampel“ im Dezember 2024 eingebracht. Im jetzt ausgehandelten und beschlossenen Kompromiss seien zwar noch einige Punkte nicht optimal gelöst, aber unter Würdigung der besonderen Umstände sei diese Lösung akzeptabel. „Aus Sicht der Landwirtschaft hätten wir uns allerdings gewünscht, dass die weitere Reduzierung des Maisdeckels von 30 Prozent auf 25 Prozent wieder zurückgenommen wird“, merkte die Ministerin zudem an. In Bayern gibt es mehr als 2.700 Biogasanlagen mit einer Leistung von mehr als 1.400 Megawatt. Damit steht rund jede vierte Biogasanlage in Bayern. Diese nutzen 11 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche. Biogasanlagen schaffen langfristige sichere Einnahmen für landwirtschaftliche Betriebe und dienen der Diversifizierung.

### Verlässlicher Energieträger

Wie Bayerns Energieminister Hubert Aiwanger darlege, habe Biogas als verlässlicher Energieträger einen festen Platz in der bayerischen Energieversorgung. Im Freistaat stünden über 2.700 Biogasanlagen mit einer installierten Leistung von fast 1.500 Megawatt, was in etwa der Größenordnung des stillgelegten Kernkraftwerks Isar 2 entspreche. Im Gegensatz zur Bundesregierung habe der Freistaat die Bedeutung von Biogas schon vor Jahren erkannt. Umso wichtiger sei es sicherzustellen, dass Biogasanlagen auch in Zukunft rentabel betrieben werden können. „Biomasse sorgt zuverlässig für Strom – unabhängig von Sonne und Wind. Zudem deckt sie mit über 80 Prozent den größten Anteil der aus erneuerbarer Energie erzeugten Wärme. Deshalb steht Bayern weiterhin zur Bioenergie“, bekräftigte Hubert Aiwanger. **DK**



energie schwaben Gruppe erweitert ihr Angebot mit PV-Anbieter: Timo Straten (re.) ist Geschäftsführer von energie schwaben solar, der neu gegründeten Tochter der energie schwaben. Links: Dirk Weimann, Geschäftsführer energie schwaben.

Bild: Guido Königer/energie schwaben.

### Gemeinsam stärker:

## energie schwaben gründet energie schwaben solar

Die energie schwaben Gruppe hat ein neues Mitglied: energie schwaben solar plant und realisiert in Zukunft Photovoltaik (PV)-Anlagen für Privat- und Gewerbekunden sowie kommunale Einrichtungen. energie schwaben solar übernimmt ab sofort die Geschäfte von ESS Kempfle. energie schwaben und ESS Kempfle kooperieren bereits seit mehreren Monaten.

Seit Anfang Februar ist energie schwaben solar als 100-prozentige Tochter von energie schwaben offiziell am Start. Geschäftsführer ist Timo Straten, Abteilungsleiter Neue Geschäftsfelder bei energie schwaben. Straten wird das Unternehmen neu ausrichten und in die Zukunft führen. Wolfgang Kempfle wird seine große Erfahrung und Fachkenntnisse aus dem PV-Geschäft einbringen und die Gesellschaft als Prokurist vertreten.

Die neue Firma hat ihren Sitz in Leipheim, beschäftigt rund 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und will in diesem Jahr 500 PV-Anlagen installieren. Dazu gehört die klassische Zehn-Kilowatt-Peak-Anlage einschließlich Speicher für ein Einfamilienhaus ebenso wie Megawatt-Kraftwerke auf den Dächern großer Ge-

werbehallen und kommunaler Liegenschaften.

Für Dirk Weimann, Geschäftsführer energie schwaben, ist die neu gegründete energie schwaben solar die Umsetzung eines Wunschenszenarios. Timo Straten, Geschäftsführer energie schwaben solar, erklärt: „Mit energie schwaben solar wollen wir das Angebot noch attraktiver machen und unseren Marktanteil in Bayerisch-Schwaben ausbauen. Künftig planen wir auch die Konzeption und Umsetzung von Anlagen auf Freiflächen und Mehrfamilienhäusern. Auch das Geschäftsfeld Klimatechnik wollen wir aufbauen und erweitern.“ Wolfgang Kempfle, Prokurist energie schwaben solar, betont: „Ich freue mich auf meine künftige Aufgabe und darüber, Teil der starken energie schwaben Gruppe zu sein.“ **DK**

### Marktanalyse des Praxisforums Geothermie:

## Deutliche Einsparungen für Verbraucher

Die Kosten für Fernwärme aus Geothermie in Bayern sind deutlich um rund 3,4 Prozent gesunken. Dies ermittelte das Praxisforum Geothermie in seiner Marktanalyse für die aktuelle Heizperiode. Unter den insgesamt 18 bayerischen Wärmenetzen, die mit heißem Wasser aus der Tiefe betrieben werden, haben fast zwei Drittel der Betreiber ihre Preise gesenkt.

Laut der Marktanalyse beträgt die Einsparung in der Beispielrechnung für ein Einfamilienhaus mit 20.000 kWh Jahresverbrauch zumeist zwischen 100 und 500 Euro. Besonders stark fallen die Einsparungen für die Fernwärmekunden in drei Gemeinden südlich von München aus. In Oberhaching sinkt der Preis bei einem Jahresverbrauch von 20.000 kWh um 14,7 Prozent, was einer Einsparung für die Verbraucher von mehr als 480 Euro im Vergleich zu den Preisen für die Heizperiode 2023/24 entspricht. Ebenfalls im zweistelligen Prozentbereich liegen die Einsparungen in Grünwald (-11,7 Prozent) und Holzkirchen (-11,3 Prozent). Umgerechnet sind dies 364 bzw. 436 Euro.

Ebenfalls deutlich niedrigere Fernwärmepreise melden die

Versorger in Unterföhring (-8,8 Prozent laut Beispielrechnung), Aschheim-Feldkirchen-Kirchheim (-7,7 Prozent), Ismaning (-5,9 Prozent), Erding (-6,2 Prozent), München Stadt, Martinsried, Unterföhring und Region Süd (-5,6 Prozent), Taufkirchen (-3,9 Prozent), Traunreut (-3,7 Prozent), München Region Südost (-1,5 Prozent) sowie Unterhaching (-1,1 Prozent).

Ein Preisanstieg für die Fernwärme aus Geothermie ist dagegen in Garching bei München (+0,9 Prozent), Pullach (+3,4 Prozent), Poing (+3,1 Prozent), Kirchweidach (+2,8 Prozent), Waldkraiburg (+5,0 Prozent) und Unterschleißheim (+7,2 Prozent) zu verzeichnen. Allerdings, so die Analyse, gehören fast alle Versorger, die ihre Preise angehoben haben, weiterhin zu den bil-

ligsten Anbietern. Bei den drei günstigsten Versorgern für Fernwärme aus Geothermie liegen die jährlichen Kosten gemäß der Beispielrechnung allesamt unter der 2.500-Euro-Marke. Konkret sind dies Waldkraiburg mit 2.464 Euro, Kirchweidach (2.482 Euro) und Grünwald mit 2.499 Euro. Der sich daraus ergebende aktuelle Durchschnittswert bei den jährlichen Heizkosten liegt für ein Einfamilienhaus mit 20.000 kWh Jahresverbrauch bei 3.095 Euro. Vor einem Jahr lag dieser Wert noch bei 3217 Euro.

Auch bei den Heizkosten für Wohnungen sorgt die Fernwärme aus Geothermie für Einsparungen bei den Verbrauchern. In der Beispielrechnung für eine Wohnung mit 8.000 kWh Jahresverbrauch in einem Vier-Parteien-Haus sinken die jährlichen Durchschnittskosten von 1.288 auf 1.237 Euro. Sogar unter der 1.000-Euro-Marke liegen die Heizkosten in Kirchweidach (933 Euro), Waldkraiburg (950 Euro), Garching bei München (961 Euro) und Unterföhring (982 Euro). **DK**



## Heimisches Biogas aus Reststoffen

**energie schwaben**

Regionalwerke Landkreis Cham und Bayernwerk-Gruppe:

## Startschuss für strategische Zusammenarbeit

Energiezukunft vor Ort gestalten, das ist der Kern der strategischen Zusammenarbeit, die Franz Löffler, Landrat und Verwaltungsratsvorsitzender der Regionalwerke Landkreis Cham, zusammen mit dem Vorstandsvorsitzenden der Bayernwerk AG, Dr. Egon Leo Westphal im Januar im Landratsamt startete. Dabei betonte Löffler: „Mit dem Thema Energie steht und fällt der wirtschaftliche Erfolg einer Region. Wir haben unser Zielfoto klar definiert. Die Menschen in unserer Region wollen mitbestimmen, was mit der Energie passiert, die hier bei uns erzeugt wird. Mit dem Bayernwerk haben wir einen starken Partner an unserer Seite, der diese Regionalentwicklung mit vorantreibt.“

Die Regionalwerke Landkreis Cham, die Bayernwerk AG und die Bayernwerk Netz GmbH haben hierfür gemeinsame Absichtserklärungen unterzeichnet. Die Unternehmen wollen in den Bereichen der regenerativen Energieerzeugung und



Landrat Franz Löffler und Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, unterzeichneten die Kooperationsvereinbarungen. Mit im Bild (hinten, v.l.) Peter Ketterl (Leiter der Region Ostbayern, Bayernwerk Netz GmbH), Martin Ritt (Vorstand Regionalwerke Cham), Markus Leczycki (Leiter Kommunalmanagement, Bayernwerk Netz GmbH), Jonas Penzkofer (Kaufmännischer Manager, Regionalwerke Cham) und Dr. André Zorger (Leiter Kommunalmanagement Ostbayern, Bayernwerk Netz GmbH).

Bild: Michael Hitzek, Bayernwerk AG

dem hierfür erforderlichen regionalen Netzausbau, aber auch in der kommunalen Wärmeplanung sowie auf dem Gebiet der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität und Speichertechnologien zusammenarbeiten.

### Löffler: Bezahlbarer Strom für die Menschen

Landrat und Verwaltungsratsvorsitzender Franz Löffler betonte die Bedeutung der Partnerschaft: „Ziel der Regionalwerke des Landkreises Cham ist es, Menschen in Zukunft bezahlbaren, nachhaltigen, regionalen Strom zu bieten. Durch die Kooperation mit der Bayernwerk-Gruppe kommen wir auf diesem Weg einen entscheidenden Schritt voran. Die Bedürfnisse unseres Landkreises frühzeitig zu kommunizieren und mit einem leistungsfähigen Partner abzustimmen, ist hierfür ein wesentlicher Erfolgsfaktor.“

### Westphal: „Erneuerbare Energien-Anlagen müssen dahin, wo die Netze sind“

Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, unterstrich dies: „Der Landkreis Cham hat aus unserer Sicht ein Alleinstellungsmerkmal: Die Regionalwerke sind ein besonders wertvoller Partner, weil darin fast alle Kommunen des Landkreises organisiert sind. Die Regionalwerke können den Zubau an Erneuerbaren Energien daher zeitlich, örtlich

und auch hinsichtlich der Leistung steuern. Für die Bayernwerk Netz GmbH bedeutet dies: Wir können im Landkreis Cham wie in einem Reallabor den Ausbau der Erneuerbaren und den Netzausbau synchronisieren sowie innovative Anschlusskonzepte testen. Denn Erneuerbare Energien-Anlagen müssen dahin, wo die Netze sind, wo die Netze noch freie Kapazitäten haben.“

### Ritt: Wertschöpfung vor Ort erhalten

Die jetzt unterzeichneten Absichtserklärungen umfassen mehrere Bereiche, darunter den Ausbau sowohl von Freiflächen-Photovoltaikanlagen als auch Windenergieanlagen, die Weiterentwicklung intelligenter Energienetze und die Förderung lokaler Beteiligungsmodelle. Martin Ritt, Vorstand der Regionalwerke Landkreis Cham: „Ziel ist die gemeinsame Entwicklung von Stromerzeugungsprojekten, welche die Wertschöpfung vor Ort erhalten und die erzeugte Energie im regionalen Kontext weiterverarbeiten. Der Termin markiert den Beginn einer intensiven Zusammenarbeit, die sich durch konkrete Projekte und regelmäßigen Austausch auszeichnen wird. Dabei muss Infrastruktur immer nach dem Bedarf ausgerichtet werden, dies ist nur durch den engen Austausch zwischen allen Beteiligten möglich. Es bedarf nicht nur moderner Energienetze, sondern auch eines auf Vertrauen basierenden Austausch- und Informationsnetzes. Die strategische Kooperation gibt uns hierfür die notwendige Sicherheit.“

## LfA fördert jetzt auch Wärmenetze

Zur Unterstützung der Wärmewende fördert die LfA Förderbank Bayern jetzt auch Wärmenetze. Mit dem neuen „Energiekredit Wärme“ lassen sich auch Investitionen in die Erzeugung, Speicherung und Verteilung von Wärme und Kälte auf Basis regenerativer Energien finanzieren. Damit bündelt die LfA ihre gesamte Förderung leitungsgebundener Wärmeversorgung in einem eigenen Produkt.

Die Neuaufstellung der Produktfamilie der LfA-Energiekredite umfasst außerdem Optimierungen beim „Energiekredit Regenerativ“ und die Einführung des „Energiekredit Produktion“. Die neuen Förderangebote können seit dem 14. Februar 2025 beantragt werden.

Der neue Energiekredit Wärme richtet sich in erster Linie an gewerbliche Unternehmen und Freiberufler mit einem Jahresumsatz von maximal 500 Millionen Euro. Darüber hinaus können unter anderem auch öffentliche Unternehmen (Anteil öffentlicher Zweckverbände die Förderung nutzen. Wärmenetze sind förderfähig, sofern sie zu 75 Prozent aus regenerativen Energien bzw. Abwärme gespeist werden. Das schließt auch Geothermievorhaben ein.

Der maximale Kreditbetrag im Energiekredit Wärme beträgt in einem ersten Schritt 10 Millionen Euro, dabei können Vorhaben bis zu 100 Prozent finanziert werden. Der Kredit bietet attraktive Zinssätze, zudem sorgen Laufzeiten von bis zu 30 Jahren, Zinsbindungen bis zu 20 Jahren sowie bis zu 3 tilgungsfreie Anlaufjahre für Liquidität und Planungssicherheit. Weiterer Pluspunkt: Das Förderprogramm ist mit der

Bundesförderung energieeffiziente Wärmenetze (BEW) kombinierbar, da es sich um beihilfefreie Kredite handelt.

Zeitgleich mit der Einführung des Energiekredit Wärme gibt es weitere Verbesserungen im Energieförderangebot der LfA: Mit dem Energiekredit Regenerativ – dem Spezialkredit der LfA für die Stromerzeugung auf Basis regenerativer Energien sowie für Speichersysteme – lassen sich jetzt zusätzlich auch Investitionen in die Erzeugung und Speicherung von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien finanzieren. Zudem können auch dieses Förderangebot öffentliche Unternehmen und kommunale Zweckverbände in Anspruch nehmen.

Dritter Baustein der Neuaufstellung der Energiekredit-Produktfamilie der LfA ist der Energiekredit Produktion. Er ersetzt die bisherigen Produkte Energiekredit bzw. Energiekredit Plus. Der neue Kredit dient – wie seine Vorgängerprodukte – vor allem der Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen sowie von Vorhaben zur Energieeinsparung bei Produktionsanlagen und -prozessen. Voraussetzung für eine Förderung im Energiekredit Produktion ist nun eine mit dem Vorhaben verbundene Treibhausgaseinsparung von mindestens 15 Prozent.

Energieausschreibungen für 2026 und Folgejahre:

## enPORTAL unterstützt bayerische Kommunen

Vollständig digitalisierter Prozess für die Erstellung und Durchführung von Ausschreibungen nach GWB, VgV, SektVO und UVgO

Die Kommunal-GmbH, ein Tochterunternehmen des Bayerischen Gemeindetags, hat den renommierten IT-Dienstleister enPORTAL damit beauftragt, die Energieausschreibungen für die bayerischen Kommunen für 2026 und Folgejahre durchzuführen. Ziel der Beauftragung ist es, die Kommunen dabei zu unterstützen, die dynamischen Entwicklungen im Energiemarkt optimal zu nutzen und die Ausschreibungen für Strom und Gas effizienter und nachhaltiger zu gestalten. enPORTAL nutzt dafür seine innovative digitale Energieplattform enPORTAL connect, die speziell auf die Bedürfnisse öffentlicher Auftraggeber zugeschnitten ist.

Die Plattform ermöglicht eine umfassende Marktanalyse, digitale Ausschreibungsverfahren nach GWB, VgV, SektVO und UVgO sowie ein umfangreiches Energiedatenmanagement. So können bayerische Kommunen nicht nur Kosten sparen, sondern auch ihre Energieversorgung umweltfreundlicher und zukunftssicherer gestalten.

### Zukunftsweisende Beauftragung mit digitalem Anspruch

„Die Herausforderungen des Energiemarktes erfordern innovative Ansätze und ein hohes Maß an Flexibilität“, erklärt Stefan Graf, Direktor beim Bayerischen Gemeindetag für Energie, Telekommunikation und Umweltrecht. „Mit der Beauftragung von enPORTAL können unsere Mitgliedskommunen ab sofort modernste Technologien nutzen, um ihre Energieausschreibungen optimal zu planen und durchzuführen. Damit stellen wir sicher, dass sie nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch auf dem neuesten Stand agieren“, so Graf weiter. Das Unternehmen enPOR-

TAL, das bereits seit 2008 digitale Energieausschreibungen und Energiedatenmanagement für die private und öffentliche Hand anbietet und umfangreiche Erfahrungen im Bereich digitaler Lösungen für öffentliche Auftraggeber mitbringt, freut sich auf die Zusammenarbeit. „Unser Ziel ist es, den Kommunen des Bayerischen Gemeindetags eine leistungsstarke Lösung anzubieten, die den gesamten Prozess von der Ausschreibung bis zum Abschluss vereinfacht und verbessert. Gemeinsam setzen wir einen neuen Standard im kommunalen Energiemanagement“, betont Clemens Graf von Wedel, Geschäftsführer und Inhaber der enPORTAL GmbH. Die Kombination aus effizienter Energieplattform und persönlicher Kundenbetreuung ist dafür optimal geeignet.

### Flexibler auf Veränderungen des Energiemarkts reagieren

Gerade vor dem Hintergrund volatiler Energiepreise und der Notwendigkeit, Prozesse im öffentlichen Sektor effizienter zu gestalten, kommt diese Part-

nerschaft genau zum richtigen Zeitpunkt. Mit der neuen Plattform können die Kommunen ihre Ausschreibungen optimal an die aktuellen Gegebenheiten des Energiemarktes anpassen und die passende Einkaufsstrategie finden. Der Startschuss für die Ausschreibung für die Belieferung 2026 über die digitale Plattform fällt im ersten Quartal 2025. Alle Kommunen, die die Plattform nutzen, profitieren von einer deutlichen Zeit- und Kostenersparnis sowie von einem höheren Innovationsgrad in ihrer Energieplanung.

### Konsequent in Richtung Digitalisierung und Optimierung

Mit dieser Kooperation gehen der Bayerische Gemeindetag und enPORTAL konsequent in die richtige Richtung der Digitalisierung und Optimierung kommunaler Prozesse. Gemeinsam schaffen sie eine solide Basis, um die Herausforderungen des Energiemarktes nicht nur zu meistern, sondern aktiv zu gestalten. „Wir freuen uns sehr, dass sich der Bayerische Gemeindetag für uns als neuen Dienstleister für Energieausschreibungen entschieden hat! Wir sind der ideale Partner für die anstehenden Strom- und Gasausschreibungen und bieten den bayerischen Kommunen eine effiziente, digitale Lösung, die optimal auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist“, resümiert Clemens Graf von Wedel.



**Akzeptanzfördernde Projektentwicklung**

**Individuelle Energielösungen**

**Energieparkmanagement**



Wir freuen uns auf Sie am **2. April** beim **Bayerischen EnergieForum!**

Gestalten Sie mit uns die Energiezukunft in Bayern.

Wir sind Ihr regionaler Partner. Wir unterstützen Ihr Vorhaben mit unserem Netzwerk vor Ort.

VSB Neue Energien Deutschland GmbH  
Regionalbüro Regensburg  
Bischof-von-Henle-Str. 2a, 93051 Regensburg  
0941 298375 122 | bayern@vsb.energy

www.vsb.energy

Agri-PV in Peißenberg:

## Vorteile für Mensch, Tier und Natur

Autor: Florian Christner, Genossenschaftsverband Bayern

Die Energiegenossenschaft Oberland hat in der Region fünf Agri-Photovoltaik-Anlagen errichtet und dafür rund 20 Millionen Euro investiert. Eine dieser Anlagen liegt auf dem Dauergrünland von Korbinian Hutter, einem Landwirt aus dem Peißenberger Ortsteil Fendt. Seine 25 Milchkühe genießen seither eine neue Weide mit Dach: Über 8,5 Hektar spenden hoch aufgeständerte Photovoltaik-Module Schatten. „Die Kühe schätzen das besonders an heißen Sommertagen“, erklärt Hutter. Auch das Gras profitiert: Die Module verändern das Kleinklima positiv. Weniger Wind und bessere Erwärmung im Frühjahr fördern das Wachstum, der Regen erreicht trotzdem den Boden.

Agri-Photovoltaik (Agri-PV) kombiniert Landwirtschaft und Energiegewinnung, ohne Flächen der Agrarnutzung zu entziehen. Stattdessen wird die landwirtschaftliche Hauptnutzung durch die Solaranlagen ergänzt. Diese Lösung reduziert Nutzungskonflikte und unterstützt die regionale Energiegewinnung. Die Energiegenossenschaft Oberland errichtete im Frühjahr 2024 fünf solcher Anlagen, davon drei in Peißenberg und Polling sowie jeweils eine in Schongau und Ohlstadt. Mit einer installierten Leistung von insgesamt 30 Megawatt können sie bis zu 9.900 Haushalte mit Grünstrom versorgen.

### Die Anlage in Fendt

Die Agri-PV-Anlage in Fendt umfasst 13.070 Module mit einer installierten Leistung von 7,4 Megawatt. Damit erzeugt sie jährlich 8.540 Megawattstunden Strom – genug für 2.450 Haushalte. Hutter verpachtet seine Wiesen an die Genossenschaft, darf sie aber weiterhin kostenfrei bewirtschaften. Die Pachteinnahmen sind für ihn essenziell, da sein Betrieb mit 25 Milchkühen wirtschaftlich zu klein wäre, um ohne Erweiterung zu überleben. „Dank der Agri-PV-Anlage kann ich den Hof in der bisherigen Größe weiterführen“, sagt Hutter. Zudem trägt er

zur regionalen Stromerzeugung bei – ein Anliegen, das ihm am Herzen liegt.

Der Mehraufwand durch die Anlage hält sich in Grenzen. Zwar benötigt Hutter spezielle Maschinen, um zwischen den Pfosten zu mähen, doch die Flächen bleiben Sommerweiden. Dies minimiert den Maschineneinsatz.

### Technische und finanzielle Herausforderungen

Die Genossenschaft finanzierte die Projekte teilweise durch regionale Klimasparrbriefe. Bürger konnten sich über Nachrangdarlehen beteiligen, um von der Energiegewinnung zu profitieren. Laut Vorständin Susanne Seeling sind Agri-PV-Anlagen zwar teurer als normale Freiflächenanlagen, doch der Mehraufwand – etwa für die Statik, höhere Aufständerung und bifaziale Module – ist überschaubar. In Fendt mussten die Stahlprofile 2,50 Meter tief verankert werden, um Schneelasten und Wind standzuhalten. Weil die Module ohne Fundamente in den Boden gerammt sind, können sie nach Ablauf der EEG-Förderung einfach abgebaut werden, sodass die Fläche wieder vollständig landwirtschaftlich nutzbar wird.

Die Montage war nicht ohne Herausforderungen: „Anfangs kamen die Monteure mit Leitern, doch das funktionierte nicht. Am nächsten Tag brachten sie Hebebühnen mit“, erinnert sich Seeling. Ein Vorteil der hohen Konstruktion: Ein einfacher Weidezaun genügt als Sicherung, da die elektrischen Anlagen aufgrund der Höhe unzugänglich für Unbefugte sind.

### Gesellschaftliche Akzeptanz als Schlüssel

Die Bürgerenergiegenossenschaft genießt hohe lokale Unterstützung. Die Abstimmungen im Peißenberger Gemeinderat fielen einstimmig aus. Vorstand Alexander Rossner betont: „Wir bauen nur dort, wo Projekte auf breite Zustimmung stoßen.“ Auch die Gewerbesteuer bleibt vor Ort, was zur Wertschöpfung beiträgt.

Um die EEG-Förderung ohne Ausschreibung zu sichern, gründete die Genossenschaft für jede Anlage eine eigene Bürgerenergiegesellschaft. So umging sie die Teilnahme an den Ausschreibungen, die mit hohen Kosten und Unsicherheiten verbunden sind. Dennoch war der bürokratische Aufwand erheblich.

Rossner kritisiert die mangelnde Abstimmung zwischen Behörden sowie die unzureichende Gesetzgebung: „Es fehlt ein großer politischer Wurf. Stattdessen kämpfen wir mit einem Flickenteppich, der die Energiegewinnung unnötig erschwert.“

### Ausblick

Trotz aller Hürden bewertet die Genossenschaft die Agri-PV-Projekte positiv. Die Anlagen schaffen landwirtschaftliche Flächen und bieten Tierhaltern neue Ertragsmöglichkeiten.

Der Beitrag zur regionalen Energiegewinnung ist deutlich spürbar. Dass eine Bürgerenergiegenossenschaft hinter den Projekten steht, habe die Akzeptanz in der Bevölkerung stark gefördert. Rossner ist überzeugt: „Wir werden als gewöhnlicher Investor aufgetreten, hätten wir nicht diese breite Unterstützung erhalten.“

Weitere Informationen: [www.eg-oberland.de](http://www.eg-oberland.de)



Regionale Zukunftskonferenz Wasserstoff.

Bild: Technologieregion Wasserstoff

### 3. Regionale Zukunftskonferenz Wasserstoff:

## Bayerisch-Schwaben nimmt Vorreiterrolle ein

Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft kamen in der Handwerkskammer Schwaben zur 3. Zukunftskonferenz Wasserstoff zusammen, um auszuloten, wie Wasserstoff in der Industrie und in der Region Anwendung finden kann. Dazu wurden aktuelle Wasserstoffprojekte in der Region A<sup>3</sup> (Stadt und Landkreis Augsburg, Landkreis Aichach-Friedberg) vorgestellt. Veranstalter war der Regionale Fachbeirat Wasserstoff, der mehr als 250 Teilnehmer begrüßen konnte.

„Die Frage einer sicheren, sauberen und bezahlbaren Energieversorgung ist zentral für unsere Gesellschaft. Sie entscheidet über Konkurrenzfähigkeit, Zukunftsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand. Deshalb setzt sich Bayern mit Nachdruck für den Wasserstoffhochlauf ein“, stellt Bayerns Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales, Eric Beißwenger, eingangs fest. „Wir wollen unser Land an der Spitze der technologischen Entwicklung platzieren. Deshalb planen wir für die kommenden Jahre Wasserstoffinvestitionen von über einer halben Milliarde Euro.“ Besonders in Bayerisch-Schwaben sehe der Freistaat große Innovationskraft, die diesen Wandel aktiv mitgestalte, so Beißwenger.

### Gemeinsam Infrastruktur schaffen

Oberbürgermeisterin Eva Weber (Augsburg), Landrat Martin Sailer (Landkreis Augsburg) und der stellvertretende Landrat Manfred Losinger (Landkreis Aichach-Friedberg) präsentierten das langjährige Engagement der Region. Wie Rathauschefin Weber darlegte, „sind wir als Gebietskörperschaften gemeinsam mit dem Regionalen Fachbeirat Wasserstoff, den die Stadt Augsburg im Jahr 2021 initiiert hat, bereits seit vielen Jahren aktiv. Jetzt möchten wir verstärkt Unternehmen einbinden, um die Technologieregion Wasserstoff weiter voranzubringen.“ Wie Landrat Martin Sailer ergänzte, könne die Energiegewinnung nur gelingen, wenn gemeinsam eine funktionierende Infrastruktur geschaffen werde, die dann aber auch von Unternehmen genutzt werden muss. „Unsere Region zeigt, wie dies gelingen kann.“

In einer Keynote erläuterte Prof. Dr. Peter Wasserscheid, Gründungsdirektor des Helmholtz-Instituts Erlangen-Nürnberg für Erneuerbare Energien, wie Wasserstofftechnologien eine klimaneutrale Industriegesellschaft ermöglichen. Ein zentraler Aspekt sei die Verteilung des Wasserstoffs. Entsprechend berichteten über den aktuellen Planungsstand des Wasserstoffteilnetzes in der Region die Netzbetreiber Dr. Matthias Jenn von bayernets und René Schoof, Geschäftsführer von schwaben-netz. Letzterer betonte: „Wir konkretisieren hier den Weg zur kli-

manutralen Energieversorgung der Zukunft. Unsere Verteilnetze sind bereits zu 95 Prozent H<sub>2</sub>-ready, doch für einige Zeit werden wir beide Infrastrukturen parallel benötigen. Der Energiebedarf wird außerdem absehbar weiter steigen. Deshalb ist der Bau dieser Leitung ein wichtiger Schritt in die Energiezukunft, um die zuverlässige Versorgung langfristig sicherzustellen.“ Ab 2032 soll in der Region Wasserstoff nicht nur ausgespeist, sondern auch an Großabnehmer weitergeleitet werden. Die Anbindung an das H<sub>2</sub>-Kernnetz soll als Übergabestelle im Bereich Wertingen liegen.

Wenn sich Unternehmen für Wasserstoff entscheiden, könnten sie in Zukunft auf mehrere geplante Elektrolyse-Projekte setzen: zum Beispiel von GP Joule in Gersthofen oder am Flughafen Memmingen (von der Airport Energiemanagement GmbH). Auch der Industriepark Gersthofen, wo Wasserstoff für ein Nahwärmeprojekt genutzt werden soll, könnte Wasserstoff für konkrete Anwendungen demnächst nutzbar machen. Seit 2024 Jahr können auch Fahrzeuge an der Wasserstofftankstelle in Gersthofen Wasserstoff tanken. „Wir versuchen, in Gersthofen mit mehreren Anwendungsfällen Wasserstoff konkret nutzbar zu machen und sind hier regionaler Vorreiter“, erläuterte Andreas Remmele von den Stadtwerken Gersthofen.

### Wettbewerbsfähigkeit sichern

Wasserstoff bietet als emissionsfreier Energieträger eine große Chance, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu sichern“, erklärte Dr. Marc Lucassen, Hauptgeschäftsführer der IHK Schwaben. Vor allem energieintensive Branchen wie die Metall-, die Chemie- und die Glasindustrie profitieren von einer zuverlässigen Wasserstoff-Infrastruktur.

Auch für das Handwerk ergaben sich neue Perspektiven, zeigte Alfred Kailing von der Handwerkskammer Schwaben auf: „Unsere Betriebe sind bereit, die Energiegewinnung mit ihrer Fachkompetenz zu unterstützen.“ Wasserstoff biete nicht nur klimafreundliche Alternativen, sondern auch neue Geschäftsfelder für das Handwerk – sei es bei der Installation von Wasserstoffanlagen oder der Wartung von Infrastruktur.

Dass Bayerisch-Schwaben bereits eine Schlüsselrolle in der globalen Wasserstoffwirtschaft spielt, machte Martina Medrano, Leiterin der Regionalen Koordinierungsstelle Wasserstoff, deutlich. Unternehmen aus der Region lieferten essenzielle Komponenten für zahlreiche Wasserstoffprojekte weltweit. Das größte Wasserstoffkraftwerk der USA sowie die indische Mondmission setzen auf Technologie aus Bayerisch-Schwaben. Über 30 Unternehmen, darunter SGLCarbon, MT Aerospace, Stöhr und Advantec, seien in der Wasserstoffwertschöpfungskette aktiv.

„Wir haben in der Region zahlreiche Innovationschampions, die die Technologie für den weltweiten Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft bereitstellen“, erklärte Medrano. „In jedem wasserstoffbetriebenen Fahrzeug, das wir in der Region oder weltweit auf die Straße bringen, steckt jede Menge Innovation aus der Region.“ Die Regionale Koordinierungsstelle Wasserstoff, angesiedelt bei der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH, vernetzt Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Kommunen, um die Wasserstoffwirtschaft in Bayerisch-Schwaben gezielt voranzutreiben.

### Herausragende wissenschaftliche Expertise

Auch wurde auf der Konferenz darauf hingewiesen, dass die Region über eine herausragende wissenschaftliche Expertise im Bereich Wasserstoff verfügt, auf die die Unternehmen zugreifen können. Die Forschungseinrichtungen arbeiteten an wichtigen Zukunftsthemen. „Unsere Forschung legt die Basis für die industrielle Anwendung von Wasserstofftechnologien – von der Materialentwicklung über Elektrolysetechnologien bis hin zu neuen Speicherkonzepten“, erklärte Prof. Dr.-Ing. Rüdiger Daub vom Fraunhofer IGCV. Besonders im Bereich der Prozessoptimierung und Digitalisierung spiele die Region eine Vorreiterrolle.

Mit dem neuen Technologietransferzentrum (TTZ) der Technischen Hochschule Augsburg am Standort Gersthofen werden sich Forscherinnen und Forscher der THA ab 2025 in Kooperation mit lokalen Unternehmen mit der Entwicklung und Anwendung moderner und praxisorientierter Ansätze in den Bereichen Leichtbau und Wasserstofftechnologie befassen. „In den nächsten Jahren können wir 7 Millionen Euro gemeinsam mit Unternehmen in digitale Innovationen im Leichtbau für wasserstoffbasierte Technologien investieren“, freuten sich die TH-Professoren André Baeten und Neven Majic. **DK**



Stolz auf das Vorzeigeprojekt der Energiegenossenschaft Oberland (v.l.): Christof Wiedmann (Genossenschaftsmitglied), Susanne Seeling (Vorständin) mit Linda, Anna Maletz (Geschäftsstelle Energiegenossenschaft Oberland) mit Paul und Landwirt Korbinian Hutter auf der Fläche der Agri-PV-Anlage im Peißenberger Ortsteil Fendt. Bild: GVB

### Photovoltaik-Rekord und Netzausbau:

## Herausforderungen im Stromnetz der N-ERGIE

Im vergangenen Jahr erreichte die Photovoltaik in Deutschland einen neuen Rekord: Anlagen mit einer Spitzenleistung von 16 GW wurden neu installiert – zwei Drittel davon auf Hausdächern –, sodass die bundesweite installierte Leistung über 100 GW liegt. Auch im Netzgebiet der N-ERGIE zeigt sich dieser Boom: Rund 17.000 Anlagen mit einer Spitzenleistung von 417 MW gingen 2024 ans Netz. Damit stieg die im Gebiet installierte PV-Leistung um 16 Prozent auf nahezu 3 GW, was heute 73 Prozent der insgesamt rund 4 GW erneuerbarer Energie ausmacht.

Der Solar-Boom stellt das Stromverteilnetz vor enorme Herausforderungen. Industrie, Gewerbe und private Haushalte im Netzgebiet benötigen maximal etwa 1.100 MW – doch bei hoher Sonneneinstrahlung wird häufig weit mehr Strom erzeugt, als regional gebraucht wird. Insbesondere an Tagen mit geringem Verbrauch, wie an Oster- oder Pfingstwochenenden, können die Erzeugungsspitzen das regionale Netz vielfach übersteigen. Um Überlastungen zu vermeiden und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, werden große Solarparks abgeregelt, während unkontrolliert eingespeister Strom von zahllosen PV-Dachanlagen das Netz zusätzlich belastet.

Für den Abtransport der überschüssigen Strommengen muss das Verteilnetz massiv ausgebaut werden. Die N-ERGIE Netz GmbH plant bis 2030 Investitionen von rund 1,3 Mrd. Euro, um bestehende Hochspannungsleitungen zu verstärken und neue Umspannwerke zu errichten. Der 2024 veröffentlichte Netzausbauplan sieht bis 2028 rund 100 Baumaßnahmen vor, die das Netz substanziell stärken sollen – unter anderem durch eine verbesserte Anbindung an das Höchstspannungsnetz, für die der Übertragungsnetzbetreiber TenneT neue Netzkuppelstellen plant.

Neben dem Netzausbau hält die N-ERGIE Netz GmbH zusätzliche Maßnahmen für unerlässlich, um die Energiegewinnung erfolgreich zu gestalten. Dazu zählen netzdienliche Batteriespeicher, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wind- und Solaranlagen sowie eine netzorientierte Steuerung von PV-Dachanlagen. Das Stromnetz erstreckt sich über weite Teile Mittelfrankens – vom Würzburger Umland bis Eichstätt und von Weikersheim bis Sulzbach-Rosenberg – und umfasst insgesamt rund 29.000 Kilometer an Hoch-, Mittel- und Niederspannungsleitungen. **□**

# Klimaschutz smart und sicher finanziert

KOM2KOM startet Marktplatz für regionale CO2-Reduktionsprojekte

Ob energetische Gebäudesanierung oder Ausbau erneuerbarer Energien: Kommunen können auf vielfache Weise Treibhausgase reduzieren – doch oft fehlt ihnen schlicht das Geld. Diese Finanzierungslücke möchte das Start-up KOM2KOM mit einer neuartigen, Blockchain-basierten Plattform schließen. Dort können Kommunen und regionale Unternehmen Reduktionsprojekte anbieten. Sie werden von KOM2KOM nach höchsten Standards validiert und eignen sich ideal für Unternehmen und Institutionen, die ihre eigenen Emissionen ausgleichen wollen oder müssen – und das ohne Greenwashing-Risiko.

„Wir haben einen Marktplatz geschaffen, über den Projekte zur Reduktion von Emissionen einfach, sicher und transparent umgesetzt werden können“, erklärt KOM2KOM-Geschäftsführer Dr. Felix Kreidl. Er und das KOM2KOM-Team sind überzeugt, dass die neue Plattform eine Win-Win-Konstellation erzeugt, von der sowohl die Anbieter von klimaschonenden Projekten als auch deren Abnehmer – sprich Klimafinanzierer – stärker profitieren können als von bisherigen Zertifikate- oder Kompensationsmodellen.

Tatsächlich unterscheidet sich der KOM2KOM-Ansatz in verschiedenen Aspekten von anderen Angeboten. Kernzielgruppe auf Anbieterseite sind kommunale und regionale Projektträger mit einem klimafreundlichen Vorhaben. Erste Voraussetzung ist, dass das geplante Projekt Treibhausgase einsparen würde – beispielsweise durch die energetische Sanierung eines alten Schulgebäudes oder die Errich-

tung einer Biogasanlage. Zweite Voraussetzung ist die „Zusätzlichkeit“: „Auf KOM2KOM dürfen nur Emissionsreduktionsprojekte angeboten werden, die ohne externe Mitfinanzierung nicht realisierbar wären“, erklärt Dr. Kreidl.

## Verlässliche Klimafinanzierung

KOM2KOM kontrolliert, dass diese und weitere hohe Qualitätskriterien bei den angebotenen Projekten erfüllt sind. Das Start-up ist nach dem strengen ISO-Standard 14064-2 validiert, der „die quantitative Bestimmung, Überwachung und Berichterstattung von Reduktionen der Treibhausgasemissionen“ regelt. Klimafinanzierer können also sicher sein, dass die versprochene Emissionseinsparung überprüft und bewertet wurde – und es sich nicht um eine Maßnahme handelt, die weniger Effekte bringt oder ohnehin erfolgt wäre. Das ist wichtig, um Greenwashing-Risiken zu vermeiden, die

Unternehmen schwer schaden können.

## Anschubfinanzierung sichergestellt

Wenn der Vertrag zustande kommt, bezahlen die Finanzierer pro Tonne CO2-Äquivalent, die über das Projekt eingespart werden wird. Die Kosten sind hochtransparent, sie basieren auf dem jeweils aktuellen ETS-Marktpreis der EU. Die Reduktionsmenge bezieht sich dabei auf die Gesamtlaufzeit des Projektes, beispielsweise 20 Jahre. Ebenfalls neu am KOM2KOM-Ansatz: Der Finanzierer bezahlt ex ante, also vor Umsetzung des Reduktionsprojektes. Dadurch wird sichergestellt, dass die Mittel zur Anschubfinanzierung zur Verfügung stehen. Dieser Aspekt ist für die Anbieter besonders relevant, denn gerade an anfänglichen Investitionen scheitern klimafreundliche Vorhaben häufig. Zudem wird die Klimafinanzierung bei nicht kommunalen Unternehmen gegen Insolvenz der Projektgesellschaften und somit gegen den Ausfall abgesichert.

## Gezielt regionale Projekte unterstützen

Die Finanzierer wiederum erfüllen gesetzliche Vorgaben zum Klimaschutz auf sichere und transparente Art und Weise. Dafür sorgt neben der ISO-Validierung die Speicherung des Vertrags und der Emissionsreduzierungen in der Blockchain. Darüber hinaus können sie mit ihrer Klimaschutzfinanzierung über die Plattform gezielt regionale Projekte quasi vor der eigenen Haustür unterstützen – was sich zusätzlich positiv auf die CSR-Bilanz und das Image des Unternehmens auswirkt.

Potenzielle Anbieter von regionalen Reduktionsprojekten können sich ab sofort bei KOM2KOM anmelden. Im ersten Schritt fokussiert sich KOM2KOM auf den DACH-Raum und Polen, später ist eine Ausweitung auf andere EU-Länder denkbar. „Wir wollen mit unserem Marktplatz zum Katalysator für Treibhausgasreduzierungen durch Kommunen und regionale Unternehmen werden“, sagt Geschäftsführer Kreidl. KOM2KOM tritt dabei als intermediäre Plattform auf

und erhält eine Provision pro gehandelter Tonne CO2-Äquivalent. Eigentliche Gewinner jedes Vertragsabschlusses sind aber andere: die nachfolgenden Generationen, die auf jede Maßnahme im Kampf gegen den Klimawandel angewiesen sind.

## Über KOM2KOM

KOM2KOM ist ein innovatives deutsches Greentech-Start-up mit dem Ziel, die Realisierung von regionalen Klimaschutzprojekten zu vereinfachen und voranzutreiben. Das Konzept eines neuartigen Marktplatzes für Emissionsreduktionen wurde ab 2021 entwickelt – unter anderem als Reaktion auf den europäischen Green Deal, das Bundesklimaschutzgesetz sowie das Bayerische Klimaschutzgesetz. Ende 2024 nahm das Unternehmen mit Sitz in Pettendorf bei Regensburg die Plattform in Betrieb. Ein ISO-validiertes Verfahren unter Nutzung von Blockchain-Technologie garantiert den Finanzierern maximale Transparenz und nachgewiesene Wirksamkeit des Emissionsreduktionsprojektes. Projektanbieter wiederum profitieren davon, dass künftige Emissionen vorab monetarisiert werden und die Einnahmen zur Anschubfinanzierung zur Verfügung stehen. Das Gründungs- und Führungsteam von KOM2KOM vereint langjährige Erfahrung aus den Bereichen erneuerbare Energien, eCommerce und Blockchain-Technologie sowie Gebühren-, Steuer- und Handelsrecht. So funktioniert KOM2KOM: Schnelle Erklärung im Kurzvideo auf der Website <https://www.kom2kom.com/de/>.

# „Für mich ist es ein sehr rundes System“

Thomas Thumann war von 2005 bis 2023 Oberbürgermeister von Neumarkt in der Oberpfalz. Nun engagiert er sich als Head of Municipal and Sustainability Affairs beim Start-up KOM2KOM. Im Interview mit der Bayerischen Gemeindezeitung erklärt er, warum ihn das Konzept eines Marktplatzes für kommunale Emissionsreduktion vollends überzeugt.

## GZ: Herr Thumann, warum haben Sie sich entschieden, für KOM2KOM zu arbeiten?

Thomas Thumann: Weil es hier um Themen geht, die mich absolut interessieren, für die ich persönlich brenne. Ich sehe bei KOM2KOM eine Win-Win-Win-Situation: für die Kommunen, die leider wegen rückläufiger Steuereinnahmen in den kommenden Jahren finanziell nicht besser ausgestattet sein werden; aber auch für Unternehmen, die Emissionsreduktionsprojekte mitfinanzieren und davon profitieren. Und für uns alle, die wir dringend besseren Klimaschutz benötigen. Als regional denkender Mensch gefällt es mir besonders, dass über KOM2KOM Projekte gefördert werden, bei denen die Region von der Wertschöpfung und unter Umständen auch vom technologischen Know-how profitiert. All das kommt nicht zuletzt unseren Kindern zugute.

## GZ: Sie waren 18 Jahre lang Oberbürgermeister von Neumarkt in der Oberpfalz. Welche Rolle spielte Klimaschutz in Ihrer Amtszeit?

Thumann: Ich wurde 2005 zum Oberbürgermeister gewählt. Kurz darauf habe ich einen Fokus auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz gelegt. Damals wurde ich von den örtlichen Medien und einigen Mitgliedern des Stadtrats dafür belächelt.

## GZ: Sie waren also ein Vorreiter?

Thumann: Ja, und ich bin ein bisschen stolz darauf, was ich mit einem kleinen Team in der Stadtverwaltung gegen alle möglichen Widerstände erreichen konnte. Neumarkt gewann als erste Stadt dieser Größe in Bayern den deutschen Nachhaltigkeitspreis sowie viele weitere Auszeichnungen. Ich war Oberbürgermeister bis Ende 2023 und bin inzwischen wieder Rechtsanwalt. Aber Klimaschutz ist nach wie vor ein wichtiges Thema für mich.

## Mehr Geld durch Klimaschutz

## GZ: Inwiefern kann KOM2KOM Kommunen helfen, die nachhaltiger werden wollen?

Thumann: Ich bin überzeugt, dass die allermeisten Kommunen

in Sachen Klimaschutz weiterkommen wollen – aus Überzeugung, aber auch aus diversen anderen Gründen. Aus meiner langjährigen Tätigkeit weiß ich, dass aber längst nicht alle Kommunen finanziell so gut aufgestellt sind, dass sie alle Wunschprojekte allein stemmen können. Es gibt zu viele andere und ebenfalls wichtige Verpflichtungen, beispielsweise die Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten. Deshalb sind viele Kommunen schlicht darauf angewiesen, dass sie für Klimaschutz zusätzliche Gelder bekommen. Dabei kann KOM2KOM mit seinem Marktplatz für Emissionsreduktionsprojekte entscheidend helfen.

## Vorteile für Unternehmen

## GZ: Und welchen Vorteil haben Unternehmen, die über KOM2KOM Reduktionsprojekte mitfinanzieren?

Thumann: Sie erhalten definitiv zusätzliche Sicherheit, wenn sie es mit kommunalen Gebietskörperschaften zu tun haben – und nicht mit einem Vertragspartner, der theoretisch jederzeit Insolvenz anmelden könnte. Zugleich können die Unternehmen im Umweltbericht das zusätzliche Plus für sich verbuchen, dass sie etwas für die Region und die Bevölkerung tun. Für mich ist es ein sehr rundes System.

## Unterstützung bei hohen Investitionen

## GZ: Welche Arten von kommunalen Projekten eignen sich besonders für KOM2KOM?

Thumann: Manche Klimaschutzprojekte schaffen Kommunen gut ohne externe Förderung, etwa ein Moor zu vernässen oder einen Wald zu durchforsten. Aber gerade wenn es um innovative Technik geht, etwa um Wasserstoff oder eine Eisspeicherheizung, die noch effektiver sein soll als reguläre Wärmepumpen: Solche Klimaschutzprojekte sind meist mit hohen Investitionen verbunden. Ich denke, dass hier die Stärke von KOM2KOM liegen kann.

GZ: Vielen Dank für das Gespräch!



V.l.: Florian Gleich, Bernd Buckenhofer (beide Bayerischer Städtetag), Marian Rapp, Florian Mattner (beide VBEW), Hans-Peter Mayer, Stefan Graf (beide Bayerischer Gemeindetag). Bild: VBEW

## Gasversorgungsleitungen:

# Klimaneutrale Wärmeversorgung

VBEW, Gemeindetag und Städtetag schaffen Grundlage

Der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) haben sich auf eine Aktualisierung ihres Mustervertrags für Gasversorgungsleitungen in den Kommunen verständigt. Der von den Versorgern für die Wärmeplanung vorgeschlagene Transformationspfad hin zur klimaneutralen Versorgung wird in Bayern mit den Laufzeiten der Konzessionsverträge synchronisiert.

Nach dem Wärmeplanungsgesetz des Bundes müssen Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern bis zum 30. Juni 2026 einen Wärmeplan erstellen. Kleinere Gemeinden haben hierfür Zeit bis zum 30. Juni 2028. Mit den Plänen soll in den Kommunen festgelegt werden, wie die Wärmeversorgung in einer Stadt oder einer Gemeinde klimaneutral in die Zukunft geführt werden kann. Die Umsetzung wird in Bayern durch die Verordnung zur Ausführung energiewirtschaftlicher Vorschriften (AVEn) geregelt, die am 2. Januar 2025 in Kraft getreten ist.

Der Gemeindetag, der Städtetag und der VBEW haben bereits frühzeitig mit Gesprächen über eine Anpassung ihres bayerischen Muster-Konzessionsvertrages für Gasversorgungsleitungen begonnen. Konzessionsverträge werden zwischen Betreibern von Versorgungsnetzen mit Städten und Gemeinden vereinbart und regeln, zu welchen Bedingungen Strom-, Gas- oder auch Wasserleitungen in öffentliche Verkehrswege, Straßen und Plätze verlegt werden

dürfen. Für sämtliche dieser Infrastrukturen bestehen in Bayern zwischen dem VBEW, Gemeindetag und Städtetag Musterverträge. Mit dem Wärmeplanungsgesetz und dem im Bayerischen Klimaschutzgesetz festgelegten Ziel der Klimaneutralität bestand der Bedarf, die Zukunft der Erdgasversorgung in den Vertragsmustern zu berücksichtigen. So weit Gasverteilterbetreiber absichtigen, die Versorgung vor den Fristen der Klimaziele zu beenden, teilen sie dies im Rahmen der Wärmeplanung mit. Dies berechtigt dann zur Kündigung des Konzessionsvertrages. Damit ist der Weg frei von einer fossilen zu einer klimaneutralen Versorgung.

VBEW, Gemeindetag und Städtetag arbeiten zu diesem Thema schon lange vertrauensvoll zusammen. Mit dem unterzeichneten Muster-Vertrag liegt für die bayerischen Kommunen und die Netzbetreiber nun eine einheitliche und rechtssichere Vereinbarung vor, die den Herausforderungen der Wärmewende Rechnung trägt.



Thomas Thumann, ehemaliger Oberbürgermeister von Neumarkt in der Oberpfalz und jetzt Head of Municipal and Sustainability Affairs beim KOM2KOM. Bild: privat

**KOM2KOM** So funktioniert validierter und transparenter Klimaschutz.

1. Klimafinanzierer stellt finanzielle Mittel (für Klimaschutz) bereit.

2. Kommune Projektanbieter stellt Klimaschutzprojekt bereit.

3. Kommune Projektanbieter stellt Anteile an der Stadt.

Stadt erhält Geldmittel für Finanzierung & CO2-Reduzierung.

ISO 14064-2 validierter Klimaschutz

Klimaschutz#Dahoam [www.kom2kom.com](http://www.kom2kom.com)

Kloster Holzen:

## 4. Wasserstofftag Süddeutschland der DVGW

Interview Robert Scherer mit der Bayerischen Gemeindezeitung

Die Transformation der Energieversorgung verunsichert die Menschen in Deutschland. Das Gebäudeenergiegesetz hat einen entscheidenden Teil dazu beigetragen. Experten und Entscheider aus Wirtschaft und Wissenschaft haben am 21. und 22. Januar im Kloster Holzen auf Einladung der Landesgruppen Bayern und Baden-Württemberg des DVGW Deutscher Vereins des Gas- und Wasserfaches e. V. die Rolle von Wasserstoff diskutiert. Der Zukunftsenergieträger wird bei den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Energiewende und bei der kommunalen Wärmeplanung eine wichtige Rolle spielen. Die Bayerische Gemeindezeitung hat mit Dipl.-Ing. (FH) Robert Scherer, Geschäftsführer der DVGW-Landesgruppe Bayern gesprochen. Der DVGW ist ein technisch-wissenschaftlicher Verein und Branchenverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft und wurde 1859 gegründet.

**GZ: Herr Scherer, Was bedeutet die Energiewende für Ihre Branche?**

**Robert Scherer:** „Die Umstellung fossiler auf klimaneutrale Energieträger ist eine enorme Chance für unsere gesamte Branche und zugleich ein Beschleunigungsmotor für innovative Ideen. Der DVGW bestimmt als Regulator für Wasserstoff die Spielregeln der Zukunft. Wir stehen

für Technologieoffenheit statt für Ideologien. In einer Welt, in der Herausforderungen immer komplexer werden, kann es nicht die eine Lösung geben. Es sind Ingenieurinnen und Ingenieure, die mit innovativen Konzepten den Fortschritt gestalten. Der DVGW mit seinen Forschungsinstituten liefert mit seinem technisch-wissenschaftlichen Knowhow einen unverzichtbaren Beitrag.“

Landkreis München:

## „ARGE Geothermie und Wärmewende“ bringt Wärmewende voran

Acht Kommunen starten gemeinsam in die Wärmeplanung

Wärme optimal nutzen – über die Grenzen der eigenen Gemeinde hinweg: In der ARGE Geothermie und Wärmewende haben sich acht Kommunen im Südosten des Landkreises München zusammengeschlossen, um gemeinsam an der Weiterentwicklung der Wärmeversorgung in ihren Kommunen zu arbeiten. Ende Januar begannen nun offiziell die Arbeiten an den kommunalen Wärmeplänen für die acht Kommunen. Ein besonderer Meilenstein, denn neben der Betrachtung der zukünftigen Wärmeversorgung innerhalb der Kommunen rücken diese Pläne auch die Versorgung zwischen den Kommunen in den Fokus. Eine Besonderheit, über die sich auch Landrat Christoph Göbel beim offiziellen Auftakttermin informierte.

„Die kommunale Wärmeplanung ist ein ganz wesentliches Mittel zur strategischen Weiterentwicklung der Wärmeversorgung in unserem Landkreis, die derzeit noch stark von Öl und Gas geprägt ist. Mit der Wärmeplanung lassen sich die Gebiete identifizieren, die sich später nachhaltig etwa mit aus Geothermie gespeisten Wärmenetzen versorgen lassen können“, erklärt Landrat Christoph Göbel. Fast immer liegt der Fokus der kommunalen Wärmeplanung dabei auf dem Potenzial einer Kommune und endet damit typischerweise an ihren Grenzen.

Blick über den eigenen Tellerrand

„Das wollen wir hier ganz bewusst ändern“, sagt Mindy Konwitschny. Die Bürgermeisterin von Höhenkirchen-Siegertsbrunn ist Sprecherin der ARGE. „Manchmal ergibt die kommunale Wärmeplanung, dass sich ein Gebiet auch in Zukunft wei-

terhin dezentral – also mit der eigenen Heizung im Keller oder einem kleinen Nahwärmenetz – versorgen sollte. Mit dem Blick über den eigenen Tellerrand hinaus wollen wir unter anderem prüfen, inwiefern Synergieeffekte beim Netzbau zwischen den beteiligten Gemeinden geschaffen werden können“, sagt sie.

Individuelle Betrachtung

Dazu wird in einem ersten Schritt die Ist-Situation in allen acht, in der ARGE organisierten, Kommunen individuell betrachtet. Dazu gehören Aying, Brunntal, Grasbrunn, Hohenbrunn, Höhenkirchen-Siegertsbrunn, Neubiberg, Putzbrunn und Taufkirchen. Gründungsmitglied der ARGE ist zudem der Landkreis München, der jedoch nicht Teil dieser Wärmeplanung ist.

Analyse der Potenziale

Im folgenden Schritt werden die Potenziale zur zukünftigen

**GZ: Ist Wasserstoff nun der Champagner oder das Tafelwasser der Energiewende?**

**Scherer:** „Beides sind Begrifflichkeiten, die uns bei der Bewältigung der Herausforderungen nicht weiterhelfen. Wasserstoff hat gegenüber anderen Energieträgern den Vorteil, dass er klimaneutral erzeugt werden kann und sich speichern lässt.“

Zentrales Element der Energieversorgung

Wasserstoff wird zukünftig ein zentrales Element zur Sicherung einer klimafreundlichen Energieversorgung sein. Der globale Bedarf an Wasserstoff wird in den kommenden Jahrzehnten stark zunehmen, und insbesondere Deutschland wird darauf angewiesen sein, sowohl aus dem europäischen Ausland als auch weltweit Wasserstoff zu importieren.

Weltweit kein knappes Gut

Die Nationalen Wasserstoffstrategie der Bundesregierung schätzt, dass etwa 50 bis 70 Prozent des nationalen Bedarfs durch Importe gedeckt werden müssen. Zugegeben: Noch ist Wasserstoff in der Produktion

sehr kostenintensiv und nicht in ausreichenden Mengen vorhanden. Mit dem weltweit prognostizierten technischen Erzeugungspotenzial könnte der Bedarf bei weitem gedeckt werden. So gibt eine Studie der International Renewable Energy Agency (IRENA) an, dass aus rein technischer

Sicht bis 2050 über 1,5 Millionen TWh grüner Wasserstoff jährlich erzeugt werden könnten. Von einem knappen Gut, dass die Begrifflichkeit Champagner suggerieren soll, kann dann also überhaupt keine Rede mehr sein.“

Option in der kommunalen Wärmeplanung

**GZ: Was sollten bayerische Kommunen unbedingt wissen?**

**Scherer:** „Grundsätzlich ist der Wasserstoff technisch beherrschbar und der DVGW hat hierfür sein komplettes Regelwerk angepasst. Daher besteht die Chance, Wasserstofftechnik als weitere Option in der kommunalen Wärmeplanung, insbesondere im ländlichen Bereich, wo keine Fernwärme wirtschaftlich ist, einzusetzen. Zusätzlich ist Wasserstoff, egal ob vor Ort erzeugt oder importiert, die Option zur sicheren Energieabdeckung im Winter, wenn die erneuerbaren Erzeugungen nicht die vollständige Leistung bringen können. Wir sollten alle Wasserstoff als Chance für die Zukunft sehen, da Wasserstoff als Langzeitspeicher funktionieren kann, um erneuerbare Versorgungssicherheit gewährleisten zu können.“

4. Wasserstoff-Tag Süddeutschland

**GZ: Die Landesgruppen Bayern und Baden-Württemberg des DVGW haben Mitte Januar den „4. Wasserstoff-Tag Süddeutschland“ im Kloster Holzen in Allmannshofen veranstaltet. Worum ging es dort?**

**Scherer:** „Die beiden Tage waren ein intensiver Austausch der Branche, aktuellem fachlichem Input aus der Wasserstoffforschung und hohem Praxisbezug. Zusätzlich haben wir über die notwendigen politischen und gesetzlichen Randbedingungen gesprochen. Über die Lage in Bayern hat Christian Egetemeyr aus dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie informiert.“

Hohe Herausforderung

**GZ: Herr Scherer, der DVGW hat eine lange Geschichte. Als Sie den Begriff Energiewende das erste Mal gehört haben, haben Sie geahnt, was dieser Begriff für Ihre Branche bedeuten wird?**

**Scherer:** „Ich bin nun seit 30 Jahren in der Energie- und Wasserbranche tätig. Der Energiebereich liegt schon immer stark im Fokus von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Das liegt in der Natur der Sache, solange Deutschland und Bayern ein Industrieland mit hohem Energieverbrauch ist. Neuerungen oder Wandel gab es schon immer, aber die Taktungen werden immer kürzer. Die eng gesteckten Klimaziele, der Fachkräftemangel und die Digitalisierung sind für die Branche eine hohe Herausforderung. Hinzu kommen die Folgen einer aus dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine resultierenden Gasmanngelage in Deutschland.“

Bezahlbarkeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit

**GZ: Gibt es noch ein Thema, das Sie gerne an unsere Leserschaft, die bayerischen kommunalen Entscheidungsträger adressieren wollen?**

**Scherer:** „Die kommunale Wärmeplanung muss technologieoffen sein, mit dem Ziel, sich im Energiesektor breit gefächert aufzustellen. Dieser Grundsatz war und ist für eine sichere und nachhaltige Energie- und Wärmeversorgung auf erneuerbarer Basis elementar. Bezahlbarkeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit sollte im Zentrum dieser Überlegungen stehen.“

**GZ: Vielen Dank für das Gespräch.**



Die Geschäftsführer der DVGW Landesgruppen Baden-Württemberg Thomas Anders (li.) und Bayern Robert Scherer. Bild: Ursula Endres/DVGW

Bayerische Wasserkraft:

## CO2-Neutralität und Hochwasserschutz

Wichtiger Beitrag zur Energiewende

Beim Jahresauftakt der VBEW-Initiative „Wasserkraft – Ja bitte!“ trafen sich in München rund 70 Teilnehmende aus Politik, Verbänden und der bayerischen Energiewirtschaft und diskutierten über die Rolle der Wasserkraft in der Energiewende. Im Austausch mit den Landtagsabgeordneten Kerstin Schreyer und Martin Stümpfig wurde deutlich, dass die Wasserkraft nicht nur unverzichtbarer Teil des bayerischen Stromerzeugungsmixes in der Energiewende ist, sondern auch einen direkten Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leistet.

Die Wasserkraft ist nach der Photovoltaik, gemessen an der Stromproduktionsmenge, die wichtigste erneuerbare Stromquelle in Bayern und trägt etwa 15 Prozent zur Deckung des nutzbaren Stromverbrauches bei. „Die Wasserkraft ist in Bayern eine tragende Säule der Energiewende. Strom aus Wasserkraft ist effizient, nachhaltig und wirtschaftlich – eine natürliche, regionale,

triebene und naturnah unterhalten werden.“

Kerstin Schreyer, energiepolitische Sprecherin der CSU-Landtagsfraktion, betonte in ihrem Impulsvortrag: „Wasserkraft kann mehr als nur Strom, sie steht auch für Wertschöpfung in der Region und Hochwassermanagement. Zur Gewährleistung der jederzeitigen Stromversorgung sowie zur Sicherung der Netzstabilität ist



V.l.: Klaus Steiner (VBEW), Kerstin Schreyer, MdL, Martin Stümpfig, MdL, Marian Rapp (VBEW), Georg Loy (Verbund Innkraftwerke) beim Jahresauftakt der VBEW-Initiative „Wasserkraft – Ja bitte!“.

Bild: VBEW/Marina Kuhn

zuverlässige, saubere und technologisch fortschrittliche Stromquelle“, betont VBEW-Hauptgeschäftsführer Marian Rapp. Darüber hinaus punktet die Wasserkraft mit zahlreichen Zusatznutzen im Hinblick auf Klimaschutz, die die Wasserkraft unverzichtbar machen sowohl für die Energiewende als auch die Klimafolgenanpassung.

Wasserkraft und Klimawandel

Bei vielen Wasserkraftwerken sind der Hochwasserschutz und die sichere Hochwasserabfuhr ein elementarer Bestandteil des Anlagenkonzepts. Die Wasserkraftbranche hat hier zeitnah die Anlagen auf den Stand der Technik gebracht, so dass Wehre, Dämme und Deiche auf einem hohen Sicherheitsgrad gegen Extremhochwasser ausgebaut, be-

ein ausbalanciertes System mit grundlastfähigen Energieträgern notwendig. Statt einseitiger, ideologiegetriebener Eingriffe ist die Gestaltung eines klugen, nachhaltigen Energiemixes wichtig, der alle zukunftsfähigen Energieträger mitdenkt. Die Wasserkraft in Bayern spielt hier als zuverlässige und dezentrale Energiequelle eine entscheidende Rolle!“

Martin Stümpfig, energiepolitischer Sprecher Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hob in seinem Redebeitrag hervor: „Wir haben mit der Wasserkraft eine zuverlässige Energiequelle. Aber gleichzeitig ist die Wasserkraft bei den zunehmenden Starkregenereignissen auch unverzichtbar für den Hochwasserschutz. Der natürliche und der technische Hochwasserschutz muss hohe Priorität haben und er sollte den Status von überragendem öffentlichem Interesse erhalten.“



Offizieller Auftakt in die kommunale Wärmeplanung, v.l.: Dr. Philipp Schramek (29+, Landratsamt München), Dr. Christian Wolf (29+, Landratsamt München), Thomas Mayer (2. Bürgermeister, Brunntal), Dr. Willie Stiehler (Geschäftsführer Energieagentur Ebersberg-München), Dr. Stefan Straßmair (1. Bürgermeister, Hohenbrunn), Thomas Pardeller (1. Bürgermeister, Neubiberg), Mindy Konwitschny (1. Bürgermeisterin, Höhenkirchen-Siegertsbrunn), Edwin Klostermeier (1. Bürgermeister, Putzbrunn), Klaus Korneder (1. Bürgermeister, Grasbrunn), Landrat Christoph Göbel, Landkreis München, Peter Wagner (1. Bürgermeister, Aying) und Ullrich Sander (1. Bürgermeister, Taufkirchen).

Bild: LRA München

Bayernwerk Netz:

## Neues Umspannwerk bei Irlbach geplant

Die Bayernwerk Netz GmbH plant ein neues Umspannwerk im Süden der Gemeinde Irlbach. Der Verteilnetzbetreiber hat kürzlich den Genehmigungsantrag für den Bau der neuen Anlage eingereicht. Der Baubeginn ist für Mitte dieses Jahres geplant. Das neue Umspannwerk dient der Energiewende: Es soll mehr Einspeisung von dezentral erzeugter grüner Energie aus den Gemeinden Irlbach, Straßkirchen und Stephansposching in das regionale Verteilnetz ermöglichen und die Stromversorgung der Region langfristig sichern.

„Die Energiewende in den Landkreisen Straubing-Bogen und Deggendorf schreitet mit großer Dynamik voran. Einerseits boomt der Zubau von An-

lagen zur Erzeugung von grünem Strom. Andererseits steigt auch die Nachfrage nach grünem Strom in den Haushalten und bei der Industrie“, berichtet Gün-

ther Mertel, Leiter des Bereichs Hochspannung bei der Bayernwerk Netz GmbH. Das neue Umspannwerk sorgt dafür, dass zukünftig mehr dezentral erzeugte Energie im Netz aufgenommen werden kann. Die Transformatoren (Trafos) in der neuen Anlage bieten eine Kapazität von 230 Megavolt-Ampere. Diese Leistung entspricht rechnerisch etwa 23.000 durchschnittlichen Photovoltaik-Anlagen auf Einfamilienhäusern mit einer Leistung von

je zehn Kilowatt. Zum Vergleich: Das neue Umspannwerk der Bayernwerk Netz in Bogen bietet eine Trafoleistung von 180 Megavolt-Ampere.

Ein starkes Umspannwerk für die Energiewende

Der Hintergrund für den Neubau des Umspannwerks ist die Energiewende und eine damit verbundene Zunahme beim Stromverbrauch und bei der Stromerzeugung in Niederbayern. Zum einen wird immer mehr Strom benötigt, sei es in der Industrie, für Elektromobilität oder das Heizen mit Wärmepumpen. Zum anderen steigt die Einspeisung dezentral erzeugter erneuerbarer Energien. Diese Entwicklung schreitet mit hoher Geschwindigkeit voran.

Beispielhaft zeigt das der Zubau erneuerbarer Energien im Landkreis Straubing-Bogen: Hier speisen heute Erzeugungsanlagen mit einer Leistung von rund 620 Megawatt erneuerbare Energie in das Verteilnetz ein. Vor zwei Jahren lag die angeschlossene Leistung im Landkreis noch bei rund 400 Megawatt. Gleichzeitig steigt der Strombedarf. „Unser Netz kommt durch die doppelte Dynamik der wachsenden Einspeisung lokal erzeugter erneuerbarer Energie und des steigenden Strombezugs an seine Grenzen. Unsere Aufgabe ist es, die Netzinfrastruktur dafür fit zu machen und so eine nachhaltige Entwicklung der Region zu ermöglichen“, erklärt Günther Mertel.

Bau soll im Sommer beginnen

Den Antrag auf Baugenehmigung hat die Bayernwerk Netz Ende 2024 eingereicht. Sobald



Auf dem Gelände des Umspannwerks in Grabenstätt hat das Bayernwerk im letzten Jahr eine neue 110-kV-Schaltanlage errichtet und in Betrieb genommen. Seit einigen Wochen steht nun der Abbau der alten Anlage an. Bis Ende dieses Jahres sind die umfangreichen Bauarbeiten am Umspannwerk-Gelände abgeschlossen.

Bild: Creative Commons, Bayernwerk

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.:

## 13. Monitoring der Energiewende

Umbau des Energiesystems stagniert in weiten Teilen

Das 13. Monitoring der Energiewende der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. zeigt, dass der Umbau des deutschen Energiesystems in weiten Teilen stagniert. In beinahe allen Bereichen verfehlt der Ausbaufortschritt weiterhin die vorgegebenen Ziele. „Die Energiewende kommt nicht voran, bleibt einmal mehr hinter den Erwartungen zurück. Erneut können wir keine Verbesserungen im Vergleich zum Vorjahr erkennen. Das ist alarmierend“, kommentiert vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt.

Im Monitoring der Energiewende wird Zwischenbilanz in vier Kategorien – Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Energieeffizienz / erneuerbare Energien und Umweltverträglichkeit – gezogen. Als Maßstab der Bewertungen dienen die selbstgesteckten Ziele von Bund und Freistaat. Laut aktuellem Monitoring kommen insbesondere der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netzausbau nur schleppend voran, zeitgleich verharren die Energiepreise auf einem höheren Niveau als vor der Energiepreiskrise. „Die Preis-Ampel steht auf Dunkelrot. Das schadet unserem Standort und ist eine der Ursachen für die zunehmende Deindustrialisierung. Hier muss dringend gegengesteuert werden“, fordert Brossardt und ergänzt: „Es gibt keinen Anlass, sich über eine bessere Bewertung bei den Treibhausgas-Emissionen zu freuen, wenn das maßgeblich auf einen Produktionsrückgang der energieintensiven Industrien als Folge der Konjunkturkrise zurückzuführen ist. Ein Erfolg ist die Energiewende dann, wenn diese Unternehmen mit bezahlbarer, nachhaltiger Energie versorgt sind“, so Brossardt.

Trotz aller grundlegenden Versäumnisse sieht die vbw auch positive Entwicklungen. So liegt der Photovoltaik-Ausbau in Reichweite der ambitionierten jährlichen Zubauziele. „Bei Windkraft und beim Ausbau der Energienetze hinken wir aber weit hinter den Zielen hinterher. Zwar gehen die Planungen endlich schneller voran, echte strukturelle Verbesserungen sind aber weiterhin nicht zu erkennen“, erklärt Brossardt.

Forderungen der vbw

Um endlich den Zielpfad zu entsprechen, braucht es aus Sicht der vbw erstens ein klares Bekenntnis der neuen Bundesregierung zu zentralen Zielen einer Energiewende. „Der Ausbau von erneuerbaren Energien und Netzen muss massiv beschleunigt werden und die bisherige Dauer von Planungs-, Genehmigungs- und Bauprozessen erheblich verkürzt werden“, fordert Brossardt. Zweitens müssen die Energiekosten umfassend gesenkt werden, damit der Standort endlich wieder international wettbewerbsfähig wird. „Der Brückenstrompreis für die energieintensive Industrie ist überfällig und die dauerhafte Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau für die gesamte Wirtschaft ebenso“, fordert Brossardt.

Drittens fordert die vbw die neue Bundesregierung auf, mehr für die Versorgungssicherheit zu tun. „Unser Stromverbrauch in Deutschland wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Wir brauchen daher bis 2030 ausreichend Backup-Kapazitäten. Das wird vorübergehend nur mit Gaskraftwerken erreicht wer-

den können. Phänomene wie die ‚Dunkelflaute‘ dürfen unserer Industrie nicht die Schweißperlen auf die Stirn bringen. Zukünftig gilt es, diese Gaskraftwerke dann schrittweise auf Wasserstoff umzustellen“, fordert Brossardt und fügt abschließend hinzu: „Als Bayerische Wirtschaft setzen wir bei der Energiewende auf ein hohes Umsetzungstempo und eine konsequente energiepolitische Aufholjagd. Das erwarten wir von der neuen Bundesregierung.“

Das 13. Monitoring der Energiewende der vbw steht hier zum Download bereit: [www.vbw-bayern.de/monitoring\\_energieende](http://www.vbw-bayern.de/monitoring_energieende).

## Energiehelden gesucht

Jetzt für den Bürgerenergiepreis Niederbayern bewerben

Gemeinsam mit den Regierungen von Niederbayern, Unterfranken, Oberfranken, Oberbayern und der Oberpfalz verleiht die Bayernwerk Netz GmbH den Bürgerenergiepreis an engagierte Bürgerinnen und Bürger. Mit jährlich insgesamt 50.000 Euro werden Menschen ausgezeichnet, die ihre persönliche Energie einem nachhaltigen Bayern widmen und in ihrem eigenen Umfeld mit bestem Beispiel vorangehen.

Mit dem Bürgerenergiepreis zeichnet die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) in Kooperation mit jeweiligen Regierungen gesellschaftliches Engagement für die Energiewende und den Klimaschutz aus. Die Bewerbungsphase für den diesjährigen Preis läuft bereits und endet für Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz am 25. März 2025. Oberfranken und Unterfranken haben bis 26. März 2025 Zeit. Bis dahin können interessierte Privatpersonen, Vereine und Institutionen wie Schulen und Kindergärten noch ihre Projekte einreichen.

Vorbilder gesucht

„Mit dem Bürgerenergiepreis zeichnen wir Menschen aus, die sich mit viel Engagement um Klima und Umwelt kümmern. Wir suchen Vorbilder, die eindrucksvoll vermitteln, dass jeder Einzelne vor Ort seinen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten kann“, sagt Markus Leczycki, der beim Bayernwerk die Partnerschaften mit den bayerischen Kommunen verantwortet.

Energieeffizienz, Ressourcen und Umweltschutz

Von der energetischen Häusersanierung, der Nahwärme für die Nachbarschaft bis hin zum Schulprojekt: Gemeinsam die Energiewende gestalten und erfolgreich umsetzen – dafür steht der Bürgerenergiepreis seit vielen Jahren. „Machen Sie mit und zeigen Sie, wie unsere Energie-Zukunft aussehen und gestärkt werden kann“, ruft Markus Leczycki auf. Der Bürgerenergiepreis belohnt Engagement für Energieeffizi-

enz, Umweltschutz oder auch die Schonung endlicher Ressourcen. Die Bandbreite möglicher Projekte ist dabei groß. Das können Aktionstage rund um das Thema Nachhaltigkeit in schulischen Institutionen, die energetische Sanierung eines Gebäudes, die Organisation eines Projekts für den nachhaltigen Umgang mit Kleidung oder ein Nahwärmenetz für die Nachbarschaft sein. Bei diesem Projekt hat ein Preisträger aus dem letzten Jahr zum Beispiel eine Hackschnitzelheizung und eine 500 Meter lange Nahwärmeleitung errichtet. Er versorgt damit sein eigenes Haus sowie vier weitere Nachbargebäude, darunter auch das Feuerwehrhaus der Stadt mit Wärme.

Jetzt online informieren und bewerben

Interessierte können sich im Internet unter [www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis](http://www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis) für den Bürgerenergiepreis bewerben. Dort zu finden sind auch weitere Informationen wie Teilnahmebedingungen oder Videos der Sieger aus dem Vorjahr. Alle Bewerber, die rechtzeitig ihre Projekte einreichen, nehmen in dieser Bewerbungsphase teil. Bewerbungen, die später eingehen, werden im Folgejahr berücksichtigt. Die Preisträger werden dann durch eine Fachjury benannt, die auch die Höhe des Preisgeldes für das jeweilige Projekt festlegt. Insgesamt teilen sie sich dabei ein Preisgeld von 50.000 Euro. Fragen zum Bewerbungsverfahren beantwortet die Projektverantwortliche des Bayernwerks, Annette Vogel, Telefon: 09 21-2 85-20 82, E-Mail: [annette.vogel@bayernwerk.de](mailto:annette.vogel@bayernwerk.de).

### Kommunalforum Alpenraum

# Energie im Wandel

Wie die Gemeinden die Energiewende mitgestalten können

## 12. März 2025

Lindner-Innovationszentrum Kundl / Tirol

Anmeldung unter: [www.kommunalforum-alpenraum.eu](http://www.kommunalforum-alpenraum.eu)

VDV-Maßnahmenpaket zum Start der neuen Bundesregierung:

## Der Mobilität eine Richtung geben

„Um den Mobilitätssektor in Deutschland zukunftsfähig zu modernisieren und auszubauen, brauchen wir einen effizienten, kundenfreundlichen, wirtschaftlichen und leistungsfähigen öffentlichen Personen- und Eisenbahnverkehr. Nur so kann Deutschland seinen Wirtschaftsstandort stärken und dazu beitragen, die Klimaschutzziele zu erreichen“, forderte der VDV mit Blick auf die Bundestagswahl 2025. Darauf basierend hat der Verband nun ein Maßnahmenpaket formuliert, das sich gezielt an den ersten 100 Tagen der kommenden Legislaturperiode orientiert.

Die zentralen Rahmenbedingungen, die die neue Bundesregierung im Zuge der Bundestagswahl 2025 durch eine stringente und zukunftsweisende Verkehrspolitik festlegen muss, umfassen den Ausbau und die Modernisierung des öffentlichen Schienenverkehrs, die Förderung der Scharre sowie langfristige Finanzierungsmodelle und innovative Technologien.

Zu den Maßnahmen für den ÖPNV zählen die langfristige Sicherung des Deutschland-Tickets, die Erarbeitung eines Masterplans, die Modernisierung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG), und die Förderung des automatisierten Fahrens.

Das Deutschland-Ticket hat sich aus Sicht des VDV als „zentrales Element der Mobilitätswende“ bewährt. Um dessen Erfolg nachhaltig abzusichern, müssten Bund und Länder langfristige Finanzierungszusagen treffen, die notwendigen rechtlichen wie gesetzlichen Rahmenbedingungen und Zuständigkeiten verbindlich regeln und dauerhaft festlegen. Dazu zählten vor allem die gesetzliche Verankerung im Regionalisierungsgesetz ab 2026 mit einer bedarfsgerechten Dynamisierung des jährlichen Bundesanteils von 1,5 Milliarden Euro, um künftige Kostensteigerungen zu decken, sowie die Einführung eines Preisentwicklungsindex. Dieser schaffe Transparenz und Planbarkeit für Fahrgäste und Verkehrsunternehmen, indem er Preisanpassungen an die Kostenentwicklung koppelt.

Im Zuge der Erarbeitung eines Masterplans sollten in einem von der Bundesregierung initiierten Dialogprozess mit Ländern, Kommunen und der Branche Ziele und Maßnahmen definiert werden. Schwerpunkte seien die nachhaltige Finanzierung, der Ausbau von Angebot und Infrastruktur, die Digitalisierung sowie die Verbesserung der Fahrgastinformation und der Sicherheit für Fahrgäste und Personal.

Beim Thema GVFG-Modernisierung wird zunächst vorge-

schlagen, die Befristung für die Grunderneuerung zu streichen. Die Förderung von Grunderneuerungsprojekten dürfe nicht bis 2030 zeitlich begrenzt sein. Darüber hinaus sollten die Mittel für das GVFG ab 2025 auf 3 Milliarden Euro aufgestockt werden, ergänzt um eine zusätzliche Milliarde Euro jährlich für die Förderung emissionsfreier Busse und der zugehörigen Infrastruktur.

Da automatisiertes Fahren enormes Potenzial für den ÖPNV berge, aber noch immer an regulatorische und finanzielle Grenzen stoße, sollte der Bund laut VDV gezielt Pilotprojekte fördern und rechtliche Rahmenbedingungen anpassen, um automatisierte Bus- und Schienenverkehr schneller in den Regelbetrieb zu bringen. Um Deutschland international wettbewerbsfähig zu halten, seien Investitionen in Technologien wie autonome Shuttlebusse und eine intelligente Verkehrssteuerung erforderlich.

### Eisenbahninfrastruktur

Um die Eisenbahninfrastruktur langfristig zu finanzieren und zu planen, bedarf es aus Sicht des Verkehrsverbandes eines nachhaltigen Modells zur mehr- und überjährigen Finanzierung der bundeseigenen und nicht-bundeseigenen Infrastruktur. Innerhalb der ersten 100 Tage sollte die Bundesregierung erste konkrete Schritte zur Umsetzung eines solchen Modells erarbeiten. Auch sollte die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) weiterentwickelt werden, um eine verlässliche Finanzierung von Erhalt und Ausbau der Infrastruktur zu gewährleisten. Insbesondere der bislang nicht verabschiedete 3. Nachtrag zur LuFV 3 müsse unverzüglich beschlossen werden, um die Bestandsnetzfinanzierung sicherzustellen. Da die rund 6.000 Kilometer umfassenden Strecken der nicht-bundeseigenen Eisenbahnen (NE-Bahnen) eine entscheidende Rolle spielen, sollte ein Regio-Infrastrukturfonds, d.h. ein überjähri-

ger Fonds für den Erhalt und Ausbau der NE-Bahnen, die langfristige Finanzierung sichern und damit die Resilienz des Schienennetzes erhöhen.

Da markt- und wettbewerbsfähige Trassenpreise und faire Rahmenbedingungen existenziell für die Eisenbahnunternehmen des Güter- und des Personenverkehrs sind, seien aufgrund extremer Kostensteigerungen folgende kurzfristige Steuerungsmaßnahmen geboten:

- Kompensation von Kostensteigerungen: Die Trassenpreisförderung für Güter- und Personenfernverkehr muss kurzfristig so erhöht werden, dass die immens steigenden Kosten vollständig ausgeglichen werden. Ansonsten drohen Verluste und Verlagerungen von Verkehren.
- Reform des Trassenpreissystems: Das heutige Trassenpreissystem muss dringend reformiert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des Eisenbahnsektors zu erhalten und zu stärken.
- Einzelwagenverkehrsförderung wettbewerbsneutral aufstellen: Das Förderregime ist im Haushalt abzusichern sowie gezielt weiterzuentwickeln, damit eine marktgerechte und vollständige Ausschüttung der Fördermittel erreicht wird.

Was die Weiterentwicklung der gemeinwohlorientierten Infrastruktur anbelangt, müssten zentrale Maßnahmen aus der vorherigen Legislaturperiode abgeschlossen werden. Dazu zählten das Moderne-Schiene-Gesetz, das die Digitalisierung und Elektrifizierung vorantreiben, Planungsverfahren beschleunigen, Bürokratie abbauen und eine systematische Weiterentwicklung der Eisenbahninfrastruktur ermöglichen soll sowie die Einführung und Weiterentwicklung eines Infraplans als zentrales Steuerungselement des Bundes für die Eisenbahninfrastruktur.

Nach Angaben von VDV-Präsident Ingo Wortmann „setzen wir mit diesem 100-Tage-Programm klare Impulse für den Öffentlichen Personennahverkehr und die Eisenbahn, um Qualität, Angebot und Transformation der Branche schnell und pragmatisch zu verbessern. Gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen wollen wir der Mobilität in Deutschland eine Richtung geben.“



Die Projektbeteiligten sowie Vertreterinnen und Vertreter des Bundesministeriums und der Gemeinde bei der Eröffnung.  
Bild: BayWa Mobility Solutions GmbH

## BayWa Mobility Solutions eröffnet Schnellladepark in Schwangau

Die BayWa Mobility Solutions GmbH hat im Beisein aller Projektbeteiligten den ersten Schnellladepark in Schwangau eröffnet. Direkt am Schlossbrauhaus (Gipsmühlweg 5) stehen E-Fahrerinnen und -fahrer ab sofort vier Schnellladesäulen mit einer Gesamtleistung von 1600 kW (200 kW pro Ladepunkt) zur Verfügung. Der neue Ladepark ist Teil des vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) ausgeschriebenen Deutschlandnetzes.

Dr. Volker Wissing, Bundesminister für Digitales und Verkehr „Das Deutschlandnetz wächst weiter: Die beiden neuen Schnellladestände in Bayern zeigen, wie zügig und effizient der Ausbau der Ladeinfrastruktur voranschreitet. Die erfolgreiche Inbetriebnahme von bereits 24 Standorten in neun Bundesländern – darunter fünf in Bayern durch die BayWa – ist ein starkes Zeichen für den Fortschritt beim flächendeckenden Schnellladen. Die enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Flächenbesitzern und Betreibern ist dabei ein entscheidender Erfolgsfaktor.“

Christian Krüger, Geschäftsführer der BayWa Mobility Solutions GmbH: „Mit der Eröffnung unseres BayWa Mobility Charging Ladeparks in Schwangau schließen wir nicht nur eine von Bundesministerium identifizierte Lücke im deutschlandweiten Schnellladenet. Wir erfüllen auch den klaren Wunsch der Gemeinde, den Ladebedarf von E-Autofahrern vor Ort als auch den der zahlreichen Touristen in der Region zu decken. Dass hier in Schwangau zwischen der ersten

Unterschrift und der Eröffnung dieses Ladeparks nur vier Monate liegen zeigt, wie vorbildlich eine enge Vernetzung zwischen Betreiber, Kommunen und Netzbetreiber den Ladeinfrastrukturausbau vorantreiben kann.“

### Königlich laden mit Blick auf das Schloss Neuschwanstein

Der Heilklimatische Kurort Schwangau gehört als Dorf der Königsschlösser Neuschwanstein und Hohenschwangau zu den Top-Destinationen in Bayern. In unmittelbarer Nähe von Schloss Neuschwanstein und mit einer guten Anbindung an die Bundesstraße B17 fügt sich der neue Ladepark ideal in die Berglandschaft und die lokale Verkehrsinfrastruktur ein. Der Strom für den Ladehub wird über die Unternehmenstochter BayWa r.e. AG bezogen und stammt zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien. Der dazugehörige Netzanschluss wurde durch den lokalen Versorger Elektrizitätswerke Reutte kurzfristig realisiert.

### Beitrag zum Klimaschutz

Stefan Rinke, Bürgermeister in Schwangau: „Mit dem neuen Ladepark baut die Gemeinde Schwangau ihre Infrastruktur für E-Mobilität weiter aus. Wir verbessern damit die lokale Versorgungssicherheit und leisten einen Beitrag zum Klimaschutz. Von dem neuen Angebot profitieren Einheimische und Gäste gleichermaßen. Die schnelle und reibungslose Umsetzung des Projekts hat bewiesen, was möglich ist, wenn alle motiviert das gleiche Ziel verfolgen.“

### Vorzeigeprojekt

Der Allgäuer Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke (CSU) erklärt dazu: „Der Ausbau einer flächendeckenden und leistungsfähigen Ladeinfrastruktur ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die Elektromobilität zur Erfolgsgeschichte wird. Gerade in ländlichen Regionen wie dem Allgäu müssen wir sicherstellen, dass der Zugang zu Schnellademöglichkeiten genauso selbstverständlich ist wie in städtischen Ballungszentren. Die Investition der BayWa Mobility Solutions in Schwangau ist ein Vorzeigeprojekt, das zeigt, wie durch gezielte Zusammenarbeit von Unternehmen, Kommunen und dem Bund zukunftsfähige

Infrastruktur geschaffen werden kann.“

Die kurze Ladezeit vor Ort können E-Fahrerinnen und -fahrer im Schlossbrauhaus oder auf dem Minigolfplatz nebenan verbringen. Im Untergeschoss des Schlossbrauhaus befinden sich barrierefrei zugängliche Toiletten, die kostenfrei genutzt werden dürfen. Über das Bayern-WLAN verfügt der Ladepark außerdem über gratis Internet. Dank Kameraüberwachung und Beleuchtung ist die Sicherheit auf der rund um die Uhr zugänglichen Anlage auch in den Abend- und Nachtstunden gewährleistet.

### Ausbau im Deutschlandnetz geht voran

Im Auftrag des BMDV werden derzeit an mehr als 1.000 Standorten in Deutschland 9.000 zusätzliche Ultrashnellladepunkte für Elektroautos ans Netz gebracht. Diese entstehen in ländlichen Regionen, in Städten und an unbewirtschafteten Autobahnraststätten. Die BayWa Mobility Solutions GmbH hat sich im Rahmen der Ausschreibung den Zuschlag für das Bayern-Los gesichert. Mit einem Investitionsvolumen von rund 15 Millionen Euro sollen in den nächsten Jahren 20 BayWa-Ladeparks in Bayern entstehen, um noch bestehende Lücken in der Ladeinfrastruktur zu schließen. Dabei geht das Unternehmen mit großen Schritten voran. Neben dem Ladepark in Schwangau geht gleichzeitig auch in Deggendorf ein neuer Ladepark der BayWa Mobility Charging ans Netz.

### Regionaler Wirtschaftsfaktor

Die Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur unter dem Dach der NOW GmbH übernimmt im Auftrag des BMDV eine wichtige koordinierende Rolle bei der Umsetzung des Deutschlandnetzes und ist insbesondere für die Bedarfsplanung, die Prüfung technischer Anforderungen sowie das Datenmonitoring der Standorte zuständig. Dagmar Fehler, CEO und Sprecherin der NOW GmbH: „Gleich zwei neue Standorte verstärken ab sofort das Deutschlandnetz: In Schwangau mit direktem Blick auf Schloss Neuschwanstein sowie in Deggendorf können Fahrerinnen und Fahrer von Elektroautos seit heute an den zwei neuen Schnellladeparks in Bayern laden. Insbesondere für touristisch geprägte Regionen wie das Allgäu gewinnt eine gut ausgebaut Ladeinfrastruktur zunehmend an Bedeutung und entwickelt sich zu einem wichtigen regionalen Wirtschaftsfaktor.“

## Bayerns Landräte fordern Lösungen für das Sorgenkind ÖPNV

Von frohen Botschaften ist man im ÖPNV trotz aller Anstrengungen beim Ausbau des Angebots mit u.a. On-Demand-Verkehren in der Fläche und vielem mehr weit entfernt. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstentfeldbruck, appellierte bei einem Termin mit dem Bayerischen Verkehrsminister Christian Bernreiter bei der Reisemesse in München mit Blick auf die Bundestagswahl an die künftigen Verantwortlichen, der insgesamt unzureichenden Finanzierung des Verkehrs in Deutschland besonderes Augenmerk zu schenken.

Karmasin zufolge ist ein funktionierender ÖPNV Teil einer verlässlichen Wirtschaftspolitik und entscheidend für die Lebensqualität. „Er muss allen Menschen zugänglich sein – unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land zu Hause sind. Im Interesse der Bürger, die weder Auto noch Führerschein besitzen, und auch aus Gründen des Klimaschutzes ist das ÖPNV-Angebot gerade auch in der Fläche zu verbessern. Ein günstiger Tarif wie beispielsweise das Deutschlandticket darf nicht zu Lasten des Angebots gehen. Das Ticket hat das Fahrtangebot bisher keinen Deut verbessert.“

„Der ÖPNV ist in vielen bayerischen Landkreisen mittlerweile ein Sorgenkind. Wir sind vieler-

orts im Krisenbewältigungsmodus angelangt. Das liegt in erster Linie an einer unzureichenden Finanzierung durch den Bund. Die Einführung des Deutschlandtickets durch die Ampel-Regierung haben wir unterstützt, weil es die ÖPNV-Nutzung für die Bürger erheblich einfacher und günstiger gemacht hat. Die Bundesverantwortlichen hatten sich weder über die Umsetzung noch über die Finanzierung Gedanken gemacht. Dabei sollte im föderalen System doch grundsätzlich auch weiterhin die Maxime gelten: Wer anschafft, der zahlt“, so Karmasin.

Das bekräftigte auch der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag, Landrat Franz

Löffler, Cham: „Das aktuelle Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) kann unter den bestehenden staatlichen Bedingungen nicht aufrechterhalten werden. Verlässlichkeit, Stabilität und Planbarkeit sind entscheidend für einen funktionierenden ÖPNV. Ein günstiges Ticket nützt nichts, wenn die Busse nicht fahren.“

### Personalmangel im Visier

Löffler fordert von der neuen Bundesregierung: „Um dem Personalmangel entgegenzuwirken, müssen wir den Zugang zum Busführerschein erleichtern, ausländische Führerscheine anerkennen und die Ausbildungskosten senken. Außerdem sollte der bürokratische Aufwand für die Verkehrsunternehmen deutlich reduziert werden.“

Löffler weiter: „Zusätzlich sind in den letzten 10 Jahren mit u.a. der Elektrifizierung, der Antriebswende, CO<sub>2</sub>-Neutralität oder Anpassungen an den Stundentakt des Schienenverkehrs auch auf der Landesebene kontinuierlich

## Manche können fast kein Deutsch

Mangel an Busfahrern stellt in vielen bayerischen Kommunen erhebliche Belastung dar

Der blinde Mann erbat vom Busfahrer die Auskunft, um welche Linie es sich handelt, doch der war dazu nicht in der Lage: Der Fahrer sprach kein Wort Deutsch. So geschehen unlängst in Würzburg. Doch nicht nur hier treffen Fahrgäste auf Fahrer, mit denen sie nicht kommunizieren können. Sprachprobleme sind ein zunehmendes Problem im öffentlichen Personennahverkehr. Wobei klar ist: Ohne ausländische Fahrerinnen und Fahrer ginge im ÖPNV inzwischen überhaupt nichts mehr.

Nicht jede Omnibuslinie kann in jeder bayerischen Kommune dieser Tage wie gewohnt in vollem Umfang bedient werden. „Und zwar wegen des Busfahrermangels“, bestätigt Wolfgang Wies aus Weiden. Er kennt Busunternehmen, die am Wochenende oder abends Leistungen kürzen müssen: „Oder Zusatzbusse, wie man sie manchmal in der Schulzeit einsetzt, fallen weg.“

Noch ist der Leiter des Unternehmens „Wies Faszinatour“, das den Stadtbusverkehr in Weiden betreut, nicht selbst betroffen. Doch es sei auch bei ihm, gibt er zu, schon öfter ziemlich knapp gewesen. Ausfälle oder Verkürzungen des Angebots hat er bisher einzig dank äußerst engagierter Mitarbeiter, darunter auch, wie er sagt, „viele Migranten“, vermeiden können.

Ausländische Fahrer sind aus dem ÖPNV nicht mehr wegzudenken. Das geht auch aus einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom März 2024 hervor. Demnach liegt der Anteil der „Fahrern von Fahrzeugen im Straßenverkehr“, darunter Bus- und Straßenbahnfahrer, bei knapp 40 Prozent. Für Einheimische scheint der Beruf nicht sehr unattraktiv zu sein. Was auch nachvollziehbar ist.

Der Job ist oft sehr anstrengend, gilt es doch, mal sehr früh morgens mit der Arbeit zu beginnen und dann wieder spät abends auf Arbeit zu sein. Man hat nicht immer mit freundlichen Fahrgästen zu tun. Und muss sich ständig konzentrieren, um keinen Unfall zu bauen. Viele Busfahrer empfinden ihr Gehalt auch als schlecht. Dennoch gibt es Menschen, die diesen Beruf lieben. Dank ihrer schafft es Wolfgang Wies, alle Buslinien in Weiden wie gehabt zu bedienen. Der Firmenchef motivierte Mitarbeiter, die eigentlich hätten in Rente gehen können, auf Teilzeitbasis noch ein bisschen weiterzufahren.

Sein rund 65-köpfiges Fahrerteam besteht aktuell zu zehn Prozent aus Rentnern. Solange die das Team verstärken, ist seine Situation etwas entspannt. „Doch wenn die ausscheiden, könnte es wieder problematisch werden“, so Wolfgang Wies.

### Frauen als Fahrerinnen

Weil er mit den Rentnern allein das Personalproblem nicht aus der Welt schaffen konnte, bemühte sich Wolfgang Wies weiter darum, Frauen als Fahrerinnen in Teilzeit zu gewinnen. Drei Frauen erwarben daraufhin mit finanzieller Hilfe des Unternehmens den Busführerschein. Aber auch Menschen, die nach Deutschland einwanderten, helfen, den Fahrbetrieb aufrecht zu erhalten: „Wir haben eine ganze Reihe von Mitarbeitern aus dem südosteuropäischen Raum aus Syrien und dem Irak.“ Wobei Wolfgang Wies erleichtert es, dass bisher noch kein ausländischer Busfahrer in seinem Team war, der gar kein Deutsch sprach: „A1 war immer gegeben.“

### Viel zu riskant

Der Busunternehmer betont, dass es schlicht und ergreifend gefährlich ist, ohne jegliche Deutschkenntnisse am Steuer eines Busses zu sitzen: „Es geht ja nicht nur darum, Fahrgäste über den Fahrplan oder den Tarif zu informieren.“ Busfahrer müssen in einem medizinischen Notfall im Bus reagieren können. Und sie müssen in der Lage sein, eine

Meldung abzugeben, ist ein Unfall passiert.

Für Wolfgang Wies ist es nicht akzeptabel, einen Busfahrer ohne jede Sprachkenntnisse, ausgestattet mit Navigationsgerät und Google-Übersetzer, ans Steuer zu lassen: „Ein Mindestmaß an Kommunikation muss möglich sein.“ Dass manche Busfahrer kein Deutsch sprechen, obwohl sie ihren Führerschein in Deutschland erworben haben, mag verwundern. „Doch man kann die Theorie inzwischen in unterschiedlichen Sprachen ablegen“, sagt er.

Bewerber auf einen Busführerschein müssen zum Zeitpunkt der praktischen Fahrerlaubnisprüfung soviel Deutsch verstehen, dass sie den Anweisungen des Prüfers folgen können, erklärt dazu Vincenzo Lucà von der TÜV Süd AG in München. Grundvoraussetzung sei weiter, dass die Beschilderung im Verkehr verstanden wird. „Darüber hinaus gehende Deutschkenntnisse werden nicht von der Prüfungsrichtlinie verlangt und sind damit auch nicht Teil der Prüfung“, so der Pressesprecher.

### Busfahrermangel: Ein riesiges Problem

Trotzdem Menschen mit Migrationshintergrund bereit sind, Busfahrer zu werden, bleibt der Busfahrermangel allerorten ein riesiges Problem. Und zwar seit Jahren. So ergab bereits im Oktober 2021 eine Umfrage des Bundesverbands Deutscher Omnibusunternehmen unter seinen Mitgliedsunternehmen, dass bei über 85 Prozent aller Busunternehmen Fahrermangel herrscht. Ein Drittel hatte bereits vor dreieinhalb Jahren Schwierigkeiten, vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. „Der Fahrpersonalmangel hat bei den privaten und mittelständischen Busbetrieben ein existenzbedrohliches Ausmaß angenommen“, heißt es in einem Positionspapier.

Dass sich Busunternehmen inzwischen derart ins Zeug legen müssen, um Fachkräfte zu gewinnen, liegt nicht zuletzt an der langwierigen Ausbildung. Im Oktober 2024 beantragten die Freien Wähler deshalb im Landtag, die Führerscheinpflichtstunden zu reduzieren. Die Staatsregierung wurde aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Ausbildungsreform einzusetzen. Derzeit seien beim Erwerb der Fahrerlaubnis der Klasse D bis zu 89 praktische Pflichtstunden vorgeschrieben. Dabei seien viele Fahrer in spe bereits zu einem sehr viel früheren Zeitpunkt reif für die Prüfung. Und damit bereit für einen frühen Jobeinstieg.

### Teurer Führerschein

Auch Wolfgang Wies' Kernforderung besteht darin, die Ausbildung zu entrümpeln: „Sie dauert einfach zu lange.“ Absurd ist für ihn, dass bestimmte Inhalte sowohl in der Fahrschule als auch bei einem vierwöchigen IHK-Seminar vermittelt werden. Wer Busfahrer werden möchte, muss zunächst den Busführerschein bei einer Fahrschule bestehen. Danach gilt es, die „Grundqualifikation für Personenverkehr“ zu absolvieren. Diese Doppelstruktur mache den Führerschein so teuer: „In Österreich kostet er nur die Hälfte.“ Insgesamt betrachtet, seien die Probleme rund um den ÖPNV riesig. Und eine Mobilitätswende in weiter Ferne.

Während die Politik in Sachen Mobilität nach außen hin einen

Umdenkprozess in Gang setzen will, verhindert sie nach Ansicht von Wolfgang Wies durch verschiedene Entscheidungen selbst, dass die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich umdenken. Und das Auto stehen lassen. „Was wir in den letzten Jahren erlebt haben, war alles andere als hilfreich“, sagt er. Ihm ist vor allem das „Deutschlandticket“ ein Dorn im Auge: „Hier hat man den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht.“ Das „Deutschlandticket“ funktioniere hervorragend in Berlin, Würzburg, Nürnberg oder München: „Überall, wo es ein gutes Netz gibt.“ Gibt es dieses gute ÖPNV-Netz nicht, nütze auch das Ticket nichts.

Letztlich kam es nach seiner Ansicht durch das „Deutschlandticket“ zu einer weiteren Benachteiligung des ländlichen Raums. 1,5 Milliarden Euro lässt sich der Bund das Ticket pro Jahr kosten, um Einnahmeausfälle bei Verkehrsbetrieben auszugleichen: „Dieses Geld hätte man anders sinnvoller einsetzen können.“ Gerade in ländlichen Regionen reichten die Mittel hinten und vorne nicht mehr aus, den Landkreisen stehe das Wasser, finanziell gesehen, bis zum Hals.

### Technik statt Menschen

Was den Busfahrermangel angeht, ist die Situation in Ba-

### Bayerische Flughäfen:

## Kontinuierlicher Steigflug

Mit allerlei Erfolgsmeldungen warten die Airports im Freistaat auf. Während der Flughafen Memmingen auf das erfolgreichste Jahr seiner Geschichte zurückblickt, wurde am Albrecht Dürer Airport Nürnberg bei den Passagierzahlen die 4-Millionen-Marke erstmals seit 2019 wieder überschritten. Auch am Flughafen München hält der Aufwärtstrend an: Im vergangenen Jahr war er der wachstumsstärkste Airport in Deutschland.

Noch nie flogen so viele Menschen von und nach Memmingen wie im abgelaufenen Jahr. Konnte Anfang Dezember 2024 der dreimillionste Fluggast begrüßt und somit eine neue Rekordmarke aufgestellt werden, setzte die Gesamtbilanz des abgelaufenen Jahres einen weiteren Meilenstein: Insgesamt blickte Süddeutschlands führender Low Cost Airport auf über 3,2 Millionen Passagiere, was einer Steigerung von 14,8 Prozent im Vergleich zu 2023 entspricht. Laut Flughafen-Chef Ralf Schmid könnte Ende 2025 die 3,5 Millionen-Grenze erreicht werden.

### Memmingen

„Was uns auszeichnet und auch ein Stück krisensicher macht, ist unser Mix aus Flugzielen und Kunden“, so Schmid. Denn neben klassischen Urlaubszielen bedienen der Flughafen Memmingen vor allem in Ost-Europa eine stattliche Anzahl von Destinationen, die insbesondere von Arbeitspendlern, Freunden und Verwandten genutzt werden. „Gerade für Vertreter von Pflegeberufen, Hotellerie und Gastronomie, die in Deutschland dringend gebraucht werden“, so Schmid, „sind wir ein ganz wichtiges Bindeglied zwischen Heimat und Arbeitsplatz.“

Insgesamt fanden über 31.000 Flugbewegungen statt, was einem Plus von 7,8 Prozent entspricht. Linienflüge, die mit einer Steigerung von 15 Prozent überproportional gewachsen sind, tragen den Löwenanteil. Aber auch der Bereich der Business Jets, deren Vorteile insbesondere die heimische Wirtschaft zu schätzen weiß, entwickelt sich kontinuierlich. „Gerade die mittelständisch geprägten Unternehmen unserer Region, die weltweit aktiv und erfolgreich sind, benötigen schnelle Verbindungen, die wir im Bereich Business Aviation bieten“, betont Schmid.

den-Württemberg, Hessen oder Thüringen genauso schwierig wie in Bayern. Überall wird versucht, an Lösungen zu arbeiten. Nicht zuletzt, was die Problematik des mangelnden Sprachverständnisses vieler Busfahrer betrifft. In etlichen Regionen ist es für blinde Menschen ein Problem, dass sie den Busfahrer oft nicht mehr fragen können, um welche Linie es sich handelt. Die Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH bietet nicht zuletzt deshalb eine Dynamische Fahrgastinformation an. Über einen Anforderungstaster erfahren Blinde und Sehbehinderte, welcher Bus wann genau als Nächstes kommt.

An mehr Technik wird vermutlich kein Weg vorbeigehen, meint auch Günter Winter von den Stadtwerken in Straubing. Hier ist man gerade dabei, einfach zu bedienende Ticketautomaten direkt in die Fahrzeuge zu integrieren. Jeder Fahrgast soll damit das optimale Ticket erhalten. Der Busfahrer wird vom Ticketverkauf entlastet.

Allerdings kann man am Automaten nicht mehr cash bezahlen. Was für Bürger, die sich gegen die Gefahr einer schleichenen Abschaffung des Bargelds einsetzen, als großer Nachteil angesehen wird. Prinzipiell, das sieht auch Günter Winter so, ist es von Nachteil, dass Technik, bedingt durch Personalangel, Zeit- und Ressourcenknappheit, mehr und mehr den Menschen ersetzt.

Pat Christ

### TTZ Landsberg am Lech:

## Weitere 1,2 Mio. Euro-Förderung für NeMo.bil

Forscher der Technischen Hochschule Augsburg optimieren die autonomen Fahrfunktionen der NeMo.bil-Fahrzeuge in puncto Sicherheit und Zuverlässigkeit. Geplant sind Testfahrten mit Sicherheitsfahrern auf öffentlichen Straßen.

Im bundesweiten Forschungsprojekt NeMo.bil wird ein innovatives, schwarmfähiges Mobilitätssystem konzipiert, das als Leuchtturm für ganz Deutschland eine neue Form des nachhaltigen und bedarfsgerechten Personen- und Gütertransports im ländlichen Raum ermöglichen soll. Entwickelt werden hierzu innovative elektrische Fahrzeuge, die miteinander vernetzt sind und die Mobilitätsdienste On-Demand erbringen.



Ein Prototyp der automatisierten Shuttle-Fahrzeuge aus dem Projekt NeMo.bil. Bild: Jessica Hövelborn/THA

Die Fahrzeuge sind klein, kompakt, sehr leicht und autonom. Aneinandergekoppelt sollen die selbstfahrenden Leichtbaufahrzeuge Konvoi-Fahrten insbesondere auf der ersten und der letzten Meile im individuellen öffentlichen Nahverkehr ermöglichen. Dabei werden Segmente des Individualverkehrs mit Segmenten des öffentlichen Nahverkehrs verknüpft.

Initiiert wurde NeMo.bil von der Initiative Neue Mobilität Paderborn (NeMo). Das Projektkonsortium umfasst 20 Partner aus Industrie und Wissenschaft. Darunter sind Forschende der Technischen Hochschule Augsburg (THA) vom Technologietransferzentrum (TTZ) Data Science und Autonomes System in Landsberg am Lech. Ihr Part ist bei NeMo.bil die fahrtechnische Automatisierung. Dabei wird das autonome Fahren der Leichtbaufahrzeuge weiterentwickelt, insbesondere der Koppel- und Entkoppelprozess sowie die Konvoi-Fahrten.

### Optimierungsprozesse

Durch die aktuell bewilligte Fördersumme soll die Sicherheit und Zuverlässigkeit der autonomen Fahrfunktionen nun unter realen Bedingungen optimiert werden. Bislang erfolgten die Testfahrten im ADAC Testzentrum Mobilität in Penzing in enger Kooperation zwischen der THA, dem ADAC e.V. und der INYO Mobility GmbH.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz fördert das Projekt NeMo.bil mit einem Volumen von 30 Millionen Euro seit Juli 2023 bis Juni 2026. Die TH Augsburg ist im Projekt NeMo.bil bislang mit rund 1,2 Millionen Euro beteiligt und erhält vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz nun eine Aufstockung der Fördergelder um

224 Ziele in 66 Ländern. Nicht weniger als 96 Fluggesellschaften flogen den Airport regelmäßig an, davon fünf reine Frachtfluggesellschaften. Positiv entwickelte sich 2024 auch das Luftfrachtaufkommen, das um elf Prozent auf gut 308.000 Tonnen stieg. Für Jost Lammers, Vorsitzender der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH, unterstreichen diese Zahlen „die Bedeutung des Münchner Drehkreuzes für Wirtschaft und Bevölkerung des Freistaates Bayern und weit darüber hinaus.“ DK

weitere rund 1,2 Millionen Euro.

„Wir freuen uns sehr über die zusätzlichen Mittel, denn diese werden es uns ermöglichen, autonome Testfahrten mit Sicherheitsfahrern vorzunehmen. Dies wird im Rahmen einer Erprobungsge-nehmigung vom Kraftfahrtbundesamt auf öffentlichen Straßen und damit sozusagen im Realla-bor erfolgen. Wir testen dabei, inwiefern Edge-Cases bewältigt werden können, also Szenarien, die unter ungewöhnlichen, oft extremen Bedingungen im öffentlichen Verkehr auftreten. Auf diese Weise werden wir wertvolle Daten für die autonomen NeMo.bil-Leichtbaufahrzeuge sammeln, um sie zunehmend sicherer und zuverlässiger zu machen“, sagt Prof. Dr.-Ing. Carsten Markgraf, wissenschaftlicher Leiter im Bereich Autonome Systeme am TTZ in Landsberg am Lech.

### TTZ Landsberg am Lech wird zur Reallabor für autonomes Fahren

Im Unterschied zu konventionellen Lösungen wird im Forschungsprojekt NeMo.bil ein systemischer Ansatz für die Neue Mobilität verfolgt: Automatisierte kleinere Fahrzeuge (Cab), die die ersten und letzten Meilen bedienen, vereinen sich auf längeren Strecken zu einem Konvoi, der von einem größeren automatisierten Fahrzeug (Pro) gezogen wird. Die Cabs werden maximal 450 Kilogramm plus Batterie wiegen und Platz für bis zu vier Personen bieten. Die Pros dienen als mobile Ladesäule und ermöglichen im Konvoi höhere Reichweiten und Geschwindigkeiten. Durch die Kombination der beiden Fahrzeuge erreicht das Gesamtsystem eine bisher unerreichbare energetische Effizienz.

### Testfahrten im Sommer

Im öffentlichen Straßenverkehr werden die Forscher der THA voraussichtlich im Sommer zunächst auf den Straßen in und um Augsburg die technischen Anforderungen der Prototypen der automatisierten Shuttle-Fahrzeuge testen. So werden beispielsweise auf Testfahrten mittels Kamera und Sensoren Daten erhoben und ausgewertet. Geprüft wird, inwiefern die Fahrzeuge auf die jeweiligen Gefahrensituationen im Straßenverkehr reagieren, etwa auf das Verhalten anderer Verkehrsteilnehmer wie Fußgänger, Radfahrer oder andere Autos oder auf die Beschaffenheit der Straße, u.a. Kurven, Randsteine oder Schlaglöcher und auf Verkehrsschilder. Im zweiten Schritt werden Bereiche in Paderborn und Landsberg am Lech ergänzt.

„Die Shuttle-Fahrten sollen eine innovative und vor allem sichere und zuverlässige Mobilitätslösung insbesondere für die Herausforderungen der ersten und der letzten Meile im individuellen öffentlichen Nahverkehr ermöglichen“, so Markgraf. Denn diese bestehen darin, dass oftmals der Weg bis zur Haltestelle zu weit oder die Fahrzeiten nicht passend sind, sodass die Strecke anstelle mit dem öffentlichen Nahverkehr mit dem privaten Pkw zurückgelegt wird. Für Menschen ohne Führerschein und für mobilitätseingeschränkte Personen soll NeMo.bil ebenfalls ein komfortables Mobilitätsangebot bieten: Sie könnten jederzeit für ihre Wege die für sie passgenaueste Fahrt von Tür zu Tür wählen. □

Stadttrat und Kreistag geben „grünes Licht“:

## Stadt und Landkreis Landshut treten 2026 dem MVV bei

Der Münchner Verkehrsverbund (MVV) wird nach Niederbayern erweitert: Stadt und Landkreis Landshut treten zum 1. Januar 2026 dem MVV bei. Nachdem der Kreistag bereits mit breiter Mehrheit seine Zustimmung erteilt hatte, gab auch der Landshuter Stadttrat bei nur einer Gegenstimme „grünes Licht“. Die Nutzung von Bus und Bahn wird dadurch sehr viel fahrgastfreundlicher, unter anderem durch einen gemeinsamen Tarif und eine übergreifende Fahrplanauskunft. Ende des vergangenen Jahres hatte bereits der Landkreis Garmisch-Partenkirchen den MVV-Beitritt ebenfalls zum 1. Januar 2026 beschlossen, seit Anfang dieses Jahres sind auch die Landkreise Landsberg am Lech und Weilheim-Schongau im MVV.

Mit dem Beitritt von Stadt und Landkreis Landshut wächst das MVV-Gebiet auf über 12.000 Quadratkilometer und bedient insgesamt mehr als vier Millionen Menschen – das entspricht etwa einem Drittel der bayerischen Bevölkerung. Mit der Erweiterung um Stadt und Landkreis Landshut kommen insgesamt 35 Gemeinden (Buch am Erlbach ist bereits im MVV), 10 Bahnhöfe und über 1.000 Bushaltestellen zum MVV dazu.

### Positives Signal

Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter bezieht die Beschlüsse von Stadttrat und Kreistag als positives Signal. „Für die Fahrgäste verspricht das nur Vorteile: Sie profitieren von einheitlichen und meist auch günstigeren Ticketpreisen, abgestimmten Fahrplänen und einheitlichen Fahrgastinformationen. Das erleichtert den Zugang zum ÖPNV ungemein. Von Seiten des Freistaats unterstützen wir die Kommunen deshalb auf ihrem Weg in flächendeckende und leistungsfähige Verkehrsverbünde und übernehmen den Großteil

der anfallenden Kosten.“ Durch die Verbunderweiterungen der vergangenen beiden Jahre seien über eine Million Menschen Teil des MVV-Gebiets geworden. „Der MVV ist eine der bundesweit leistungsstärksten Verkehrsorganisationen und macht den ÖPNV noch attraktiver.“

### Meilenstein des ÖPNV

Peter Dreier, Landrat des Landkreises Landshut, und Landshuts Oberbürgermeister Alexander Putz betrachten den MVV-Beitritt als „Meilenstein in der Entwicklung des ÖPNV in unserer Region“. Dass sowohl der Kreistag als auch der Stadttrat mit jeweils überwältigenden Mehrheiten dem Beitritt zugestimmt haben, sei sehr erfreulich und Ausdruck der hohen Erwartungen, die beide Gremien an diesen Schritt knüpfen. „Fahrgäste profitieren nicht nur von einer anderen, zumeist günstigeren und übersichtlicheren Tarifstruktur – auch im Hinblick auf eine zukunftsorientierte Entwicklung des Nahverkehrsplans ist es unerlässlich, Synergien zu schaffen und sich starke Partner ins Boot zu holen“, betont Landrat Dreier.

## Entscheider im Dialog

Bayerns Verkehrsminister und die AGFK Bayern im Austausch beim „Fachgespräch Radverkehr“

Wie steht es aktuell um die Radverkehrsförderung in Bayern? Dieser Frage wurde im Fachgespräch der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V. (AGFK Bayern) mit dem Schirmherrn des Vereins, Verkehrsminister Christian Bernreiter, sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung der AGFK-Mitgliedskommunen nachgegangen. Zu dem politischen Ereignis im Rahmen der Messe f.re.e in München kamen rund 70 Gäste.

Beim letzten Fachgespräch im Herbst 2023 – kurz vor der Landtagswahl – hatte die AGFK Bayern einen 18-Punkte-Forderungskatalog an das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (StMB) übergeben. Seitdem hat sich viel für den Radverkehr in Bayern getan – im diesjährigen Fachgespräch wurden schwerpunktmäßig das Bayerische Radgesetz und die damit verbundenen Aktivitäten in der Radverkehrsförderung diskutiert.



Christian Bernreiter.

Bild: AGFK Bayern/Tobias Hase

In seiner Begrüßungsansprache dankte der Vorsitzende der AGFK Bayern, Landrat Robert Niedergesäß, zunächst dem StMB für die finanzielle Unterstützung und die gute Zusammenarbeit und erklärte: „Die AGFK Bayern ist ein wertvolles Bindeglied zwischen Kommunen und dem Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr. Gemeinsam begleiten wir über 140 bayerische Städte, Gemeinden und Landkreise auf dem Weg zu

mehr fahrradfreundlichkeit. Wir freuen uns, dass wir diese erfolgreiche Zusammenarbeit auch in Zukunft fortsetzen können.“

Staatsminister Bernreiter dankte sich wiederum bei der AGFK Bayern: „Als Schirmherr der AGFK Bayern schätze ich die umfangreiche Expertise und enge Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft. Sie ist unser wichtigster Partner für die Förderung des Radverkehrs in Bayern. Gemeinsam setzen wir uns für eine nachhaltige Mobilität ein, um die Lebensqualität in unseren Regionen zu steigern.“

Unter der Moderation von Christina Wolf vom Bayerischen Rundfunk startete anschließend die Fragerunde.

### Bayerisches Radgesetz

Am 1. August 2023 trat das Bayerische Radgesetz (BayRadG) in Kraft, ein Bekenntnis des Freistaates Bayern zur Radverkehrsförderung. „Was wurde bisher konkret erreicht?“, lautete die Frage an den Verkehrsminister. „Das Bayerische Radgesetz schafft einen verlässlichen Rahmen für den Ausbau des Radverkehrs. Der Freistaat hat in den letzten fünf Jahren über 200 Millionen Euro in den Radwegebau an Bundes- und Staatsstraßen investiert. Insgesamt wollen wir gemeinsam mit den Kommunen bis 2030 1.500 Kilometer neue Radwege schaffen. Wir liegen voll auf Kurs: 2023 wurden so 245 Kilometer neue Radwege in Bayern gebaut oder geför-

Münchner Verkehrsverbund  
Ein Netz. Alle Möglichkeiten.



Stand: Februar 2025

● MVV-Verbindungsraum seit 2025  
● MVV-Erweiterungsgebiet ab Anfang 2026  
● geplante MVV-Erweiterungsgebiete

Grafik: MVV GmbH

OB Putz hebt ebenfalls den in den meisten Fällen erheblichen Preisvorteil für die Kunden hervor, den der Beitritt mit sich bringt: „Der MVV bietet zum Beispiel auch preiswerte Tageskarten für Singles und Gruppen – und ein 365-Euro-Ticket für Schüler und Auszubildende, mit dem man 12 Monate lang auf allen Linien im gesamten MVV-Netz für einen Euro am Tag unterwegs sein kann.“ Darüber hinaus sieht der Oberbürgermeister in der modernen MVV-App und dem darin integrierten neuen Angebot „MVVswipe“ einen erheblichen Mehrwert für die ÖPNV-Kunden in der Region. „Dieses System ist sehr einfach zu bedienen, erleichtert die Nutzung von Bus und Bahn spürbar und könnte deshalb ein weiterer Anreiz zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel sein.“

### Vorzüge der MVV-App

MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch, der sich über den Beitritt von Stadt und Land-

kreis Landshut sehr freut, empfiehlt allen Fahrgästen eben jene MVV-App und erklärt deren Vorzüge für die Kunden: „Einmal auf dem Handy installiert, muss sich niemand mehr mit Zonen und der Suche nach dem richtigen Ticket befassen. Sie geben nur Start und Ziel ein, dann werden die Verbindungen angezeigt. Sie können direkt ihre Fahrkarte kaufen, sehen immer die aktuellen Fahrpläne in Echtzeit, also ob Ihr Bus oder die Bahn unterwegs sind – und, ganz neu: MVVswipe! Da brauchen Sie noch nicht mal mehr die Haltestellen eingeben, sondern wischen einfach nur nach rechts beim Einsteigen und wenn Sie aussteigen wieder nach links, anschließend errechnet das System immer den günstigsten Tarif. Einfacher geht's kaum.“ Mit dem Beitritt zum 1. Januar 2026 löst der MVV-Tarif in der Region Landshut die bisher gültigen Tarife ab. Viele Fahrten werden dadurch günstiger.

le Radverkehr die bayerischen Kommunen bei ihren herausgehobenen Radverkehrsprojekten und steht für fachliche Fragen zur Verfügung. Auch die Staatlichen Bauämter wurden im Bereich Radwegebau mit rund 20 Stellen personell verstärkt: In Freising und Nürnberg haben wir sogar eigene Abteilungen für den „Radwegebau“ eingerichtet.“

Wie kann das Personal für Kommunen besser im Bereich Radverkehr ausgebildet werden? Landrat Niedergesäß erklärte: „Neben einem speziellen Qualifizierungsprogramm wäre die Einrichtung eines Lehrstuhls Radverkehr an unseren bayerischen Universitäten wünschenswert, um bereits in der Ausbildung den Nachwuchs an Planerinnen und Planern sicherzustellen.“

### Gelung Einsatz von Fördermitteln

Genügend und qualifiziertes Personal ist das eine, das andere ist die finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der Radverkehrsförderung. Der Freistaat Bayern hält zahlreiche Förderprogramme für den Radverkehr bereit. „Besonders gelungen ist die Förderung von Abstellanlagen an Haltestellen und Bahnhöfen, welche vergleichsweise hoch ist, sowie die Radoffensive Klimaland Bayern. Diese beiden Programme sollten beibehalten werden“, lobt Landrat Robert Niedergesäß. Jedoch bestehen auch Herausforderungen für die Kommunen – vor allem bei der teilweise umfangreichen Antragsstellung. Hier wünschen sich die Kommunen einen leichteren Zugang zu Fördermitteln.

### Positives Fazit

Am Schluss des Fachgesprächs fasste Moderatorin Christina Wolf zusammen: „Der Frei-

Nachhaltig mobil:

## Zwölf neue Schnellladepunkte am Inntaler Autohof

Dettendorfer Energy baut leistungsstarke Ladeinfrastruktur für E-LKW Ladeinfrastruktur der schnellen Art am Inntaler Autohof in Raubling: Die Dettendorfer Energy GmbH hat einen neuen Schnellladepark für Elektrofahrzeuge eröffnet. Ab sofort stehen dort zwei 400 kW- und vier 300 kW-Ladestationen zur Verfügung, an denen jeweils zwei Fahrzeuge gleichzeitig laden können – natürlich mit 100 Prozent Ökostrom. Alle Ladepunkte sind sowohl für Elektroautos als auch für strombetriebene LKW nutzbar.

Die Geschäftsführer Georg Dettendorfer und Markus Oelsner freuen sich über die erfolgreiche Inbetriebnahme der neuen Schnellladestationen. „Künftig werden mehr und mehr E-LKW auf unseren Straßen unterwegs sein, um Güter von A nach B zu bringen“, erläutert Dettendorfer. „In Transport und Logistik ist Zeit der entscheidende Faktor – deshalb muss an zentralen Verkehrsachsen flächendeckend das Hochleistungsladen möglich sein, um unnötige Standzeiten zu vermeiden.“ Oelsner ergänzt: „Unser Ziel ist es, eine leistungsstarke Infrastruktur für klimafreundliche Mobilität zu schaffen, insbesondere für den Lieferverkehr. Der Ladepark am Inntaler Autohof ist für uns ein gelungener Startschuss für weitere Projekte.“

### Idealer Startpunkt für den Alpentransit

Der Standort eignet sich bestens für den neuen Schnellladepark. Der Inntaler Autohof liegt strategisch günstig an den stark frequentierten Autobahnen A93 und A8 – das macht ihn

zum idealen Startpunkt für den Alpentransit in Richtung Italien. E-LKW meistern mittlerweile die Strecke vom Inntal bis Südtirol ohne weitere Ladepause. So schafft der neue Schnellladepark eine Lösung für den nachhaltigen Transitverkehr über den Brenner.

Dettendorfer Energy stärkt damit die Ladeinfrastruktur insbesondere auch für lange Strecken und den regionalen Gütertransport, denn lange Ladepausen gehören mit den ultraschnellen Ladesäulen der Vergangenheit an. Gleichzeitig bietet der Autohof allen Fahrern während ihres Aufenthalts eine komfortable Rastmöglichkeit mit breitem kulinarischem Angebot.

Der Ladevorgang selbst ist denkbar einfach: Freigeschaltet werden die Ladestationen mittels Smartphone-App oder RFID-Chipkarte im Scheckkartenformat. Die Ladestationen akzeptieren dabei die Ladekarten und Apps verschiedenster Anbieter und Roaming-Partner. Ein zentrales Kreditkartenterminal ermöglicht zusätzlich das Bezahlen ohne Ladekarte. □



Eröffnung des neuen Schnellladeparks am Inntaler Autohof in Raubling, die beiden Geschäftsführer Markus Oelsner (li.) und Georg Dettendorfer (re.).

Foto: Ilona Stelz

staat ist mit der nachhaltigen und konsequenten Umsetzung des Bayerischen Radgesetzes, dem breiten Spektrum an Aufgabenfeldern und seinen vielfältigen Förderprogrammen gut aufgestellt, um den Radverkehr in Bayern weiter zu stärken.“ Dies könne aber nur gemeinsam mit weiterhin engagierten Kommunen wie den AGFK-Mitgliedern gelingen, die sich auf den Weg gemacht haben, den Radverkehr nachhaltig voranzubringen. Die AGFK Bayern sei hierbei eine wichtige Akteurin, Impulsgeberin und langjährige Verbündete, die den bayerischen Kommunen und Landkreisen engagiert und beratend

zur Seite steht. Die Aussichten für den Radverkehr sind also vielversprechend.

In der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V. (AGFK Bayern) haben sich derzeit 141 bayerische Städte, Gemeinden und Landkreise, in welchen über die Hälfte der bayerischen Bevölkerung lebt, mit dem Ziel zusammengeschlossen, gemeinsam den Radverkehr zu fördern, Erfahrungen auszutauschen und Synergieeffekte zu nutzen. Die AGFK Bayern vertritt die Interessen ihrer Mitglieder im Radverkehrsbereich u.a. in der Landes- und Bundespolitik und bei kommunalen Spitzenverbänden. □



V. li.: Moderatorin Christina Wolf, Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter und Landrat Robert Niedergesäß, Landkreis Ebersberg, Vorsitzender der AGFK Bayern.

Foto: AGFK Bayern/Tobias Hase

## Leidenschaft für Unimogs

Pfarrer Markus Lettner hat zwei und setzt sie für die Pfarrarbeit ein

Dass auch Priester das eine oder andere Hobby in ihrer Freizeit pflegen, ist nichts Ungewöhnliches. Nicht alltäglich ist jedoch das Steckenpferd von Pfarrer Markus Lettner (51) in Hohenfels: Er besitzt zwei Unimogs und hat einige dieser Fahrzeuge von der Pike auf restauriert. Seine Gefährten kommen regelmäßig bei der Pflege des Kirchwaldes und für andere Zwecke zum Einsatz.

Konkret sind das ein Unimog 421 (Baujahr 1981, 52 PS) und ein Unimog 406 (Baujahr 1983, 84 PS). „Bei Waldarbeiten sind beide im Einsatz. Der 421er ist mit einem Frontlader ausgestattet, der 406er mit einer 10-Tonnen-Seilwinde. Beide können mit einem Anhänger ergänzt werden“, beschreibt der Seelsorger die technische Ausrüstung.

### Frühe Prägung

Aber wie kam es zum Unimog-Faible? Lettner stammt aus Kappelrodeck im Ortenaukreis in Baden-Württemberg und ist auf

einem Weingut aufgewachsen. „Mein Vater war nach dem Krieg der erste Winzer mit einem Unimog. Der Unimog war und ist eines der wichtigsten Maschinen“, erläutert der Priester. Auch die Nähe zu Gaggenau spielte eine Rolle. Denn im dortigen Mercedes-Werk wurde von 1951 bis 2002 der Unimog produziert. „Ich bin mit den Unimogs von Kindesbeinen an aufgewachsen. Sobald die Füße lang genug waren, um die Kupplung zu treten, bin ich mit dem Unimog gefahren“, bekennt der Unimog-Fan. Einfache Dinge erledigte er damals bereits. Vor allem der universelle

und flexible Einsatz – „Unimog“ steht ja für „Universal-Motor-Gerät“ – begeistert ihn bis heute. In Pfarrer Lettners Jugendjahren war ein 411er Unimog (32 PS, gebaut von August 1956 bis Oktober 1974) auf dem Betrieb.

Zum Priesterberuf kam Lettner über Umwege. Indirekt mit dem Unimog in Verbindung zu bringen ist seine frühere Tätigkeit als Bauleiter im Tiefbau. Nach der Priesterweihe und den Kaplanjahren war er Direktor der Diözesanstelle für Berufungspastoral und Präfekt im Bischöflichen Priesterseminar. Danach ging es zurück in die Seelsorge, in die Pfarrei St. Ägidius Hainsacker. Hier erwachte wieder sein Unimog-Interesse, als er ca. 2015 einen schrottreifen Unimog billig erwerben konnte. Diesen zerlegte er mit Freunden in alle Einzelteile, so dass das Fahrzeug über einen Zeitraum

worden. Für den 30 Hektar großen Bestattungswald wurden keine Bäume gefällt, sondern - im Gegenteil - aufgebaut. Der Kern dieses besonderen Bestattungswaldes sei ein reich gemischter Bestand von jungen Ahornen bis zu 250 Jahre alten Eichen, die eine letzte Ruhestätte in inniger Harmonie mit der Natur umrahmen und immer ein Sehnsuchtsort ihrer Familie gewesen seien.

### Zwei Welten

„An den Waldändern öffnet sich nun der Blick in die Weite, auf das geschäftige Treiben des Lebens, das in stillem Kontrast zur Ruhe des Waldes steht“, heißt es auf der Homepage. Somit verbindet die Waldruh Kronwinkl zwei Welten: die Vergänglichkeit des Irdischen und die zeitlose Schönheit der Natur. **DK**

Schöpfung aufatmen und gedeihen kann.“

### Blühpakt-Allianz

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern ist 2021 der Blühpakt-Allianz beigetreten. In den zurückliegenden drei Jahren der Zusammenarbeit wurden mit den Projekten „Unsere Zukunft blüht auf“ und „Gottes Garten. Artenvielfalt auf kirchlichen und diakonischen Flächen“ in mehreren Kirchengemeinden Flächen naturnah gestaltet und so neue Lebensräume für Insekten geschaffen. Ein Beispiel hierfür ist der umgestaltete Vorplatz der Jesuskirche der Kirchengemeinde Haar. Das Umweltministerium hat die Projekte direkt mit insgesamt 45.000 Euro oder über die Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinie gefördert.

### Reduzierung künstlicher Beleuchtung

Im Rahmen des Blühpakts wird sich die Landeskirche nun auch für die Reduzierung künstlicher Beleuchtung einsetzen. Über ihre Medien wird sie regelmäßig bei ihren Mitgliedern für Maßnahmen zum Schutz heimischer Insekten werben. Das Umweltministerium wird beim Projekt „Gottes Garten“ die naturnahe und insektenfreundliche Umgestaltung kirchlicher und diakonischer Flächen auch zukünftig mit 500 Euro bei der Erstberatung und mit 1.000 Euro bei der Umsetzung fördern.

Die Allianz-Partner unterstützen die Ziele des Blühpakts und engagieren sich aktiv für mehr Arten- und Insektenvielfalt. Auch die Vermittlung und Weiterverbreitung von Umweltwissen und -bewusstsein bei den Mitgliedern gehört dazu.

Informationen zum Blühpakt Bayern sind verfügbar unter [www.bluepakt.bayern.de](http://www.bluepakt.bayern.de). **□**

von drei Jahren komplett restauriert wurde. „Seit etwa zehn Jahren restauriere ich in meiner Freizeit alte Unimogs. Ersatzteile sind heute über das Internet gut zu bekommen“, schildert Pfarrer Lettner. Fünf Unimogs hat er inzwischen restauriert. Wichtig ist, nicht unter Zeitdruck zu stehen, das Restaurieren als Hobby zu sehen, ebenso der Spaß am Tüfteln und Schrauben.

Der schrottreife und komplett restaurierte Unimog wurde für ein Landkinder-Projekt in Südafrika, das Lettner seit 15 Jahren unterstützt, versteigert. Auch der Bischof der indischen Diözese Mellore, Doraboina Moses Prakasam, der mit der Diözese Regensburg in engem Kontakt ist, bekam einen Anteil des Erlöses.

### Unimog im Einsatz für die Kirche

In Hainsacker war die Pflege des dortigen Besinnungsweges, der in 37 Stationen den Spuren des Heiligen Franz von Assisi folgt, ein Einsatzbereich für den Unimog. Denn viele Flurdenkmäler, Feld- und Wegkreuze, Kunstwerke, Skulpturen und Grenzsteine bedürfen der Pflege. Da ist der Unimog das ideale Fahrzeug bzw. Gerät, um diese Dinge aufzuladen und zu transportieren.

In Hainsacker wie jetzt in Hohenfels sind auch die Pflege des Pfarrgartens und besonders die Arbeiten im Kirchenwald (Pfarrei St. Ulrich Hohenfels: ca. 40 Hektar) prädestinierte Bereiche für die Unimogs. „Ich bin fast jede Woche draußen“, betont Lettner. Dann gilt es, Stämme aus



Pfarrer Markus Lettner und sein Unimog 406

Bild: Markus Bauer

dem Wald zu schaffen – vor allem in Steillagen, Brennholz zu machen oder Schadholz (durch Borkenkäfer) herauszunehmen. Mit der regional tätigen Försterin ist er ebenso in Kontakt wie mit der Waldbesitzervereinigung Parsberg. „Es herrscht eine rege und gute Zusammenarbeit, wir unterstützen uns gegenseitig. Mir geht es auch darum, den Forst im Sinne einer ökologischen und nachhaltigen Weise zu unterstützen“, erklärt der Pfarrer. Aber auch die Müllentsorgung gehört zu den Aufgaben, wo ihn die Ministranten tatkräftig unterstützen. Und die Reparatur und Pflege von Feldkreuzen und ähnlichen Gegenständen. Gerne stellt er die Unimogs für Transporte in der Pfarrei, also für Vereine und Gruppen, zur Verfügung. Zum Beispiel für das Hereinziehen des Kirtabaumes, wenn der Burschenverein den Kirta organisiert. „Damit ist der Pfarrer kein Fremder, sondern einer von uns. Nicht

der Oberaufseher, sondern der Hirte, der mit ihnen lebt, Freude und Leid teilt“, beschreibt Pfarrer Lettner den pastoralen Aspekt. Auch der Kommune stellt er die Unimogs etwa beim Transport von Ruhebänken zur Verfügung.

Natürlich nimmt Pfarrer Lettner an Oldtimer-Treffen teil oder besucht Unimog-Freunde. Mitglied ist er beim Stammtisch „Alte Gsanglreisser und die Oldtimerfreunde“ Buchenlohe. Bei schönem Wetter fährt er schon mal mit dem 421er-Cabrio-Unimog zu pastoralen Terminen.

Durch Kontakte aus dem Freundeskreis ergeben sich ab und zu Probefahrten mit aktuellen Unimogs, den 300er konnte er mal testweise fahren. Doch Pfarrer Lettner reichten seine zwei. Aber natürlich freut er sich über weitere, die in der Pfarr- und politischen Gemeinde Hohenfels noch unterwegs sind oder vielleicht auch in Scheunen stehen.

**Markus Bauer**

## Waldfriedhof „Waldruh“ in Kronwinkl eröffnet

Bei seiner offiziellen Einweihung präsentierte sich der neue Waldfriedhof Waldruh Kronwinkl von seiner schönsten Seite. Eingebettet in die östliche Hangleite unweit des historischen Schlosses Kronwinkl in unmittelbarer Nähe zu Landshut, stellt der Friedhof ein weiteres Aushängeschild der Gemeinde Echting dar.

Aus Sicht von Bürgermeister Max Kofler ist der Waldfriedhof Waldruh „genau das, was hier noch gefehlt hat“. Das äußerst naturnahe Konzept ergänze das bereits vorhandene Angebot optimal. Kofler zufolge soll der Waldfriedhof ein Ort der Trauer, Begegnung und Hoffnung werden. Altbürgermeister Andreas Held sprach von einer „wunderschönen Anlage“ und genoss ebenso wie die zahlreichen Gäste den

unvergleichlichen Blick über das Isartal.

Eigentümer Caspar Graf von Preysing sprach von einem „bedeutenden Tag für uns, für die Region und vor allem für all jene, die hier eines Tages ihre letzte Ruhe finden werden“. Wie seine Ehefrau und Leiterin des neuen Friedhofs, Marie-Therese Gräfin von Preysing, feststellte, sei die Waldruh Kronwinkl mit großem Respekt vor der Natur erschaffen

Glauber: Vorbildlicher Insektenschutz auf kirchlichen Flächen

## Blühpakt-Allianz mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern erneuert

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern ist für weitere drei Jahre Mitglied im Blühpakt Bayern. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber und der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Christian Kopp, haben die erfolgreiche Partnerschaft erneuert.

Glauber betonte bei der Unterzeichnung der Charta in der Jesuskirche in Haar: „Die Evangelisch-Lutherische Kirche ist ein starker Partner in der Blühpakt-Allianz. Ich freue mich, dass wir diese erfolgreiche Partnerschaft für weitere drei Jahre verlängern. Bei Pfarrhäusern, Seniorenzentren, Kindergärten und Friedhöfen gibt es unzählige Flächen, die zu neuen Lebensräumen für Insekten umgestaltet werden können. Die Landeskirche hat sich hier in den vergangenen Jahren erfolgreich engagiert und Kirchengemeinden motiviert, artenarme Flä-

chen in blütenreiche, hochwertige Insektenlebensräume umzugestalten. Dafür gilt unser aller Dank.“

### Verantwortung für Ökosysteme

Landesbischof Christian Kopp betonte bei der Unterzeichnung, wie wichtig es sei, für weitere drei Jahre gemeinsam für den Erhalt unserer Ökosysteme Verantwortung zu übernehmen: „Die Blühpakt-Allianz ist ein ermutigendes Zeichen dafür. Ich danke allen Beteiligten für ihr Engagement. Sie tragen dazu bei, dass unsere wunderschöne



## 365 TAGE VOLLER TATENDRANG.

**Maximale Auslastung im Ganzjahreseinsatz mit dem Unimog Geräteträger.** Mit dem Unimog lassen sich kommunale Arbeiten zuverlässig und schnell erledigen. Seine Vielseitigkeit sorgt für hohe Auslastung und Wirtschaftlichkeit. Ob Straßenunterhaltung, Reinigung oder Transport, der Geräteträger ist dank standardisierter Schnittstellen für eine Vielzahl von Geräten einsetzbar.



Weitere Informationen unter:  
[special.mercedes-benz-trucks.com/unimog-kommunal](http://special.mercedes-benz-trucks.com/unimog-kommunal)  
Ihren Unimog Händler oder Servicepartner  
in der Nähe finden Sie unter:  
[special.mercedes-benz-trucks.com/partnersuche](http://special.mercedes-benz-trucks.com/partnersuche)

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



**Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG**, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

**Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG**, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

**Henne Nutzfahrzeuge GmbH**, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, E-Mail: [heimstetten@henne-unimog.de](mailto:heimstetten@henne-unimog.de), [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

**Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG**, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

**KLMV GmbH**, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, E-Mail: [verkauf@klmv.de](mailto:verkauf@klmv.de), [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

**Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge**, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

Forstministerin Michaela Kaniber zur Entscheidung des EU-Parlaments:

### „Das ist Bürokratie mit Ansage“

Bayern hat kein Entwaldungsproblem

München. Die Entscheidung des EU-Parlaments zur EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) kritisierte Bayerns Forstministerin Michaela Kaniber scharf: „Dass dieses Bürokratie-Ungetüm nicht entschärft wurde, ist eine bittere Nachricht für unsere Waldbesitzer und unsere Wirtschaft. In Bayern gibt es keine Entwaldungsprobleme.“

Wir müssen entlasten und nicht neue Belastungen draufsetzen. Wirklich nur noch den Kopf schütteln kann ich über die Aussage, dass die EU jetzt allen Betrieben ein kompliziertes und vollkommen unnötiges System aufhält, um es dann 2028 doch noch mal zu überdenken. Das ist Bürokratie mit Ansage.“

Leider hatten sich die EU-Kommission, die Mitgliedstaaten und das EU-Parlament im vorausgegangenen Trilog lediglich auf eine zeitliche Verschiebung und nicht auf die Einführung einer Null-Risiko-Kategorie in der EUDR geeinigt. **□**

## GZ ZU GAST BEI ...

### Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete als Bürgermeisterin die Gemeinde Bodenkirchen im Landkreis Landshut mit rund 5.400 Einwohnern.

### Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Seit 01. Mai 2008 setze ich mich als hauptamtliche Bürgermeisterin für die Gemeinde und die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ein.

### Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Als gelernte Industriekaufrau war ich vor Amtsantritt in einem Metallbaubetrieb beschäftigt. Diesen Beruf übe ich als Bürgermeisterin nun nicht mehr aus, kann jedoch das Wissen und die Erfahrung im täglichen Alltag der Gemeinde sehr gut einsetzen.



## Monika Maier

Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Bodenkirchen

### Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Mein persönlicher Anreiz war die Freude am direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern und das Anliegen etwas für die Menschen zu bewegen. Ebenso hatte ich den Wunsch, Verantwortung für das Wohl der Gemeinschaft zu übernehmen und zur positiven Entwicklung der Gemeinde beizutragen.

### Wie haben Sie sich vorbereitet?

Das Amt erfordert sowohl Wissen, das ich mir über Seminare angeeignet habe, als auch praktische Erfahrung. Durch meine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit im Elternbeirat und Förderverein der örtlichen Schule war ich stets nah an verschiedenen Themen dran.

### Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Die Herausforderungen lagen darin, sich in

die verschiedenen Bereiche der Kommunalverwaltung einzuarbeiten und eine gute konstruktive, vertrauensvolle Basis im Gemeinderat herzustellen.

### Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Der Bau einer Flüchtlingsunterkunft (GU), bei dem man nun einen Kompromiss mit dem Investor, der Regierung und dem Landratsamt gefunden hat.

### Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Ich werde mich noch mit der medizinischen Versorgung (Kreiskrankenhaus Vilsbiburg, Hausarzt), der Kinderbetreuung (Krippe) sowie einer Senioren-Tagespflege in unserer Gemeinde auseinandersetzen.

### Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Mein Ratschlag ist: Sei nahbar und präsent für die Menschen der Gemeinde. Höre gut zu und nimm die Anliegen der Bürger ernst.

### Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Indem Versammlungen, Infoveranstaltungen, Projektgruppen, Fragebogenaktionen, Beiratsitzungen oder online-Abfragen stattfinden, je nach Format.

### Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird einen erheblichen Anteil haben und viele Bereiche grundlegend verändern. Neben der Verwaltungsmodernisierung bietet die Digitalisierung ein enormes Potenzial, Kommunalpolitik effizienter, transparenter und bürgernäher zu gestalten.

### Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Mit Menschen – für Menschen“ – dieses Lebensmotto begleitet mich seit fast 17 Jahren tagtäglich in meiner Amtszeit.

### Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Ich würde gerne als eine engagierte Bürgermeisterin mit einer sozialen Einstellung, die stets den Zusammenhalt förderte, in Erinnerung bleiben. □

## Inklusionspreise des Bezirks Unterfranken:

# Sinnstiftende Teilhabe für Menschen mit Handicap

Bereits zum zehnten Mal verlieh der Bezirk Unterfranken den mit insgesamt 12.500 Euro dotierten Inklusionspreis. Ausgezeichnet wurden fünf Projekte in den Kategorien Wohnen, Kultur/Natur/Umwelt, Bildung und Erziehung, Arbeit, sowie Freizeit und Sport. Darüber hinaus verlieh Bezirkstagspräsident Stefan Funk einen Sonderpreis an die Kommunikationsinitiative der Gemeinde Kollitzheim.

Im Rahmen des während der Corona-Zeit entstandenen Projekts „Inklusive Teilhabe im Blindeninstitut Würzburg“ wird eine Vielzahl an Aufgaben wahrgenommen, wie unter anderem Einzelbegleitungen, Gruppenangebote, kulturelle Veranstaltungen, Feste, Ausflüge, Begleitungen zu Gottesdiensten, Hol- und Bringdienste oder Fahrdienste. Die Angebote des Teams Freizeit und Ehrenamt umfassen hierbei unter anderem Aktionsgeschichten für alle Sinne, Kinobesuche mit Autodeskription, Kreativtreffs, und ein blindengerechtes Spielecafé. Für das Projekt konnten auch an Universitäten und Hochschulen Mitarbeiter

geworben werden. Viele davon fanden Freude an der Arbeit und blieben auf Dauer im Blindeninstitut. Dabei werden Einarbeitung und Weiterbildung sehr ernst genommen.

### Beschränkungen gemeinsam überwinden

Die „Inklusiven Akademien“ Würzburg und Schweinfurt im Fördernetzwerk Kunstpädagogik organisieren wöchentlich Kunstkurse in den Disziplinen Theater, Malerei, Bildhauerei, Foto und Film, Objektkunst, Musik und Tanz. Die Teilnehmer wachsen zusammen und können Beschränkungen gemeinsam über-

winden. Dass jedes Kind bzw. jeder Jugendliche auf seine Art wertvoll ist und Inklusion bedeutet, dass Menschen mit Behinderung ihr Leben nicht an vorhandene Strukturen anpassen müssen, zeigen Projekte, die unter anderem in Kooperationen mit Schulen umgesetzt werden: Entwickeln von Theaterstücken, Tanzprojekte, Gestalten von Graffiti-Wänden, Foto- und Filmkurse.

Chormusik inklusiv erleben: Das Kooperationsprojekt der St. Martin-Schule Kitzingen feierte nun sein bereits zehnjähriges Jubiläum. Durch verschiedene Aktionen wie Schullandheimaufenthalte oder gemeinsame Auftritte sind die Teilnehmer – ob mit oder ohne Behinderung – im Laufe der Zeit zusammengewachsen. Stärken und Schwächen spielen hier keine große Rolle, wichtig ist, dass man gemeinsam etwas auf die Beine stellen kann. Berührungängste werden reduziert und das Selbstbewusstsein der Schülerinnen und Schüler aufgebaut. Auch Freundschaften über Schulgrenzen hinaus können geknüpft werden.

### Dem Leben Sinn geben

Arbeit gibt dem Leben Sinn. Darauf zielt das Projekt „AB jetzt inklusiv“ der Lebenshilfe Werkstätten Schmerlenbach ab. Menschen mit Behinderung werden an inklusive Arbeitsplätze in der Region vermittelt. Idealerweise wird das Ziel erreicht, die Menschen auf den „Ersten Arbeitsmarkt“ zu vermitteln, damit sie einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen können. Der Bezirk Unterfranken hat



V.l.: Bezirkstagspräsident Stefan Funk, Bürgermeister Horst Herbert, Gemeinde Kollitzheim, Erzieherin Andrea Huth, Offene Behindertenarbeit der Diakonie Schweinfurt, Behindertenbeauftragte Gerlinde Martin, Vorsitzende Nicole Schneider, Kommunikationsinitiative Kollitzheim, Behindertenbeauftragte Christina Feiler, Landrat Florian Töpfer, Landkreis Schweinfurt und Elke Dressel, ehem. Vorsitzende. Bild: Hiller

## OB Reiter im Internationalen Presseclub:

# Klare Worte zur Zukunft Münchens

Über die großen Herausforderungen der Landeshauptstadt sprach Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter in einem aktuellen Pressegespräch im Münchner Presseclub – und sandte deutliche Signale an andere bayerische Kommunen. Von den Auswirkungen der Hightech-Ansiedlungen über die Wohnungsnot bis hin zu Olympia 2040 und dem öffentlichen Nahverkehr – Reiter legte seine Sicht der Dinge ungeschminkt dar.

Eines der prägendsten Ereignisse der jüngeren Vergangenheit sei die große Demonstration gegen Rechts gewesen, betonte Reiter. „Die größte Demo seit dem Zweiten Weltkrieg“, nannte er die Proteste mit bis zu 350.000 Teilnehmern. Er wertet dies als klares Zeichen, dass München und Bayern keine Zusammenarbeit mit der AfD wünschen. Dabei ließ Reiter auch durchblicken, dass dies ein Signal an die CSU sei, sich klarer zu positionieren.

### Hightech-Unternehmen: Fluch und Segen zugleich

Mit OpenAI, Google, Microsoft und Intel haben sich in den letzten Jahren zahlreiche Tech-Giganten in München angesiedelt. Einerseits bringe dies wirtschaftliche Dynamik und Gewerbesteuererinnahmen, andererseits verschärfe sich dadurch die Wohnungssituation weiter.

„Wir müssen den Verdrängungswettbewerb verhindern und ausreichend bezahlbaren Wohnraum schaffen“, so Reiter. Allerdings steige die Widerstandsbereitschaft der Bürger gegen Neubauten. Die Konkurrenz mit anderen bayerischen Städten wie Ingolstadt, das als „Donau Valley“ um IT-Start-Ups wirbt, sei aus seiner Sicht keine ernsthafte Bedrohung für München. „Entscheidend ist, wo die besten Köpfe hinflocken, und das ist nach wie vor München“, so Reiter.

Angesichts steigender Kosten plant die Stadt, 1.200 unbesetzte Stellen in der Verwaltung dauerhaft zu streichen. „Wir werden nicht mehr Mitarbeiter einstellen, sondern die Abläufe effizienter machen“, betonte Reiter.

Dabei setzt er verstärkt auf Künstliche Intelligenz (KI), insbesondere in standardisierten Ver-

fahren wie Wohngeldanträgen. „Wenn wir durch KI 95 Prozent der Fälle schneller abwickeln können, ist das ein Fortschritt, selbst wenn nicht jeder Antrag zu 100 Prozent perfekt bearbeitet wird“, erklärte er pragmatisch.

### Verkehrswende: Zwischen Anspruch und Realität

Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ist für Reiter der einzige Weg zur echten Verkehrswende. Dabei äußert er deutliche Kritik an Bund und Land: „Die Verkehrswende funktioniert nicht ohne Geld. Wenn Bund und Freistaat es ernst meinen, müssen sie München und andere Kommunen massiv unterstützen.“

Der Zustand der S-Bahn sei für ihn ein besonderes Ärgernis: „Wenn die Stammstrecke der S-Bahn seit Jahrzehnten chronisch unzuverlässig ist, steigen die Leute halt auf die U-Bahn um, die ohnehin schon am Limit ist.“ Für die geplante U9-Innenstadtentlastungslinie seien Investitionen von bis zu 10 Milliarden Euro notwendig – Summen, die eine Stadt allein nicht stemmen könne.

### Olympia 2040: Ein Münchner Comeback?

Ein weiteres großes Thema: die mögliche Bewerbung Münchens für Olympia 2040. Während der Bürgerentscheid zu den Winterspielen 2018 scheiterte, glaubt Reiter an eine neue Chance für Sommerspiele.

„Unsere olympischen Sportstätten sind nach 50 Jahren noch immer in bestem Zustand. Nachhaltiger kann man keine Spiele veranstalten“, argumentiert er. Bis Mai soll ein Konzept stehen, und im Herbst könnte eine Bür-



V.l. Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter mit Dr. Uwe Brückner, Präsident des Münchner Presseclubs. Bild: TH

die Idee, Menschen mit Beeinträchtigung durch Verknüpfung von Begleitdienst und Sozialraum auf ihrem Weg zum Arbeitsplatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu helfen, von Beginn an unterstützt und sich für die Umsetzung eingesetzt. Das Projekt „AB jetzt inklusiv“ ist ein echtes Erfolgsmodell, konnten doch im Laufe der vergangenen Jahre über 50 Betriebe und Mitarbeiter zusammengebracht werden.

Im Projekt „fit4rolli e. V.“ werden Menschen ohne Behinderung in die Sportart von Menschen mit Handicap inkludiert, indem sie sich in Rollstühle setzen und ihr Talent z.B. mit dem Basketball versuchen. Ball und Rollstuhl haben in dem 27 Mitglieder umfassenden Verein eines gemeinsam: Es sind keine Hilfsmittel, sondern Sportgeräte. Das

Motto lautet: „Rollstuhlsport vereint“. Das Projekt ist wichtig für die Sensibilisierung und zum Verständnis im Umgang mit Menschen mit Behinderung.

Eine Erfolgsgeschichte stellt auch die seit 1993 bestehende „Kommunikationsinitiative Kollitzheim“ dar. Kinder und Jugendliche treffen sich alle zwei Wochen zur Gruppenstunde und einmal im Jahr wird gemeinsam mit der offenen Behindertenarbeit Schweinfurt eine fünftägige Ferienfreizeit mit Kinobesuchen, Bowling und gemeinsamen Übernachtungen im Haus Franziskus veranstaltet. Genau dieser unverkrampfte Umgang miteinander füllt die Inklusion mit Leben. Die Initiative ist eine großartige Einrichtung für den ländlichen Raum, die seit Jahrzehnten Inklusion auf Augenhöhe lebt. DK

gerbefragung über die Bewerbung entscheiden.

### Schulden und Haushalt

Die Verschuldung der Stadt könnte in den kommenden Jahren von 4 auf 10 Milliarden Euro steigen. Reiter verteidigte diesen Kurs jedoch: „Wir investieren in Schulen, öffentlichen Nahverkehr und Wohnungsbau. Das ist keine Verschwendung, sondern notwendig.“

Gleichzeitig betont er, dass die Stadt nicht unbegrenzt Kredite aufnehmen kann, da Kommunen gesetzlich dazu verpflichtet sind, Zins und Tilgung aus eigenen Mitteln zu decken. „Das ist der große Unterschied zum Bund, der einfache neue Schulden macht.“

### Fazit

Dieter Reiter bleibt seinem Stil treu: Klar, direkt und mit wenig Rücksicht auf diplomatische Formulierungen. Seine Aussagen zur Finanzpolitik, zur Wohnraumkrise und zum Verkehrsausbau haben auch Signalwirkung für andere bayerische Städte. Die Botschaft ist klar: Ohne mutige Investitionen und effizientere Verwaltungsstrukturen werden die Städte Bayerns in Zukunft kaum mehr konkurrenzfähig sein. □

## BAVERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045  
Fachblatt der KPV in Bayern  
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle  
Redaktion:  
Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst  
Anne-Marie von Hassel,  
Inge Metzger  
Telefon 08171 / 9307-11  
Ständige Mitarbeiter:  
Sebastian Franz (KPV)  
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.  
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.  
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.  
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:  
Monika Steer (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-12  
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 59 vom 01.01.2025  
Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan  
Veranstaltungen:  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-17  
Erscheinungsweise:  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)  
Jahresbezugspreis Inland:  
€ 76,10 zzgl. MwSt.  
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MwSt.  
Sammelabo ab 10 Zeitungen:  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MwSt.

Kündigung:  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag  
Verlags- und Geschäftsleitung:  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Anne-Marie von Hassel  
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
eMail: info@gemeindezeitung.de  
Internet: www.gemeindezeitung.de  
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Anne-Marie von Hassel  
Druck und Auslieferung:  
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg  
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

# Eine von ihnen gibt nun auf

Was Bürgermeisterinnen aus Bayern anlässlich des Frauentags bewegt

Oft geht es an diesem Tag um die Frage, inwieweit Chancengleichheit inzwischen erreicht ist. In den verschiedenen privaten, gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Feldern. Manchmal wird am 8. März auch die Problematik „Gewalt gegen Frauen“ in den Fokus gerückt. Wir wollten anlässlich des Internationalen Frauentags wissen: Was bewegt Bürgermeisterinnen in Bayern gerade? Was beschwert ihr Amt? Was möchten sie ändern? Und wie?

Vor allem Kommunalpolitikerinnen, geht aus unserer Recherche hervor, legen auf Familien- und Kinderfreundlichkeit in ihrer Gemeinde großen Wert. Mehr, als zum Beispiel auf den Bau von Straßen. Vor allem Kommunalpolitikerinnen leiden aber auch darunter, dass die gesellschaftlichen Spannungen derart zugenommen haben. Dass der Umgangston rauer wird. Dass die Intoleranz wächst.

Eine umfassende Reform müsste her. Damit nicht alles noch mehr danieder geht. Damit nicht noch mehr böses Blut entsteht. Das würde sich Brigitte Bachmann-Mühlinghaus (SPD), Bürgermeisterin der Gemeinde Birgland im oberpfälzischen Landkreis Amberg-Weizsach, wünschen. Wobei es fast so scheint, als würde „da oben“ der Niedergang gar nicht registriert. „Die Menschen mit ihren Problemen werden von der Politik nicht gesehen“, sagt sie. Dass sich das endlich ändert, wäre ihr größter Wunsch zum Weltfrauentag. Voraussetzung wäre, dass „die da oben“ wieder mehr Bodenhaftung bekämen.

Wissenschaftlern hatte man früher oft vorgeworfen, im Elfenbeinturm zu sitzen. Inzwischen ist der „Elfenbeinturm“ aus der Mode gekommen. Heute spricht man von der „Bubble“. Dass Bundespolitiker tatsächlich häufig in einer „Blase“ leben, erfährt Brigitte Bachmann-Mühlinghaus vor knapp zehn Jahren, als sie für den Bundestag kandidierte. Und deshalb öfter in Berlin war.

## Elitäres Benehmen

Hautnah erlebt sie damals elitäres Benehmen. Natürlich seien Bundespolitiker während des Wahlkampfes unterwegs, so die Bürgermeisterin. Was jedoch nicht bedeute, dass sie wirklich auf Tuchfühlung mit der Bevölkerung gerate: „Sie werden zum Termin hin- und danach wieder weggeführt, Gespräche mit den Bürgern finden fast nicht statt.“ So kommt es, dass am Volk vorbeiregiert wird. Aber auch an den Kommunen.

Gerade das Bürgermeisteramt ist dieser Tage alles andere als ein bequemer Posten. Davon erzählen viele Bürgermeisterinnen aus Bayern. Die Haushaltslage ist schwierig. Die Entscheidungsfindung zum Teil sehr kompliziert. Für Brigitte Bachmann-Mühlinghaus liegt dies nicht zuletzt daran, dass Gemeinderäte immer noch sehr stark männlich dominiert sind.

## Straßen sind (nicht) das Wichtigste

Die Bürgermeisterin lässt durchblicken, dass sie in den letzten Jahren durch eine harte Schule gegangen ist. Immer wieder galt es, sich unter massiven Kämpfen mit einer einzigen weiteren Frau im Gemeinderat gegenüber den männlichen Kollegen durchzusetzen. Aktuell brennt der Sozialdemokrat das Thema „Kinderbetreuung“ unter den Nägeln. Jahrelang, erzählt sie, sei der Ausbau vernachlässigt worden: „Straßen sind bei uns das Wichtigste.“

Brigitte Bachmann-Mühlinghaus würde sich eine bessere Vernetzung von Frauen und vor allem mehr Protest wünschen. „Ich sehe, wie es mit den Frauenrechten rückwärts geht“, sagt die gelernte Speditionskauffrau. Als Bürgermeisterin erlebt sie zudem, dass es immer noch massiv an Respekt gegenüber Politikerinnen mangelt. Wenig, meint sie frustriert, habe sich diesbezüglich geändert.

Okay, dann ist Feierabend! Das sagte sich Brigitte Bachmann-Mühlinghaus unlängst selbst. Sie, die seit 2014 Bürgermeisterin in Birgland ist, wird zur nächsten Kommunalwahl nicht mehr antreten: „Obwohl ich noch viele Ideen hätte.“ Doch der Frust ist zu groß. Es mache keinen Spaß mehr, ständig kämpfen zu müssen: „Und dennoch wird alles immer nur noch schlimmer.“

Es fehlt Geld für Kinderbetreuung. Es fehlt Geld für gute Pflegeangebote. Es fehlt Geld für dringend notwendige Sanierungen. Es fehlt vor Ort im Grunde Geld für alles. „Was die Kommunen anbelangt, ist es nicht mehr fünf Minuten vor zwölf Uhr, sondern eine Minute“, sagt Elke Homm-Vogel (FW), Bürgermeisterin und stv. Oberbürgermeisterin von Ansbach. Das tangiert die Menschen vor Ort. Das bringt sie auf: „Und bildet den Nährboden für eine Entwicklung, die wir alle nicht wollen und von der wir uns jahrzehntelang schützen konnten.“

## Mehrkosten durch den Bund

Dass der Bund ständig für Mehrkosten sorgt, sich aber unendlich Zeit lässt, bis das, was er refinanziert, zurück in die Kommunen fließt, bezeichnet sie vor diesem Hintergrund als „Unding“. Auch Elke Homm-Vogel attestiert der Bundespolitik ein „Abgehobensein“. Kommunalpolitikerinnen sei es gar nicht möglich, derart die Bodenhaftung zu verlieren: „Wir sind draußen, wir gehen einkaufen, wir werden angesprochen.“ Immer wieder müsse in solchen Gesprächen erklärt werden, warum etwas gerade nur so langsam vorangeht. Wenn überhaupt. Dass so vieles mangels Geld verzögert, erschwert oder verunmöglich wird, erlebt auch sie als frustrierend.

Vielleicht würde sich etwas ändern, wenn noch mehr Frauen in die Politik gehen würden, denkt die Ansbacherin. Frauen erlebt Elke Homm-Vogel tendenziell als pragmatischer. Sie sagten viel seltener als Männer: „Das geht nicht!“ Sie sähen Aufgaben: „Und nicht Probleme.“ Und packten an.

Männer, scheint es, wengleich dies natürlich nicht verallgemeinert werden darf, juckt das Ansehen, das mit einem politischen Amt verknüpft ist. Juckt die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Auch scheinen Männer stärker dazu zu neigen, kompromisslos eigene Positionen durchzusetzen. Tendenz mit weniger Bemühen, als dies bei Frauen zu beobachten ist, auch mal die andere Seite mit ihren Argumenten anzuhören.

Ob das am Naturell liegt? An der Sozialisierung? An männlichen Vorbildern? Darüber wird sich die Wissenschaft wahrscheinlich noch lange streiten. Fakt bleibt: Viele Kommunalpolitikerinnen sehen im Umgangstil große Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Auch zum Beispiel Judith Roth-Jörg (CSU) aus Würzburg.

Wer ein wenig anders über das Weltgeschehen denkt, wer politisch eine etwas andere Position einnimmt, muss mit heftiger Gegenwehr bis hin zu massiven Anfeindungen rechnen, beobachtet Würzburgs dritte Bürgermeisterin. „Die Polarisierung und Instrumentalisierung der Bevölkerung machen mir große Sorgen“, sagt sie. Menschen, die politisch eine andere Meinung haben, würden beleidigt und teilweise hasserfüllt angebrüllt, erlebt sie: „Und ich sehe momentan nicht, wie diese

aufgeheizte Situation wieder beruhigt werden kann.“ Wobei sich nicht nur Bürger bei politischen Debatten danebennehmen.

Auch, wie sich Politiker verhalten, zeugt nicht gerade von Vernunft, findet die Würzburger Bildungsreferentin und OB-Kandidatin: „Ich vermisse sachliche, konstruktive und faktenbasierte Diskussionen.“ Als Frau und Bürgermeisterin sei es ihr Ziel, Sachverhalte konstruktiv abzuarbeiten: „Und nicht in politische Scharmützel zu verfallen.“ So empfänden dies auch alle Kolleginnen ihrer Fraktion: „Alle arbeiten, haben Kinder und Familie und bringen sich dennoch ehrenamtlich ein, da nerven politische Spielchen, ideologische Debatten und epische Redebeiträge sehr.“

Nicht nur Bürger müssen derzeit oft jeden Cent umdrehen. Dass auch Gemeinden chronisch klamm sind, macht Maria Wirnitzer (SPD), zweite Bürgermeisterin von Vaterstetten, gerade sehr zu schaffen. Vaterstetten, sagt sie, würde gerne Wohnungen bauen: „Der Wohnungsbedarf im Speckgürtel von München ist immens, die Grundstückspreise sind exorbitant hoch.“ Wegen der Wohnungskrise könnten nicht genug Fachkräfte im Dienstleistungsbereich, im Handwerk und in den Pflegeberufen gewonnen werden. In Vaterstetten wiederum könnte man nur mit Unterstützung von Bund und Freistaat bauen. Doch statt Hilfe gebe es „Lippenbekenntnisse“.

## Chronisch klamm

Die Situation in vielen Gemeinden ist nicht dazu angetan, die Bürgerschaft zu befriedigen. Dabei traten viele Frauen ihr Amt als Bürgermeisterin mit eben diesem Ziel an: Sie wollten das Gemeinleben durch konkrete Projekte voranbringen, wollten dringende Wünsche von Bürgern erfüllen. Sie versprachen eine bessere Kinderbetreuung. Sie versprachen, Schulen zu sanieren.

Dass so wenig vorangeht, nachdem sie gewählt worden sind, liegt nicht daran, dass das, was sie versprochen hatten, für sie plötzlich nicht mehr von Interesse wäre. Der Mangel an Geld bremsst ständig aus. „In unserer Gemeinde mit 25.000 Einwohnern fehlt zum Beispiel ein Bürgerhaus“, berichtet Maria Wirnitzer. Die Bücherei müsste dringend saniert oder besser neu gebaut werden. Ebenso verhält es sich mit dem Rathaus: „Beides ist in absehbarer Zeit nicht möglich.“

Elke Protzmann (FW), dritte Bürgermeisterin der Stadt Neustadt bei Coburg, weiß nur allzu gut, wovon ihre Kollegin aus Vaterstetten spricht. „Das Hauptproblem derzeit ist der Geldmangel“, sagt auch sie. Geld fehle für notwendige Investitionen: „Es fehlt sogar für den laufenden Betrieb.“ Dies liege daran, dass immer mehr Aufgaben auf Städte und Gemeinden abgewälzt würden: „Ohne finanziellen Ausgleich von Bund und Land.“ Durch steigende Personal- und Baukosten und allgemeine Erhöhungen stieße Haushaltsplanungen an ihre Grenzen. Zum Teil seien die Haushalte gar nicht mehr genehmigungsfähig. Wodurch die Gemeinde handlungsunfähig wird.

Elke Protzmann hat, wie viele ihrer Kolleginnen, ein großes Interesse an ihrem Amt, weil sie „ihre“ Stadt und gleichzeitig auch die Region lebenswert machen will. Seit 35 Jahren setzt sie sich dafür schon kommunalpolitisch ein. Zum Frauentag würde sie sich wünschen, dass sich mehr Frauen „an Entscheidungen in jeglichem gesellschaftlichen Bereich“ beteiligen. Die Beteiligungsquote liege nach wie vor nur bei 30 Prozent. Die Kommunalpolitik selbst, sagt sie, sehe sie

## GZ PINOS WELT



„Heute erleben Sie eine Premiere. Ich, der freiheitsliebende, auf Deregulierung und Selbstverantwortung setzende Kater, fordere Verbote. Ich sehe das ordnende Eingreifen der Obrigkeit in zwei Fällen für unabweislich an.“

Zum einen muss die Veröffentlichung von Wahlabsichts- und Sonntagsfragen für eine Karenzzeit von mindestens zehn Tagen vor einem Urmengang untersagt werden.

Zudem sind mehr als zwei Wahlsendungen pro Sender im Fernsehen mit Spitzenkandidaten der sich bewerbenden Parteien strikt zu unterbinden. Wir brauchen vor allem Vorkehrungen gegen die um sich greifende Kanzlerkandidateninflation, die auch immer skurrilere Sendungsformate nach sich zieht.

Mir jedenfalls sind die dauernden Duelle, Trielle, Quadrelle (so die offizielle Bezeichnung der Viererrunden durch die Sender, die offensicht-

## Politik im TV-Zirkus: Katerstimmung nach der Wahl

lich den schönen alten Begriff der Quadrille nicht mehr kennen), Wahlaränen, Bürgerdialoge und was sonst noch tierisch auf die Nerven gegangen. In wechselnden Zusammensetzungen wurde immer das gleiche gefragt und immer das gleiche geantwortet. Und ja, man wird immer irgendwo in der Republik eine ältere Dame finden, die eine sehr kleine Rente hat, dies unter Tränen einem Spitzenpolitiker vorträgt und dieser sich, sofern er nichts vom Sozialversicherungssystem versteht, empört für generell höhere Renten stark macht. Denn im Gegensatz zu einem Gespräch am Infostand oder in der Bürgersprechstunde gibt es beim Fernsehtribunal keine Möglichkeit nachzufragen, warum die Rente so niedrig ist (Zeiten der Arbeitslosigkeit? Teilzeit?) und auf bereits bestehende Wege zur Aufbesserung des Haushaltseinkommens zu verweisen.

Entsprechend war der Neuigkeitwert der Aussagen in solchen Formaten in der Regel gleich Null. Wenn in diesem Wahlkampf richtige journalistische Arbeit geleistet wurde, etwa bei Interviews, gab es meist eine Nachricht zu verkleinern oder zumindest etwas in die Aussagen hineinzugeheimnissen. Aber bei den Multipersonengeplänkelchen? Da waren nicht mal Auswirkun-

gen auf die Wählerhaltung demoskopisch messbar. Trotzdem ermittelten die Wahlforscher dann einen „Sieger“ oder noch besser, wer sympathischer und wer kompetenter erschien. Bitte was soll das mit der Sympathie? Die zwei sympathischsten Menschen, die ich kenne, sind Sabrina und ihre Nachfolgerin als Assistenz des Bürgermeisters, die mir immer die ganz exklusiven Katzensnacks gönnt. Befähigt sie das zur Kanzlerin?

Überhaupt Umfragen. Über ein halbes Dutzend Umfrageinstitute haben uns die letzten Wochen teilweise im Wochentakt mit Wahlumfragen bombardiert. OK, Demoskopie ist ein lukratives Geschäft und wer bei Wahlumfragen nahe am Ergebnis ist, kann sich auf fette Aufträge aus der Wirtschaft freuen. Das ist Marktwirtschaft und so ein Wettstreit hat ja auch den Zweck, die Methoden der Erhebung und Gewichtung zu verfeinern.

Aber nicht in der letzten Woche vor der Wahl! Das verunsichert und macht ganz kirre, weil ja nicht auszuschließen ist, dass taktisch eingestellte Wähler sich tatsächlich an solchen Umfragen orientieren. Zwar ist wissenschaftlich nicht gesichert, ob Umfragen wirklich das Wahlverhalten einzelner beeinflussen. Aber wir hatten in der Woche vor der Wahl eine Umfrage mit 28 Prozent für die Union und eine mit 32 Prozent. Eine mit sieben Prozent für die Linke und eine mit neun Prozent. Ganz schöne Unterschiede, die zumindest das Zeug haben, mobilisierend oder demobilisierend auf Anhänger zu wirken.

Gut, die Bundestagswahl ist gelaufen, der Pulverdampf des Wahlkampfes verzieht sich und die Demoskopen können sich mit ihren Fragen nach der Beliebtheit von Koalitionen und Politikern noch einige Zeit beschäftigen. Für uns alle gilt aber ein Satz von Orson Welles: „Beliebtheit sollte kein Maßstab für die Wahl von Politikern sein. Wenn es auf die Popularität ankäme, säßen Donald Duck und die Muppets längst im Senat.“

Nachts anlässlich des Erscheinungstages: München hat den Straßenfäschung wegen des Attentats vom 13. Februar abgesagt. Eine solche Entscheidung kann man nicht kritisieren. Man muss nur fragen, ob sich diese Gesellschaft ihren Lebensstil tatsächlich von den Taten fanatischer Mörder diktieren lassen will.

## Ihr Pino

## Startschuss für kreative Projekte

450.000 Euro für Regionalmanagement im Landkreis Regen

Mit kreativen Konzepten startet das Regionalmanagement des Landkreises Regen in die nächste Förderperiode. Die vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie bewilligte Fördersumme in Höhe von 450.000 Euro ermöglicht in den kommenden drei Jahren die Umsetzung innovativer Projekte, die die Attraktivität und Lebensqualität der Region nachhaltig steigern sollen. „Das Regionalmanagement bietet eine ideale Grundlage, um den Landkreis weiterzuentwickeln und die Menschen vor Ort zu stärken“, erklärte Landrat Dr. Ronny Raith bei der symbolischen „Scheckübergabe“ durch Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Tobias Gotthardt.

Zu den geförderten Projekten, die sich direkt an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientieren und einen nachhaltigen Mehrwert schaffen, zählen die Initiativen „Ehrenamt stärken“, „Heimat erleben“ sowie „Lebenswertes Arberland“. Ziel des Projekts „Ehrenamt stärken“ ist es, Einheimische, Rückkehrer und Zuzügler von klein auf mit ihrer Heimat vertraut zu machen und eine tiefere Verbundenheit zur Region zu schaffen. Positive Erlebnisse sollen dazu beitragen, die vielen guten Seiten der Region noch bewusster wahrzunehmen. Auf spielerische und eindrucksvolle Weise wird die Heimat etwa durch spannende Erlebnistouren, ein speziell entwickeltes Lernmaterial für Kinder und Jugendliche und ein liebevoll gestaltetes Landkreisbuch für die Jüngsten erlebbar gemacht. Begleitende Wettbewerbe und Marketingaktionen setzen den Landkreis zusätzlich ins Rampenlicht und schärfen das Bewusstsein für die Vorzüge der Heimat.

Ein Landkreis, der in jeder Lebensphase etwas zu bieten hat, ist das Ziel der Initiative „Lebenswertes Arberland“. Neuankommlinge und Rückkehrer er-

halten mit dem Willkommensnavigator, einem digitalen Tool, wichtige Informationen, praktische Unterstützung und Hinweise auf Anlaufstellen für eine schnelle Orientierung in der familienfreundlichen Region. Ergänzend dazu bietet ein digitales Lebensphasenportal umfassende Informationen für alle Lebensabschnitte - von der Kinderbetreuung bis hin zu Angeboten für Senioren. Eine spezielle Vortragsreihe richtet sich an die gesamte Landkreisbevölkerung und greift relevante Themen auf, die aktuelle Herausforderungen und Bedürfnisse adressieren.

## Individuelle Angebote

Auf Basis einer umfassenden Bedarfsanalyse werden weitere konkrete Maßnahmen entwickelt, um den Menschen im Arberland genau dort zu helfen, wo es am dringendsten benötigt wird. „Dies verbessert nicht nur die Lebensqualität in der Region, sondern sorgt auch dafür, dass die Angebote stärker an den individuellen Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet sind“, heißt es dazu in einer Mitteilung des Landratsamtes. **DK**

# Pilsen signalisiert Diskussionsbereitschaft

Informationsbesuch des Bezirkstagspräsidenten in Tschechien  
EVTZ-Gründung wird nicht mehr grundsätzlich abgelehnt

Schon seit 2017 wirbt Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich für die Gründung eines Europäischen Verbundes Territorialer Zusammenarbeit (EVTZ) im Grenzraum und im Rahmen der Europaregion Donau-Moldau (EDM). Dahinter steckt eine eigene Rechtspersönlichkeit, die es leichter machen soll, in Europa Fördergelder zu bekommen. Heinrich, der auch Vorsitzender des Trägervereins der Europaregion Donau-Moldau ist, hat daher kürzlich ein Gespräch mit dem Kreisrat von Pilsen und EUREGIO-Vorsitzenden Libor Picka, der für die internationalen Beziehungen in der Bezirksregierung zuständig ist, in Pilsen geführt. Dabei signalisierte Picka grundsätzlich die Bereitschaft, über das Thema EVTZ verstärkt nachzudenken, wenn die Finanzierung und die Größe geklärt sind.

Pilsen hat in diesem Jahr den Vorsitz in der Europaregion Donau-Moldau, einem Zusammenschluss von sieben Regionen in Deutschland, Österreich und Tschechien, und ist somit ein besonders wichtiger Partner. In der Vergangenheit hatten sich die Verantwortlichen in Pilsen stets skeptisch gegenüber der Gründung eines EVTZ gezeigt. Das hat sich nun geändert.

## Besserer Zugang zu Fördertöpfen

Dr. Olaf Heinrich und der niederbayerische EUREGIO-Geschäftsführer Kaspar Sammer zeigten auf, welche Vorteile es hätte, sich als EVTZ zusammenzuschließen. Es sei einerseits wichtig, um die grenzüberschreiten-

de Zusammenarbeit gezielt voranzubringen, jedoch auch, um in Brüssel mehr wahrgenommen zu werden und bessere Zugangsmöglichkeiten zu EU-Fördergeldern zu bekommen. Sowohl Niederbayern als auch Tschechien stehen laut Heinrich im europäischen Vergleich wirtschaftlich hervorragend da, auch wenn in Niederbayern das wirtschaftliche Klima nun rauer wird und die Arbeitslosenzahlen steigen. Es stelle sich daher die Frage, ob in der nächsten Förderperiode überhaupt noch EU-Mittel in die Region fließen werden.

Kaspar Sammer gab Einblick, dass ihn in letzter Zeit immer mehr Europaabgeordnete in der Region ansprechen, dass es Zeit zum Handeln sei: „Wir zählen zu den wohlhabendsten Gebie-

ten in Europa und es ist durchaus möglich, dass es bei der Kohäsionspolitik zu Abstrichen kommen wird.“ Es sei daher besonders wichtig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Mittelpunkt zu stellen. Es gebe Überlegungen in Brüssel, strukturbedingte Nachteile, mit denen alle Grenzregionen konfrontiert sind, durch eine gesonderte Regelung für Regionalbeihilfen anzugehen. Dies soll im Planungszeitraum 2028-2034 erfolgen. Sammer regte deshalb an, im Rahmen eines EVTZ gemeinsam wichtige Initiativen von strategischer Bedeutung vorzubereiten.

Der stellvertretende Kreishauptmann Picka äußerte sich



V.l.: Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich und der Pilsener Kreisrat Libor Picka.  
Bild: Bezirk Niederbayern

grundsätzlich positiv zur Gründung eines EVTZ. Er brachte aber auch ins Spiel, dass die EVTZ-Region ruhig kleiner sein könne als die EDM-Region: „Sonst gehen die strategischen Themen leicht verloren.“ Er würde gerne vor allem in den Bereichen Gesundheit und Verkehr Schwerpunkte setzen. Allerdings machte Picka auch deutlich, dass die Finanzierung so einer neuen Rechtspersönlichkeit gewährleistet sein muss: „Solange nicht klar ist, wer bezahlt, bekomme ich dafür keine Zustimmung.“

Heinrich erklärte, er könne beides gut nachvollziehen und konkrete Vorschläge zur Diskussion vorlegen. Er sprach sich ebenfalls darüber aus, die Größe eines EVTZ zu überdenken: „Die Europaregion Donau-Moldau hat eine bisweilen erhebliche Größe. Es wird sich die Frage stellen: Braucht es organisatorische Klammern bis vor die Tore nach Wien?“ Niederbayern soll nun ein Konzept mit Themenschwerpunkten vorlegen, das dann in

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Einladung zur Renexpo Interhydro in Salzburg bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Pilsen diskutiert werden wird.

Der Bezirkstagspräsident zog ein positives Fazit zu seinem Besuch beim stellvertretenden Kreishauptmann: „Pilsen lehnt die Gründung eines EVTZ nicht mehr grundsätzlich ab. Das ist ei-

ne sehr gute Nachricht. Wenn die offenen Fragen geklärt sind, wollen wir diesen Weg zielstrebig weiter mit unseren Partnern gehen, damit die Grenzräume auch zukünftig von EU-Fördergeldern profitieren können.“ □

Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen:

# Katzenschutzverordnung erlassen

Verordnung gilt zunächst für eine Gemeinde

Das Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen hat eine Katzenschutzverordnung erlassen, die zunächst nur für Dietramszell gilt. Hintergrund ist die steigende Katzenpopulation und die damit verbundenen Probleme, da häufig kranke und verletzte Freigängerkatzen gefunden wurden, die trotz medizinischer Versorgung nicht überlebten. Die Verordnung basiert auf dem Tierschutzgesetz und zielt darauf ab, langfristig die Population freilebender Katzen zu kontrollieren und so einen Beitrag zum Tierschutz zu leisten.

In Gebieten mit vielen verwilderten Katzen, die sich unkontrolliert vermehren, entstehen gesundheitliche Probleme. Krankheiten wie Leukose, Katzenschnupfen sowie Parasitenbefall sind weit verbreitet, und junge Katzen überleben oft nicht. Die geplante Katzenschutzverordnung zielt darauf ab, die freilebenden Katzen zu kastrieren und ihre Zahl zu reduzieren.

## Mehr als Populationskontrolle

Alle Freigängerkatzen müssen mit einem Microchip gekennzeichnet und im Haustierregister erfasst werden. Kastration hilft nicht nur, die Population zu kontrollieren, sondern schützt auch die Katzen selbst vor Risiken wie Unfällen.

Die Katzenschutzverordnung zielt darauf ab, die freilebende Katzenpopulation zu kontrollieren und Tierleid zu verhindern. Sie basiert auf dem Tierschutzgesetz und erfordert die Kastration von freilaufenden Katzen. Katzen müssen microgechippt und in einem Haustierregister wie Tasso e.V. oder FINDEFIX registriert werden. Ein Dritter, wie der Bund der Katzenfreunde e.V., ist mit der Durchführung betraut. Die Verordnung wird nach drei Jahren überprüft. Kastration schützt Katzen auch vor Verletzungen und erhöht ihre Lebenserwartung. Weitere Informationen zur Kastration von Katzen:

[https://www.stmuvm.bayern.de/themen/tiergesundheit\\_tierschutz/tierschutz/katzen\\_kastration/index.htm](https://www.stmuvm.bayern.de/themen/tiergesundheit_tierschutz/tierschutz/katzen_kastration/index.htm) □

## Vorschau auf GZ 6

In unserer Ausgabe Nr. 6/2025, die am 13. März 2025 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Wasser - Abwasser
- Kommunaler Bau
- Sicherheit und Arbeitsschutz
- Brand- und Katastrophenschutz - Extremwetterereignisse

## Altersversorgung

[www.pluspunktrente.de](http://www.pluspunktrente.de)

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

## Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL  
BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg  
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

## Energiedienstleistung

energie  
schwaben

ESB  
ENERGIE SÜDBAYERN

Abonnieren Sie unseren  
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:  
[www.gemeindezeitung.de/newsletter](http://www.gemeindezeitung.de/newsletter)

## Fahnen/Arbeitsbekleidung

FAHNEN  
KÖSSINGER

Arbeitskleidung  
Länderfahnen  
Gemeindefahnen  
Fahnenmaste  
Vereinsbedarf

## Glasfaser / Glasfaserausbau



GLASFASER-INTERNET  
AUS BAYERN.  
Aus der Region. Für die Region.

LEONET.DE

GLASFASER  
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.



[www.telekom.de/glasfaser](http://www.telekom.de/glasfaser)

UG  
UNSERE GRÜNE  
GLASFASER

Grünes Licht  
für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:



0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser

Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning  
[unseregrueneglasfaser.de](http://unseregrueneglasfaser.de)

## Informationssicherheit und Datenschutz



[www.Mein-Datenschutzberater.de](http://www.Mein-Datenschutzberater.de)

DSGVO  
ext. DSB  
ext. ISB  
LSI-Siegel  
BSI Kommunale  
CISIS12  
Schulungen  
eLearning

## Kommunalberatung

KUBUS

[www.kubus-mv.de](http://www.kubus-mv.de)

Firmensitz Schwerin  
0385/30 31-251  
info@kubus-mv.de

Standort München  
089/44 235 40-00  
bayern@kubus-mv.de

## Kommunale Immobilienentwicklung



Ihr starker Partner rund um die  
kommunale Immobilienentwicklung

[www.bayerngrund.de](http://www.bayerngrund.de)

Bayern Grund

## Kommunale IT

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

## Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER

Telefon 08171 / 9307-12

[steer.monika@gemeindezeitung.de](mailto:steer.monika@gemeindezeitung.de)

## Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171 / 9307-10

[hassel.theresa@gemeindezeitung.de](mailto:hassel.theresa@gemeindezeitung.de)

## Kommunalfahrzeuge

Eine komplette  
Produktpalette für  
effektiven Winterdienst

BUCHER  
municipal

Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, [www.beuthhauser.de](http://www.beuthhauser.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, [www.beuthhauser.de](http://www.beuthhauser.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

## Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de)

Bayern Labo

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf  
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

[www.kfb-reuth.de](http://www.kfb-reuth.de)



# RENEXPO INTERHYDRO

[27. – 28. März 2025]

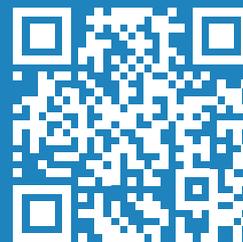
Fachmesse für Wasserkraft  
[www.renexpo-interhydro.eu](http://www.renexpo-interhydro.eu)

Messezentrum Salzburg



# RENEXPO INTERHYDRO

Zur Website:



Bei der Renexpo Interhydro versammeln sich Hydro-Profis aller Sparten im Messezentrum Salzburg. Vom Planer, über den Betreiber bis hin zum Zulieferer und versierten Dienstleister ist hier Europas Wasserkraft in geballter Form vertreten. Die Messe gilt als wichtige Begegnungszone zum Netzwerken

und gemeinsamen Weiterdenken. Sie fungiert als Impulsgeber, Innovationsmotor und Richtungsweiser innerhalb der Wasserwirtschaft. Aussteller und Besucher erwartet eine hochwertige Kontaktqualität rund um alle Belange der Wasserkraft.



## 📌 Programm

- Energietalk: Red III
- Fachvorträge
- Podiumsdiskussion
- Expert Event  
„River Management & Ecology“

## 📌 Personen

Unter anderem mit

- DI Dr. Gerhard Löffler, MBA
- Dr. Katharin Häusler
- Dipl.-Ing. Christian Seidel
- Dipl.-Ing. Stefan Gamper, MSc

## Fachmesse für Wasserkraft

## 27. – 28. März 2025

## 📌 Ausstellungsbereiche

- Planung und Baudurchführung
- Wasserfassung
- Gewässerschutz
- Kraftwasserleitungen
- Stromerzeugung
- Mess-, Regel- und Steuertechnik
- Krafthaus
- Sicherheitseinrichtungen
- Kraftwerkstypen
- Dienstleistungen